



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 25.4.2001
KOM(2001)224 endgültig

EMPFEHLUNG DER KOMMISSION

**für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten
und der Gemeinschaft im Jahr 2001**

gemäß Artikel 99 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung
der Europäischen Gemeinschaft

INHALT

I. ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LEITLINIEN	3
1. Einführung	3
2. Wichtigste Prioritäten und wirtschaftspolitische Erfordernisse.....	3
2.1. Aktuelle und voraussichtliche Wirtschaftsentwicklung	3
2.2. Zentrale künftige Herausforderungen	5
3. Wirtschaftspolitische Empfehlungen	9
3.1. Wachstums- und stabilitätsorientierte makroökonomische Politik sicherstellen	9
3.2. Qualität und dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern	11
3.3. Die Arbeitsmärkte stärken	12
3.4. Effiziente Produktmärkte (Waren und Dienstleistungen) gewährleisten	14
3.5. Effizienz und Integration des EU-Markts für Finanzdienstleistungen fördern.....	15
3.6. Unternehmerische Initiative ermutigen	15
3.7. Eine wissensbasierte Wirtschaft fördern	16
3.8. Die ökologische Nachhaltigkeit sicherstellen	17
II. LÄNDERSPEZIFISCHE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LEITLINIEN	19
1. Belgien.....	19
2. Dänemark.....	22
3. Deutschland	25
4. Griechenland.....	29
5. Spanien	32
6. Frankreich.....	35
7. Irland	38
8. Italien.....	41
9. Luxemburg.....	45
10. Niederlande.....	47
11. Österreich.....	50
12. Portugal.....	53
13. Finnland.....	56
14. Schweden.....	59
15. Vereinigtes Königreich.....	62

I. ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LEITLINIEN

1. EINFÜHRUNG

Vor einem Jahr setzte sich die Europäische Union in Lissabon ein neues strategisches Ziel für das nächste Jahrzehnt, nämlich *"die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen"*. In den Grundzügen der Wirtschaftspolitik für das Jahr 2000 wurde eine umfassende politische Strategie zur Erfüllung dieses ehrgeizigen Ziels entwickelt. Diese Strategie besteht aus einer soliden makroökonomischen Politik und umfassenden Wirtschaftsreformen auf den Arbeits-, Produkt- und Kapitalmärkten. Die Politik in diesen Bereichen sollte auf kurze Sicht ein robustes Wirtschaftswachstum unterstützen, auf mittlere Sicht die Grundlage für künftiges Wachstum verstärken und auf lange Sicht die Fähigkeit steigern, den langfristigen Strukturwandel einschließlich der Folgen der alternden Bevölkerung effektiv zu bewältigen.

Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik für 2001 bestätigen die bisherige politische Strategie und erweitern sie unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Europäischen Rats von Stockholm (23./24. März 2001). Jene enthalten die Einbeziehung der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, was in verschiedenen relevanten Abschnitten dieses Dokuments seinen Niederschlag findet. Sie wurden vor dem Hintergrund einer Überprüfung der Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik von 2000 und der Beurteilung von Wirtschaftslage und -aussichten in den Wirtschaftsvorausschätzungen der Kommission vom Frühjahr 2001 aufgestellt.

Kapitel 2 beginnt mit einer Schilderung des wirtschaftlichen Hintergrunds der vorliegenden Grundzüge und schließt mit einer Aufzählung der wichtigsten politischen Aufgaben, die auf kurze, mittlere und längere Frist gelöst werden müssen. In Kapitel 3 werden dann die allgemeinen wirtschaftspolitischen Empfehlungen für alle

Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft dargelegt. Im Rahmen der Gesamtstrategie unterscheiden sich die wirtschaftspolitischen Prioritäten etwas zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten infolge ihrer unterschiedlichen Wirtschaftsleistung, Zukunftsaussichten, Strukturen und Institutionen. Unter angemessener Berücksichtigung dieser Faktoren werden in Teil II die länderspezifischen Leitlinien für die Wirtschaftspolitik vorgestellt.

2. WICHTIGSTE PRIORITÄTEN UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ERFORDERNISSE

2.1. Aktuelle und voraussichtliche Wirtschaftsentwicklung

Ein deutlich weniger günstiges außenwirtschaftliches Umfeld - Seit dem Frühsommer 2000, als die vorherigen Grundzüge vom Rat beschlossen wurden, sind die weltweiten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor dem Hintergrund einer Reihe miteinander verbundener Kräfte, ausgesprochen weniger konjunkturstützend geworden. Während die globale Wachstumsverlangsamung allgemein als relativ kurzlebig eingeschätzt wird, sind die Risiken einer weniger günstigen Entwicklung beträchtlich.

Erstens stiegen die Ölpreise während des gesamten Sommers und erreichten im Herbst neue Rekordhöhen. Obwohl sie von ihrem Ende des Jahres 2000 erreichten Höchststand wieder sanken, und die sich verlangsamende Weltnachfrage das Risiko eines erneuten Preisanstiegs verringert, bleiben die Ölpreise vergleichsweise hoch und weisen einen hohen Grad von Volatilität auf. Zweitens und wichtiger noch ist, dass die Wirtschaftsaktivität in den USA und Japan in den letzten Monaten einen unerwartet steilen Rückgang erlebt hat. In den USA ist die Anpassung in Richtung eines tragfähigeren Wachstumspfades erwartet und auch erwünscht gewesen, da sie zu einer effektiven Korrektur der sich während der Expansionsphase aufgebauten, bedeutsamen Ungleichgewichte führen könnte. Die Erwartungen konzentrieren sich auf eine rasche (V-förmige) Erholung im

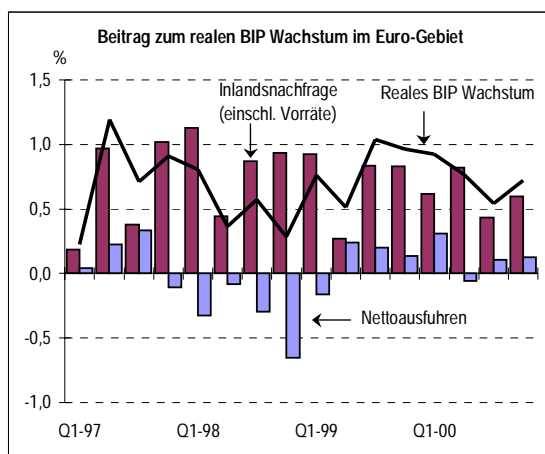
zweiten Halbjahr 2001, gestützt unter anderem auf den umsichtigen Gebrauch des für politische Manöver verfügbaren Spielraums. Jedoch ist die Prognose von beträchtlicher Unsicherheit geprägt und so lässt sich eine ernstere und längere Konjunkturabschwächung als ursprünglich erwartet nicht ausschließen. In Japan geriet der zarte Aufschwung zum Stocken und die Wirtschaft ist weiterhin empfindlich gegenüber Schocks. Das sich verschlechternde weltwirtschaftliche Umfeld beeinflusst bereits das Wirtschaftswachstum in einer Reihe von Schwellenländern, hauptsächlich durch eine Verlangsamung der Exporte. Drittens hat auf den globalen Aktienmärkten eine ausgeprägte Korrektur, insbesondere bei Hochtechnologieaktien, stattgefunden, die eine Verschlechterung der Einschätzung von Investoren über das langfristige Gewinnwachstum widerspiegelt.

Wachstum im Euro-Gebiet hält sich recht gut

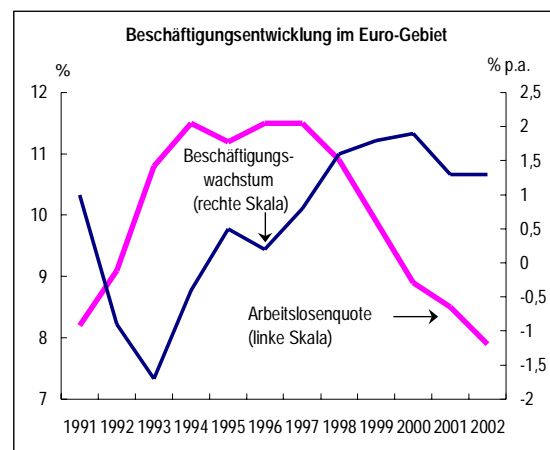
— Per Saldo war das zweite Jahr der Wirtschafts- und Währungsunion ein erfolgreiches. Im Euro-Gebiet war das Wirtschaftswachstum das stärkste und die Arbeitslosigkeit fiel auf ihr niedrigstes Niveau seit zehn Jahren. Die gemessene Inflationsrate beschleunigte sich, doch blieb der zugrundeliegende Inflationstrend gut unter 2 %. Dennoch hat sich der Wachstumsschwung verringert, erstens wegen des durch die steigenden Ölpreise ausgelösten negativen Schocks und zweitens durch die Verlangsamung der

Weltnachfrage. Zudem bewirkte der Ölpreisanstieg in Verbindung mit dem schwachen Euro einen Anstieg der Inflationsrate, die im November 2000 einen Höchststand erreichte.

Was die Zukunft betrifft, hat das Euro-Gebiet trotz der globalen zyklischen Abschwächung gute Aussichten, 2001 und 2002 weiterhin relativ solides Wirtschaftswachstum von ungefähr 2³/₄ % und fortgesetzte Arbeitsplatzenstehung bei nachlassendem Inflationsdruck zu verzeichnen. Die stark verbesserten makroökonomischen Fundamentalfaktoren, einschließlich der anhaltend moderaten Lohnentwicklung, und konjunkturstützende Politiken haben zu einem günstigen Investitionsklima und einem stetigen Beschäftigungswachstum beigetragen. Für das Wirtschaftswachstum haben sie einen *circulus virtuosus* erzeugt, der fest in der Binnennachfrage verwurzelt ist. Zwar hat das Unternehmer- und Verbrauchervertrauen nachgelassen, doch liegt es immer noch in der Nähe der historischen Höchststände, da es weiterhin von der größeren Wirtschaftsdynamik genährt wird. Ein hoher Kapazitätsauslastungsgrad, günstige Finanzierungsbedingungen und eine hohe Rentabilität stützen die Investitionsnachfrage, während die Verbrauchsnachfrage auch weiterhin durch den Anstieg des verfügbaren Einkommens unter dem Einfluss der Produktivitätsgewinne, der höheren Beschäftigung und der Steuererleichterungen stimuliert wird.



Quelle: Kommissionsdienststellen.



Quelle: Kommissionsdienststellen.

Darüber hinaus bietet der große Binnenmarkt in Verbindung mit der einheitlichen Währung eine starke und stabile Grundlage für das binnenwirtschaftliche Wachstum bei geringerer Anfälligkeit gegenüber Wechselkurschwankungen. Die bevorstehende Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen am 1. Januar 2002 wird ein weiterer Impuls für die Wirtschaftsintegration sein und den Euro zu einer Realität im Alltag der Bürger machen, so dass auch die Währungsunion sichtbare Gestalt annimmt. Dank der Fortschritte bei Wirtschaftsreformen hat sich darüber hinaus die Widerstandsfähigkeit des Euro-Gebiets gegenüber externen Störungen erhöht. Als Ergebnis werden die oben genannten Faktoren helfen, selbst wenn das externe negative Risiko eintreten sollte und insbesondere wenn die US-Wirtschaft nicht rasch zu einem soliden Wirtschaftswachstum zurückkehren würde, den Einfluss auf das Euro-Gebiet zu mildern.

Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-Gebiets –

Nach robustem Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzschaffung im Jahr 2000 werden auch Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich von der ungünstigen Entwicklung der Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Als Ergebnis wird erwartet, dass sich das Wirtschaftswachstum auf ein moderateres Tempo abschwächt. Ihre engen Handelsverbindungen zum Euro-Gebiet und die fortgesetzt gesunde Inlandsnachfrage positionieren sie gut, um das sich verschlechternde externe Umfeld zu überstehen. Der Preisniveaustieg in diesen Ländern war gering und entsprach dem des Euro-Gebiets oder lag sogar darunter.

2.2. Zentrale künftige Herausforderungen

Die EU und das Euro-Gebiet sehen sich künftig einer Reihe von zentralen kurz-, mittel- und langfristigen Herausforderungen gegenüber. Eine erfolgreiche Bewältigung dieser Herausforderungen wird abhängen von angemessenen, heute zu treffenden Politikmaßnahmen.

Die kurzfristige Aufgabe: Erhaltung der Expansion von Wirtschaft und Beschäftigung

– Die unmittelbare Aufgabe besteht darin, vor dem Hintergrund weniger günstiger weltwirtschaftlicher Bedingungen eine weiterhin kräftige Wirtschaftsentwicklung zu erhalten. Dabei wird sich das Euro-Gebiet mehr und mehr auf seine eigenen Stärken verlassen müssen.

Ziel der Politik muss es daher sein, durch stabilitätsorientierte makroökonomische Politik und umfangreiche strukturelle Reformen die binnenwirtschaftliche Wachstumsdynamik zu erhalten und weiter zu stärken. Dies wird das Unternehmer- und Verbrauchervertrauen untermauern und den Spielraum für einen geldpolitischen Kurs erweitern, der unterstützend auf ein von der Binnennachfrage getragenes Wachstum im Euro-Gebiet wirkt. Ein stärkerer Euro in Verbindung mit expansiveren, internen monetären Bedingungen würde zu einem reibungslosen Abbau der globalen Ungleichgewichte beitragen, und gleichzeitig die Binnennachfrage unterstützen und den externen Preisdruck verringern.

Insbesondere die Haushaltspolitik sollte weiterhin auf das Erreichen eines nahezu ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses ausgerichtet sein und die Lohnzurückhaltung muß andauern. Die Erhaltung der mühsam errungenen makroökonomischen Stabilität und ihre Sicherung für die Zukunft sind von größter Bedeutung. In dem Maße, in dem sich die Haushaltspositionen verbessert haben und heute so günstig sind wie schon seit vielen Jahren, in manchen Fällen schon seit Jahrzehnten, nicht mehr, nimmt der Druck zur Erhöhung der Staatsausgaben und Senkung der Steuern zu. Auch ein gewisser Lohndruck macht sich unter dem Einfluss entstehender Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und Forderungen nach einem Lohnausgleich für die jüngste Zunahme der Inflationsrate als auch für die bisherige Lohnzurückhaltung bemerkbar.

Die Wirtschafts- und Währungsunion bedeutete aber einen wichtigen Regimewechsel, der zusätzliche Verantwortung für alle wichtigen politischen Akteure mit sich bringt, um sie zu einem Erfolg zu machen. Die einheitliche Geldpolitik kann nicht auf die Bedürfnisse einzelner Mitgliedstaaten zugeschnitten werden, und der Wechselkurs kann nicht genutzt werden, um Verluste an Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen, die aus einer Verzögerung der

Strukturpolitik oder eines unangemessenen makroökonomischen Policy-mix resultieren.

Regierungen und Sozialpartner tragen daher Verantwortung, zu einem ausgewogenen Policy-mix auf der Ebene sowohl der Mitgliedstaaten als auch des Euro-Gebiets beizutragen.

Ganz allgemein muss die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft durch eine wohl überlegte Kombination von Strukturreformen gestärkt werden. Flexiblere und offenere Märkte werden die Fähigkeit zur Bewältigung des Wandels stärken und dazu beitragen, dass länger anhaltende Auswirkungen von Schocks auf ein Minimum begrenzt werden. Sie werden auch positive Wechselwirkungen zwischen den Strukturverbesserungen in der Wirtschaft fördern und Nutzen in Form von makroökonomischer Performance erbringen. Zudem können Strukturreformen in der kurzen Frist eine positive Wirkung haben, indem sie die Preise nach unten drücken.

Die mittelfristige Aufgabe: Eine bessere Grundlage für künftiges Wachstum und Beschäftigung schaffen – Die Wachstumsperformance seit 1997 ist vor dem Hintergrund einer konjunkturellen Erholung zu sehen, bei der freie Kapazitäten genutzt werden konnten. Zwar mag sich das Potenzialwachstum in den letzten Jahren infolge von Produktivitätsgewinnen, die das bessere Funktionieren der Märkte und die Informations- und Kommunikationstechnologie mit sich brachten, verbessert haben, doch wird es nach wie vor als nicht ausreichend betrachtet, um über längere Zeit hinweg Wachstumsraten von rund 3 % zu gewährleisten. Das Aufrechterhalten der Expansion wird somit von einem dauerhaften Heraufsetzen der "Geschwindigkeitsbeschränkungen" des Wirtschaftswachstums abhängen.

Die Politik sollte sich darauf konzentrieren, günstige Bedingungen für die effiziente Nutzung produktiver und natürlicher Ressourcen und für ihre Vergrößerung im Zeitablauf zu schaffen, einschließlich von Investitionen in Bildung und Ausbildung. Die Wirtschaftspolitik sollte insbesondere dazu beitragen, das Funktionieren der Märkte durch Beseitigung von Marktmängeln oder Marktversagen aufgrund von externen Effekten, Marktmacht, unvollkommener

Information oder regulatorischen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Besonders wichtig ist es, substanziell in die Unterbeschäftigung der Humanressourcen einzugreifen. Die offizielle Arbeitslosenzahl im Euro-Gebiet ist immer noch unannehmbar hoch, die Erwerbsbeteiligungs- und Erwerbstätigenquoten sind noch niedrig, insbesondere die der älteren Arbeitskräfte und der Frauen, und weit von den in Lissabon und Stockholm vereinbarten Zielen entfernt. Ein Anstieg der Erwerbsbeteiligung, insbesondere für unterrepräsentierte oder benachteiligte Personengruppen, ist ebenfalls zentral für die soziale Eingliederung. Die gegenseitige Befruchtung von Wirtschafts- und Sozialpolitiken ist eine fundamentale Strategie, die die Mobilisierung des vollen verfügbaren Arbeitsplätzepotenzials erlaubt.

Um das Arbeitskräfteangebot zu vergrößern, müssen die rechtlichen Rahmenvorschriften so beschaffen sein, dass Menschen dazu ermuntert werden, sich am Arbeitsmarkt um eine Stelle zu bemühen oder nicht aus dem Arbeitsmarkt auszuschneiden. So sollten insbesondere die Steuer- und Leistungssysteme weiter reformiert werden, um größere finanzielle Anreize für die Aufnahme oder weitere Ausübung einer Beschäftigung zu bieten. Ein Wechsel zu einer zielgerichteten aktiven Politik wird benötigt, um die Möglichkeiten der Arbeitslosen oder inaktiven Personen zu verbessern. Aktive Arbeitsmarktpolitik fördert auch die soziale Eingliederung. Die effizientere Verwendung der europäischen Erwerbsbevölkerung insgesamt sollte auch durch Maßnahmen erreicht werden, die die Arbeitsmobilität zwischen den Mitgliedstaaten begünstigen, insbesondere hinsichtlich des Angehens von Qualifikationsengpässen. Hinsichtlich der Unterstützung zur Erwerbsbeteiligung sollte zudem das lebenslange Lernen gefördert werden.

Eine Erhöhung des Arbeitskräfteangebots muss mit kapazitätserweiternden Investitionen einhergehen. Dies bedeutet, dass investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für die Unternehmen geschaffen werden müssen, unterstützt durch adäquate öffentliche Infrastruktur sowie eine moderne und effiziente öffentliche Verwaltung. Gut funktionierende wettbewerbsfähige und integrierte Produkt- und

Kapitalmärkte werden dazu beitragen, sicherzustellen, dass die Ressourcen optimal genutzt werden. In diesem Zusammenhang besteht die Notwendigkeit, den Wettbewerb auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten und insbesondere auf den Märkten für Versorgungsleistungen und Finanzdienstleistungen zu verbessern. Zu diesem Zweck sollte man sich auf Gemeinschaftsebene vor allem um die Vollendung des Binnenmarktes bemühen, insbesondere im Dienstleistungssektor. Die Mitgliedstaaten sollten ihrerseits dafür sorgen, dass die Binnenmarktvorschriften effektiv umgesetzt werden, und einen stärkeren Wettbewerb fördern.

Das Erkennen der Notwendigkeit, unternehmerische Initiative und Innovationen zu fördern, ist ein zentrales Element der Strategie von Lissabon, wobei diese beiden fundamentale Vorbedingungen für die Erhöhung des europäischen Wachstumspotentials und folglich für seine Wettbewerbsfähigkeit, Wohlfahrt und Arbeitsplatzschaffung sind. Die Stärkung von unternehmerischer Initiative und Innovation stellt eine zentrale Herausforderung für alle Mitgliedstaaten dar.

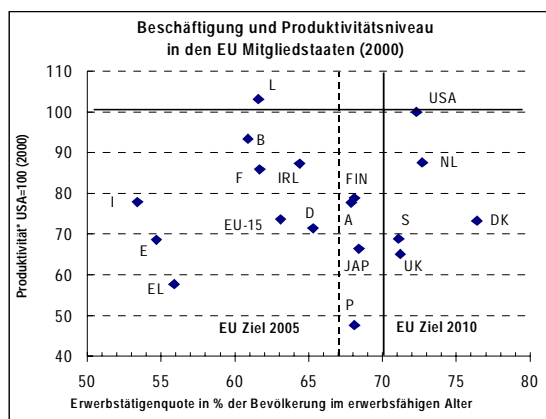
Die logische Ergänzung zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt ist ein verstärkter Wettbewerb auf den Weltmärkten. Daher sollte die Europäische Union auch

weiterhin eine gemeinsame Handelspolitik verfolgen, die einen offenen Welthandel begünstigt, und auf eine neue multilaterale Handelsrunde im Rahmen der Welthandelsorganisation drängen.

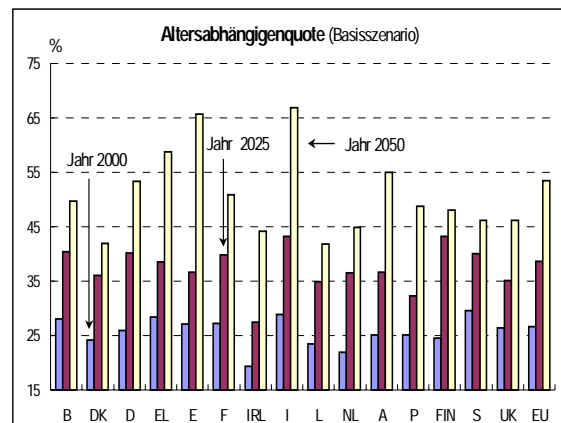
Die Erhaltung des Produktivitätswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit im Zeitablauf und im weltweiten Zusammenhang wird einen ständigen Strukturwandel erfordern. Europas Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft macht Fortschritte, doch stellen dabei die Beziehungen zwischen Industrie und Wissenschaft sowie die Höhe der privaten Investitionen in FuE nach wie vor Schwachpunkte dar, so dass die Vermarktung von Forschungsergebnissen spärlich bleibt. Überdies reicht das Angebot an qualifizierten IKT-Fachkräften und ausgebildetem Forschungspersonal nicht aus.

Die längerfristige Aufgabe: Sich auf die Folgen der Bevölkerungsalterung einstellen -

Die Notwendigkeit solider makroökonomischer Politik und umfassenden Wirtschaftsreformen wird noch dadurch verstärkt, als dass sich die Alterung der Bevölkerung als Herausforderung am Horizont abzeichnet. Falls sich die gegenwärtigen Tendenzen fortsetzen, wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der EU um annähernd 40 Mio. Menschen zurückgehen, und der Altersabhängigenquotient wird sich von 2015 bis 2050 ungefähr verdoppeln.



Quelle: Kommissionsdienststellen. * Produktivität ist BIP je Beschäftigten.
Anmerkung: Erwerbstätigenquoten für L, USA & JAP sind von 1999, für NL sind vorläufige Daten.



Quelle: Kommissionsdienststellen.
Anmerkung: Die Altersabhängigenquote ist definiert als die Personen über 65 Jahre in Prozent der Bevölkerung im Alter 20-64.

Nach vorläufigen Berechnungen werden die Ausgaben für gesetzliche Renten in der Zeit von 2010 bis 2050 um 3-5 % des BIP zunehmen. Darüber hinaus werden sich aber auch die Gesundheits- und Pflegekosten für ältere Menschen wesentlich erhöhen. Somit hat die Alterung der Bevölkerung beträchtliche Folgen für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, auch angesichts der Notwendigkeit eines universal adäquaten Rentenniveaus. Auch wenn es noch eine Anzahl von Jahren dauern wird, ehe die Auswirkungen deutlich spürbar werden, sollten die Regierungen schon heute handeln und sich die aktuell vorteilhafte wirtschaftliche Situation zunutze machen, um für die Qualität, Angemessenheit und finanzielle Tragfähigkeit der Renten, des Gesundheitssystems und der Langzeitpflege älterer Menschen zu sorgen. Zu diesem Zweck sollten die aktuellen Regelungen überprüft und gegebenenfalls reformiert werden. Strukturellen Verbesserungen der öffentlichen Finanzen sollten erreicht werden, um den künftigen Belastungen gewachsen zu sein, die die alternde Bevölkerung für die Staatsfinanzen mit sich bringen wird.

Über die unmittelbaren finanziellen Auswirkungen hinaus hat die Alterung der Bevölkerung ganz allgemein Folgen für das Wirtschaftswachstum infolge des sinkenden Arbeitskräftepotenzials und der unter Umständen erheblichen Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Ersparnis. Ein hoher Lebensstandard wird mehr und mehr durch Steigerungen der Arbeitsproduktivität und der Erwerbstätigenquote gestützt werden müssen. Zusätzlich dürfte ein verringerter Eintritt von jungen, gerade ausgebildeten Personen in das Arbeitskräftepotenzial wahrscheinlich den Zufluss neuer Fähigkeiten und damit die Aufnahme neuer Technologie beeinträchtigen. Steigende Fertigkeiten im Umgang mit neuen Technologien bei jungen Leuten und die Förderung der Erwachsenenfortbildung könnten helfen, den Effekt des Bevölkerungsalterung auf das Qualifikationsniveau auszugleichen.

Die Mitgliedstaaten sollten umfassende Strategien zur Bewältigung der wirtschaftlichen Herausforderungen entwickeln, die die alternde Bevölkerung mit sich bringt. Diese sollten im Zusammenhang mit den Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogrammen vorgelegt und im

Rahmen der multilateralen Überwachung geprüft werden.

Für eine enge Koordinierung der Wirtschaftspolitik sorgen - Enge Koordinierung zwischen den Entscheidungsträgern einschließlich des Austausches von Vorabinformation wird zur Entwicklung und Umsetzung sich gegenseitig unterstützender Politikreaktionen auf diese Herausforderungen beitragen. Die Effizienz und Wirkung ihrer Politikmaßnahmen wird verbessert durch die gebührende Berücksichtigung von Spillover Effekten, die umso wichtiger werden, je mehr sich die Integration intensiviert.

Dies gilt besonders für die Mitgliedstaaten des Euro-Gebiets. Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein und das Potenzial der WWU in vollem Umfang zu nutzen, sind die zuständigen Stellen der Euro-Teilnehmerstaaten zu einer engen Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik in der Euro-Gruppe aufgefordert.

*

* *

Im nächsten Kapitel wird ausführlicher auf die wirtschaftspolitische Strategie auf makro- und mikroökonomischer Ebene eingegangen, mit der diesen zentralen Herausforderungen effektiv begegnet werden kann. Kernpunkte dieser Strategie sind:

- (i) wachstums- und stabilitätsorientierte makroökonomische Politik sicherstellen;
- (ii) Qualität und dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern;
- (iii) die Arbeitsmärkte dynamischer gestalten;
- (iv) effiziente Produktmärkte (Waren und Dienstleistungen) sicherstellen;
- (v) Effizienz und Integration des EU-Markts für Finanzdienstleistungen fördern;
- (vi) unternehmerische Initiative ermutigen;
- (vii) die wissensbasierte Wirtschaft fördern;
- (viii) die ökologische Nachhaltigkeit sicherstellen.

3. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE EMPFEHLUNGEN

3.1. Wachstums- und stabilitätsorientierte makroökonomische Politik sicherstellen

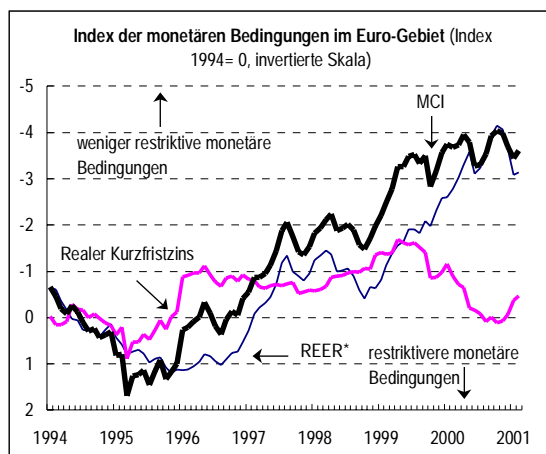
Die Ausführung der makroökonomischen Politik spielt bei der Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie bei der Wahrung der Preisstabilität eine zentrale Rolle. Auf kurze Sicht sollte sie dafür sorgen, dass sich das Wirtschaftswachstum fortsetzt und das gegenwärtige Wachstumspotenzial in vollem Umfang ausgeschöpft wird. Auf mittlere Sicht sollte sie zur Schaffung der Rahmenbedingungen beitragen, die Ersparnis und Investitionen in angemessener Höhe sicherstellen, so dass sich die Wirtschaft auf einem tragfähigen, höheren und inflationsfreien Wachstums- und Beschäftigungspfad bewegt.

Nach einer lebhaften Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2000 dürfte sich das Wirtschaftswachstum im **Euro-Gebiet** etwas verlangsamen, aber recht robust und oberhalb des Potenzialrate bleiben, während die Inflation nachlässt. Ein angemessener und spannungsfreier makroökonomische Politikansatz besteht aus den folgenden Elementen.

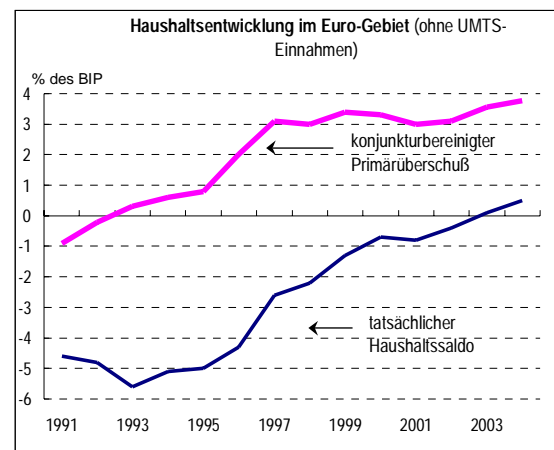
Die einheitliche Geldpolitik hat für Preisstabilität im Euro-Gebiet insgesamt zu sorgen und, soweit dies ohne Beeinträchtigung dieses Ziels möglich ist, die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft zu unterstützen.

Solide Haushaltspositionen, die mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt übereinstimmen, bieten den erforderlichen Spielraum dafür, dass die automatischen Stabilisatoren voll wirken können, ohne dass die Gefahr einer Überschreitung der Grenze von 3 % des BIP für das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit besteht. Sie haben auch günstige Auswirkungen auf die Zinsen und tragen zum "crowding-in" von Privatinvestitionen, zur weiteren Rückführung des gesamtstaatlichen Schuldenstandes in Relation zum BIP und durch eine Erhöhung der Glaubwürdigkeit des haushaltspolitischen Rahmens der WWU zur Stärkung des Anlegervertrauens bei.

Als allgemeines Prinzip ist es wichtig, dass in der Haushaltspolitik ein prozyklischer Kurs vermieden wird, der zu übergroßen Konjunkturschwankungen, zu nicht tragbaren strukturellen Haushaltslücken und zu einer Belastung der einheitlichen Geldpolitik führen würde. Zu diesem Zweck werden die konjunkturbereinigten Haushaltslücken als ein zusätzlicher Maßstab für die Beurteilung der Haushaltslage verwendet. Mehrere Mitgliedstaaten haben die Mindestposition eines nahezu ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses erreicht und für einige andere ist sie in Reichweite. Nunmehr ist es an der Zeit, diese Ergebnisse zu verankern, indem dafür gesorgt wird, dass sich die konjunkturbereinigte Haushaltsposition in Richtung eines nahezu ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses bewegt, beziehungsweise dort verbleibt. Gegebenenfalls würde eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zusätzliche Spielräume für die Konjunkturstabilisierung schaffen, um unerwartete Haushaltsentwicklungen aufzufangen, die öffentliche Verschuldung rascher zurückzuführen und sich auf die budgetären Herausforderungen durch die alternde



Quelle: Kommissionsdienststellen. Der MCI basiert auf Lohnstückkosten. * REER ist der reale effektive Wechselkurs.



Quelle: Kommissionsdienststellen.

Bevölkerung vorzubereiten. Auf Grundlage der letzten Aktualisierung 2000/01 der Stabilitätsprogramme ist die zugrundeliegende Haushaltsposition des Euro-Gebiets als Ganzes darauf ausgerichtet, sich nach einer leichten Verschlechterung im Jahr 2001 allmählich zu einem ausgeglichenen Haushaltssaldo im Jahr 2003 zu verbessern.

Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit des Staates (-) in den aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen (% des BIP, ohne UMTS-Einnahmen)						
	Datum ¹⁾	2000	2001	2002	2003	2004
Stabilitätsprogramme						
B	12/00	-0.1	0.2	0.3	0.5	0.6 ²⁾
D	10/00	-1.0	-1½	-1.0	-½	0.0
EL	12/00	-0.8	0.5	1.5	2.0	2.0
E	01/01	-0.3	0.0	0.2	0.3	0.3
F	12/00	-1.4	-1.0	-0.6	-0.4	0.2 ³⁾
IRL	12/00	4.7	4.3	3.8	4.6	:
I	12/00	-1.3	-0.8	-0.5	0.0	0.3
L	12/00	3.0	2.6	2.5	2.5	:
NL	09/00	1.0	0.7	0.6 ⁴⁾	1.1 ⁴⁾	1.9 ⁴⁾
A	12/00	-1.8	-0.75	0.0	0.0	0.0
P	01/01	-1.9	-1.1	-0.7	-0.3	0.0
FIN	09/00	4.5	4.7	4.4	4.5	4.9
Euro-Gebiet		-0.7	-0.6	-0.3	0.1	0.4
Konvergenzprogramme						
DK	12/00	2.7	2.8	2.6	2.6	2.7 ⁵⁾
S	11/00	3.4	3.5	2.0	2.0	:
UK ⁶⁾	12/00	1.1	0.6	-0.1	-0.9	-1.0 ⁷⁾
EU-15		-0.2	-0.2	-0.1	0.0	0.2

1) Datum der Verabschiedung.

2) Für 2005 ist ein Überschuß des öffentlichen Haushalts von 0,7% des BIP projiziert.

3) Im Rahmen des vorsichtigeren Wachstumsszenarios ist für 2004 ein Defizit des öffentlichen Haushalts von 0,5% des BIP projiziert.

4) Günstiges Szenario, in dem der verfügbare Spielraum zur Schuldenreduzierung genutzt wird; im vorsichtigen Szenario, in dem der verfügbare Spielraum zur Schuldenreduzierung genutzt wird, wird der Überschuß des öffentlichen Haushalts projiziert auf 0,3% des BIP für 2002 und 2003 und auf 0,6% für 2004.

5) Für 2005 ist ein Überschuß des öffentlichen Haushalts von 2,9% des BIP projiziert.

6) Haushaltsjahre.

7) Für 2005-06 ist ein Defizit des öffentlichen Haushalts von 1,1% des BIP projiziert.

Quelle: Nationale Programme und Kommissionsdienststellen.

Die Mitgliedstaaten des Euro-Gebiets sollten dafür sorgen, dass die auf Preisstabilität ausgerichtete einheitliche Geldpolitik durch ihre Haushaltspolitik unterstützt wird. In diesem Zusammenhang sollten sie bereit sein, die Haushaltspolitik als Beitrag zur inländischen Preisstabilität einzusetzen und bei ihrer Haushaltspolitik sowohl der Dimension des Euro-Gebiets als auch den Auswirkungen der einheitlichen Geldpolitik auf ihre eigenen Länder Rechnung zu tragen.

Im Allgemeinen sollten die Mitgliedstaaten:

- als Regel und entsprechend den vorjährigen Verpflichtungen, im Jahr 2001 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt oder Haushaltsüberschuss erreichen, um über eine ausreichende Sicherheitsmarge zu verfügen, mit der die Auswirkungen ungünstiger Konjunkturschwankungen aufgefangen werden können; auf einen rigorosen Haushaltsvollzug achten, um Abweichungen von den Zielen des Stabilitätsprogramms zu verhindern;
- die Haushaltspläne für 2002 entsprechend dem Gebot aufzustellen, einen nahezu ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss zu erhalten und eine prozyklische Finanzpolitik zu vermeiden; gegebenenfalls die öffentlichen Finanzen weiter stärken, besonders im Hinblick auf ihre langfristige Tragfähigkeit; und
- diejenigen Mitgliedstaaten, in denen Überhitzungsgefahren und inflationäre Spannungen vorherrschen, sollten im Hinblick auf ihren Beitrag zu einem angemessenen makroökonomischen Policy-mix auf nationaler Ebene zum Straffen ihrer Haushaltspolitik bereit sein.

Die Lohnentwicklung in den Euro-Teilnehmerstaaten sollte unterschiedliche Wirtschafts- und Beschäftigungssituationen widerspiegeln. Die Regierungen können die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, die die Lohnverhandlungen der Sozialpartner erleichtern. Vom makroökonomischen Gesichtspunkt aus betrachtet müssen die Nominallohn erhöhungen mit Preisstabilität und Beschäftigungswachstum zu vereinbaren sein; dies bedeutet, dass dem Preisstabilitätsziel der EZB gebührend Rechnung getragen werden muss und gleichzeitig dafür gesorgt wird, dass Reallohn erhöhungen nicht das Produktivitätswachstum übersteigen.

*In den **nicht zum Euro-Gebiet gehörenden Mitgliedstaaten** zielt die Geldpolitik auf Preisstabilität ab. In Dänemark wird dieses geldpolitische Ziel durch eine Politik verfolgt, die den Wechselkurs im Rahmen des WKM2 fest an den Euro bindet. In Schweden und im Vereinigten Königreich richtet sich die Geldpolitik direkt an Inflationszielen aus. Deren Erreichen wird helfen, die Voraussetzungen für stabile Wechselkurse zu schaffen.*

Die nicht zum Euro-Gebiet gehörenden Mitgliedstaaten sollen gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ebenfalls für eine solide Haushaltslage sorgen. Im Allgemeinen sollten sie:

- i. auch im Jahr 2001 Haushaltsüberschüsse erzielen, um dadurch ausreichende Sicherheitsmargen zu bewahren, mit denen die Auswirkungen ungünstiger Konjunkturschwankungen aufgefangen werden können; auf einen rigorosen Haushaltsvollzug achten, um jegliche Abweichung von den Zielen des Konvergenzprogramms zu vermeiden; und
- ii. die Haushaltspläne für 2002 entsprechend dem Gebot aufstellen, einen ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss zu erhalten und eine prozyklische Finanzpolitik zu vermeiden; gegebenenfalls die öffentlichen Finanzen weiter stärken, besonders im Hinblick auf ihre langfristige Tragfähigkeit.

Auch die Lohnentwicklung in den nicht zum Euro-Gebiet gehörenden Mitgliedstaaten sollte unterschiedliche Wirtschafts- und Beschäftigungssituationen widerspiegeln. Vom makroökonomischen Gesichtspunkt aus betrachtet müssen die Nominallohn erhöhungen mit Preisstabilität und Beschäftigungswachstum zu vereinbaren sein; dies bedeutet, dass dem Preisstabilitätsziel der nationalen Zentralbank gebührend Rechnung getragen werden muss und gleichzeitig dafür gesorgt wird, dass Reallohn erhöhungen nicht das Produktivitätswachstum übersteigen.

3.2. Qualität und dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern

Die Mitgliedstaaten müssen solide Haushaltspositionen wahren und gleichzeitig die Qualität und langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, entsprechend des vom Europäischen Rat von Stockholm angenommenen Berichts, verbessern. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die öffentlichen Finanzen einen maximalen Beitrag leisten zu Wachstum und Beschäftigung sowie zum Verwirklichen der in Lissabon und Stockholm vereinbarten Ziele, einschließlich des sozialen Zusammenhalts. Eine angemessene Balance und Abfolge muß zwischen der Verringerung der Staatsverschuldung, der Reduzierung von Steuern und der Finanzierung von öffentlichen Investitionen in zentralen Bereichen getroffen werden. Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten

- i. Anstrengungen unternehmen, die Steuer- und Leistungssysteme beschäftigungsfreundlicher zu gestalten, auch durch eine Verringerung der Abgabenbelastung, insbesondere für Geringverdienende, im Rahmen einer fortgesetzten Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, und mittels einer effizienteren Gestaltung der Steuersysteme (siehe auch Abschnitt 3.3)
- ii. die Staatsausgaben zugunsten der Akkumulation von Sach- und Humankapital umschichten;
- iii. durch institutionelle und strukturelle Reformen die Effizienz der öffentlichen Ausgaben erhöhen, insbesondere Mechanismen einführen oder verbessern, die helfen, Ausgaben zu kontrollieren;
- iv. die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch Verfolgen einer dreigleisigen Strategie verbessern. Über die Aktivitäten zur Erhöhung der Erwerbstätigenquoten hinaus erfordert dies eine rasche Rückführung des Schuldenstandes und weitere Reformen des Rentensystems. Maßnahmen, die die Renten auf eine solidere Basis stellen, sollten Schritte in Richtung einer größeren Stützung durch kapitalgedeckte Systeme beinhalten, damit eine bessere Balance zwischen den verschiedenen Säulen innerhalb des Rentensystems in denjenigen Ländern, die

dies noch nicht erreicht haben, erreicht wird; und

- v. die Koordinierung der Steuerpolitik weiter verfolgen, so dass schädlicher Steuerwettbewerb vermieden wird, und die Ratsvereinbarung vom November 2000 zum Steuerpaket effektiv umsetzen.

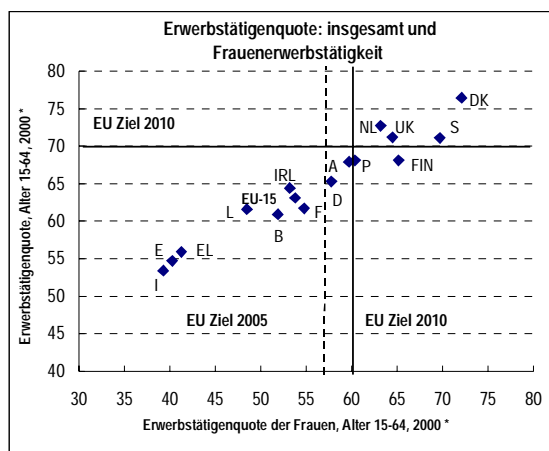
3.3. Die Arbeitsmärkte stärken

Die kräftige Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre hat sich während des Jahres 2000 fortgesetzt. Dies war weitgehend den günstigen makroökonomischen Bedingungen zu verdanken, doch lassen die Arbeitsmarktentwicklungen auch stark vermuten, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit dank der Reformen und Politikmaßnahmen des letzten Jahrzehnts zur Verbesserung der Funktionsweise des Arbeitsmarktes ebenfalls zurückgegangen ist, insbesondere im Zusammenhang mit der europäischen Beschäftigungsstrategie. Der Lohnanstieg hielt sich angesichts des deutlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit in Grenzen, während die Langzeitarbeitslosigkeit sogar noch stärker abgenommen hat als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Dennoch bleibt breiter Raum für weitere Fortschritte. Die EU steht hier vor allem vor vier Herausforderungen. Erstens machen sich in einer Reihe von Mitgliedstaaten Anzeichen von Schwierigkeiten bei der Einstellung neuen Personals und ein Mangel an diesen Fachkräften bemerkbar, was darauf hindeutet, dass die EU allmählich an die Grenzen des raschen konjunkturbedingten Beschäftigungswachstums stößt. Zweitens ist die Arbeitslosigkeit immer noch unannehmbar hoch, bei großen

Unterschieden zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten und Regionen. Drittens wird es eines weiteren starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit und einer wesentlichen Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots bedürfen, wenn die Beschäftigungsziele so wie sie vom Europäischen Rat in Lissabon vereinbart wurden, d.h. eine Erwerbstätigenquote von insgesamt 70 % und von 60 % bei Frauen bis 2010, unter Einschluss der Zwischenziele von 67 % bzw. 57 % bis Januar 2005 sowie von 50 % für ältere Arbeitnehmer bis 2010, wie vom Europäischen Rat in Stockholm vereinbart, erreicht werden sollen. Viertens sollte, wie es der Europäische Rat in Stockholm bekräftigte, das Ziel darin bestehen, bessere und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, insbesondere mittels einer verbesserten Ausbildung, des lebenslangen Lernens und einer besseren Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, sollten die Mitgliedstaaten die günstigen makroökonomischen Bedingungen nutzen, um die erforderlichen strukturellen Arbeitsmarktverbesserungen durchzuführen und in Richtung auf das Ziel der Vollbeschäftigung voranzuschreiten. Die Mitgliedstaaten sollten bis Ende 2002 die in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien festgelegten Ziele erreichen. Sie sollten insbesondere folgende Maßnahmen ergreifen:

- i. eine stärkere Erwerbsbeteiligung besonders von Frauen und älteren Arbeitskräften fördern, in dem insbesondere für Chancengleichheit gesorgt wird, die Versorgung mit Betreuungseinrichtungen für Kinder und andere abhängige Personen sichergestellt wird, Frühverrentungssysteme reformiert werden und lebenslanges Lernen gefördert wird. Entsprechend sollte die Erwerbsbeteiligung von Behinderten, ethnischen Minderheiten und Zuwanderern gefördert werden. Weitere Maßnahmen dieser Art einschließlich der Rentenreformen sind in dem Abschnitt über die öffentlichen Finanzen aufgeführt;
- ii. auf Grundlage der vergangenen Überprüfungen die Steuer- und Leistungssysteme so reformieren, dass sich Arbeit lohnt. Durch die Reformen sollten die den Faktor Arbeit belastenden Abgaben für Geringverdienende gesenkt, hohe effektive Grenzsteuersätze reduziert und Anreizeffekte, Dauer, Anspruchsberechtigung sowie Durchsetzung



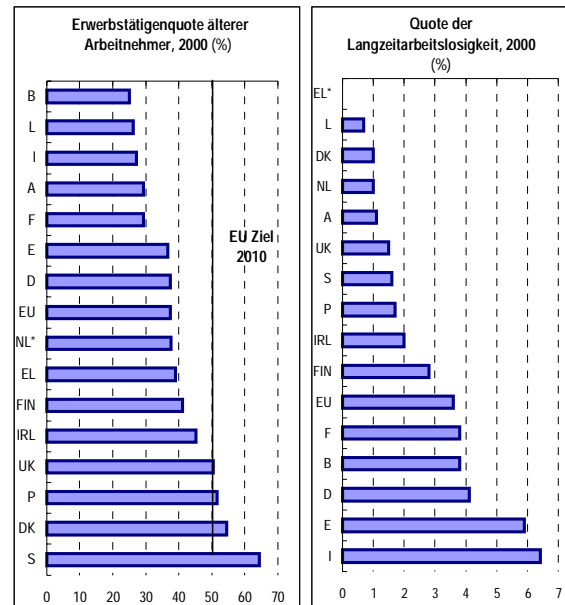
Source: Kommissionsdienststellen.
* L ist von 1999, NL sind vorläufige Daten.

- der Sozialleistungsregelungen angegangen werden;
- iii. Lohnfindungsprozesse fördern, die der Produktivität und den lokalen Arbeitsmarktbedingungen besser Rechnung tragen;
 - iv. Hürden für die Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der Mitgliedstaaten und zwischen den Mitgliedstaaten beseitigen, u.a. durch gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen, Verbesserung der Übertragbarkeit der Rentenansprüche durch eine rasche Verabschiedung und Umsetzung der Richtlinie zu beruflichen Pensionsfonds, Verbesserung des Zugangs zu europaweiten Informationen über freie Stellen sowie Bildungs- und Ausbildungsgelegenheiten in den Mitgliedstaaten im Rahmen der Entwicklung der neuen europäischen Arbeitsmärkte;
 - v. die berufliche Mobilität der Arbeitskräfte erleichtern, indem zusammen mit den Sozialpartnern Aus- und Weiterbildung sowie lebenslanges Lernen verbessert werden, um den vorzeitigen Abbruch der Schulausbildung zu verringern und um den erfolgreichen Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft vorzubereiten;
 - vi. für die Effizienz der aktiven Arbeitsmarktpolitik sorgen und jene gezielt für diejenigen Gruppen einsetzen, die am stärksten von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind; dafür Sorge tragen, dass die Sozialleistungssysteme durch eine wirksame Unterstützung für Stellensuchende ergänzt werden, so dass ihre Vermittelbarkeit und Chancen auf einen Arbeitsplatz gefördert werden;
 - vii. zusammen mit den Sozialpartnern eine flexiblere Arbeitsorganisation fördern, einschließlich Arbeitszeitregelungen, und den vorhandenen Rahmen an Regulierungen, und zwar der vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen, reformieren, unter anderem bezüglich der Beschränkungen für Einstellungen und Kündigungen sowie für Teilzeitarbeit, mit dem Ziel, größere Flexibilität und Sicherheit zu verbinden; dafür sorgen, dass etwaige

Arbeitszeitverkürzungen nicht zu einem Anstieg der Lohnstückkosten führen und dass der künftige Bedarf an Arbeitskräften in vollem Umfang berücksichtigt wird; und

- viii. eine Politik verfolgen, die durch faktische Diskriminierung bedingte Lohnunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften reduzieren soll.

Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslosigkeit in den EU Mitgliedstaaten



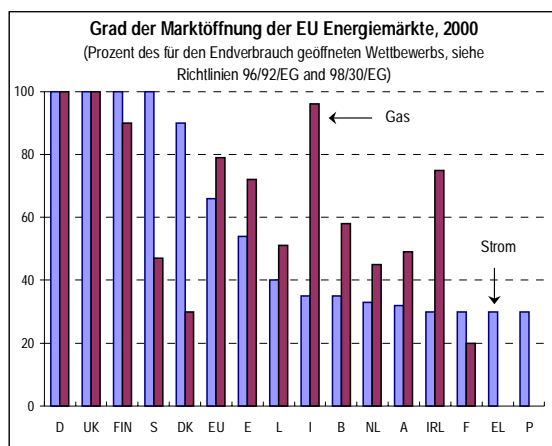
Quelle: Kommissionsdienststellen. * Bei den älteren Arbeitnehmern sind die Daten für NL provisorisch. Bei der Quote der Langzeitarbeitslosigkeit sind für EL keine Daten verfügbar.

Am 19. Januar 2001 nahm der Rat unter Berufung auf Vertragsartikel 128 detaillierte Leitlinien für die Beschäftigungspolitik für das Jahr 2001 an, die mit den oben genannten Prioritäten konsistent sind, als auch spezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten. Bei dem Verfolgen von Arbeitsmarktreformen sollten die Mitgliedstaaten die beschäftigungspolitischen Leitlinien und die an sie adressierten Empfehlungen energisch umsetzen.

3.4. Effiziente Produktmärkte (Waren und Dienstleistungen) gewährleisten

Die Errichtung des Binnenmarktes und die Einführung des Euro haben den Wettbewerb auf den Produktmärkten der EU gestärkt. Dies hat sich dämpfend auf die Inflation ausgewirkt und zur Konvergenz der Preisniveaus der Mitgliedstaaten beigetragen, mit eindeutigem Vorteil für die Verbraucher. Der Wettbewerb hat auch zur Rationalisierung der Produktion geführt, was dazu beigetragen hat, die Wettbewerbsstärke der europäischen Unternehmen zu erhöhen. Dennoch ist der Binnenmarkt für Dienstleistungen noch gehandikapt durch bestehende Barrieren, die Hindernisse für grenzüberschreitende Aktivitäten darstellen. Die Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte und in geringerem Maße der Energiewirtschaft zeigt erste positive Ergebnisse. Die Kommission hat die vollständige Liberalisierung von Strom und Gas für alle Verbraucher zum 1. Januar 2005 vorgeschlagen. Desgleichen hat die Öffnung der europäischen Wirtschaft gegenüber dem Welthandel die europäischen Unternehmen dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, was zu mehr Effizienz auf den europäischen Produktmärkten beigetragen hat. Die Europäische Union steht auch weiterhin zur Liberalisierung des Handels und Eröffnung einer neuen Handelsrunde in der Welthandelsorganisation. Zwar funktionieren die europäischen Produktmärkte inzwischen erheblich besser, doch bedarf es noch weiterer Anstrengungen in verschiedenen Bereichen. Die Mitgliedstaaten sollten:

- i. die Binnenmarktvorschriften in vollem Umfang umsetzen:
 - das Defizit bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften in das innerstaatliche Recht bis zur Tagung des Europäischen Rats im Frühjahr 2002 auf weniger als 1,5 % verringern;
 - technische Handelshemmnisse beseitigen,
 - einen effektiv funktionierenden Binnenmarkt für Dienstleistungen schaffen durch Beseitigung regulatorischer und sonstiger Beschränkungen grenzüberschreitender Aktivitäten zwischen den Mitgliedstaaten und des Marktzutritts; und
 - die öffentlichen Beschaffungsmärkte weiter öffnen und bis 2003 Online anbieten.
- ii. den Wettbewerb stärken und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Verbraucher wirklichen Nutzen davon haben:
 - raschere Liberalisierung der netzgebundenen Sektoren (Energie, Bahn, Luftverkehr und Postdienste) unter Berücksichtigung der Universaldienstverpflichtungen und der Notwendigkeit, die Angebotssicherheit zu gewährleisten;
 - Sicherstellung von adäquaten Kapazitäten und Effektivität der Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden; und
 - Senkung des Gesamtniveaus der staatlichen Beihilfen in Relation zum BIP bis zum Jahr 2003 und Neuausrichtung weg von punktuellen und sektoralen Beihilfen; transparentere Beihilfepolitik.



Quelle: Kommissionsdienststellen.

3.5. Effizienz und Integration des EU-Markts für Finanzdienstleistungen fördern

Das Finanzsystem der EU wächst unter dem Einfluss der Globalisierung, Deregulierung, technischen Fortschritts und Einführung des Euro kontinuierlich zusammen. Die Effizienzgewinne aus der Finanzmarktintegration werden sich in einer besseren Kapitalallokation und niedrigeren Kapitalkosten mit positiven Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung in der EU-Wirtschaft niederschlagen. Die noch verbleibenden Hindernisse für die Finanzintegration verhindern jedoch, dass die potenziellen Vorteile voll genutzt werden. Zu den wichtigsten Hindernissen gehört das Fehlen eines harmonisierten Rechtsrahmens für die Europäische Union, so dass ein effektiver Wettbewerb über die Grenzen hinweg nicht zustande kommt. Bei der Harmonisierung der Regelungen für die Finanzwirtschaft der EU sind durch verschiedene Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen Fortschritte erzielt worden. Mit der Umsetzung des Risikokapital-Aktionsplans dürften in größerem Umfang angemessene Finanzierungsmittel für innovative KMU zur Verfügung stehen, die wegen ihrer Flexibilität und ihres Wachstumspotenzials wichtige Quellen von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind. Die Fortschritte auf dem Wege zu einem wirklichen einheitlichen Markt für Finanzdienstleistungen sind zurzeit jedoch allzu schleppend. In dieser Hinsicht ist Folgendes geboten:

- i. es ist dafür Sorge zu tragen, dass der von dem Ausschuss der Weisen über die Reglementierung der europäischen Wertpapiermärkte vorgeschlagene Ansatz in Bezug auf die Wertpapiermärkte, wie er in der Entschließung des Europäischen Rats in Stockholm angenommen wurde, ab Anfang 2002 operativ ist;
- ii. die Anstrengungen aller Beteiligten - Rat, Parlament und Kommission - sind zu verstärken, damit bis spätestens 2005 der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen in vollem Umfang verwirklicht wird; insbesondere sind die wichtigsten Schritte zur Schaffung eines integrierten Wertpapiermarktes bis Ende 2003 vorzunehmen, u. a. vor allem die in dem Bericht des Ausschusses der Weisen über die

Reglementierung der europäischen Wertpapiermärkte aufgeführten vorrangigen Aufgaben;

- iii. die Anstrengungen verstärken, zusätzlich zur Verwirklichung des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen, insbesondere für Risikokapitalmärkte, um bis 2003 einen gut funktionierenden Risikokapitalmarkt durch Umsetzung des Aktionsplans für Risikokapital zu schaffen, insbesondere mit Blick auf eine Lockerung der quantitativen Beschränkungen für die Aktieninvestitionen institutionelle Anleger, eine Lockerung des Konkursrechts und die Entwicklung eines investitions- und unternehmerfreundlicheren steuerlichen Rahmens; und
- iv. die Herausforderungen, die sich bei der Beaufsichtigung aus den zunehmenden grenzüberschreitenden und branchenübergreifenden Verbindungen zwischen den Finanzmärkten und Intermediären ergeben, müssen effektiv in Angriff genommen werden; in dieser Hinsicht sollten die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die branchen- und grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden und sonstigen einschlägigen Behörden weiter zu verbessern.

3.6 Unternehmerische Initiative ermutigen

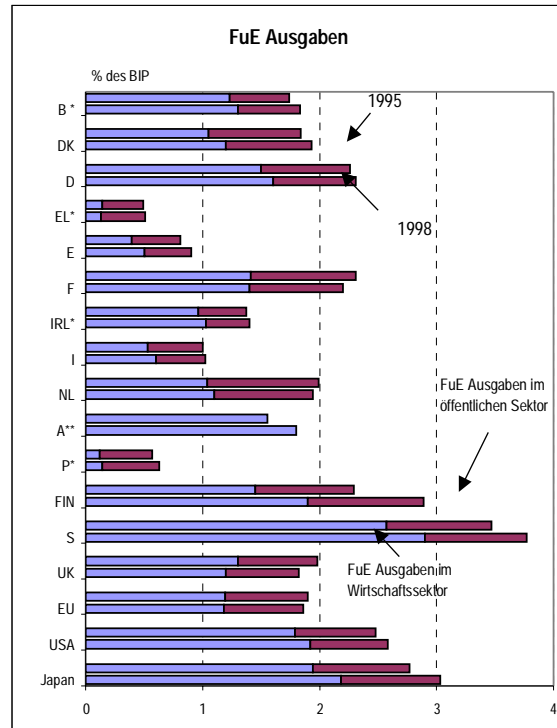
Unternehmerische Initiative ist eine grundlegende Vorbedingung für die Erhöhung des Potenzials der EU für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzschaffung. Ein vorteilhafteres Umfeld für Unternehmen muß in Europa geschaffen werden. Unternehmen und Bürger benötigen regulatorische und steuerliche Rahmenbedingungen, die eindeutig, einfach, effektiv und auf einem sich wandelnden globalen Marktplatz funktionsfähig sind. Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz des öffentlichen Sektors und zur Begrenzung des bürokratischen Aufwandes sind eingeführt worden, um die Verwaltungsbelastung der Unternehmen zu verringern. Dennoch gibt es Spielraum für signifikante, weitere Aktivitäten. Europäische KMU betrachten den fehlenden Zugang zu Finanzmitteln als

Hindernis für Existenzgründungen und als Problem, das das Wachstumspotenzial der Unternehmen begrenzt. Die Mitgliedstaaten sollten:

- i. ein unternehmerfreundliches Umfeld schaffen durch:
 - weiteren Abbau administrativer Hemmnisse und Barrieren für Unternehmen durch Einführung einfacherer und transparenterer Verfahren, zentraler Anlaufstellen für Betriebsgründungen und durch Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung;
 - größere Effizienz der öffentlichen Dienste u.a. durch Benchmarking und den verstärkten Einsatz von öffentlichen Ausschreibungen, während gleichzeitig dafür Sorge zu tragen ist, dass öffentliche und private Körperschaften gleiche Wettbewerbsbedingungen haben, wenn Einrichtungen des öffentlichen Sektors oder Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Körperschaften marktbestimmte Waren oder Dienstleistungen anbieten; und
 - Vereinfachung und Sicherstellung einer einheitlicheren Anwendung des Mehrwertsteuersystems.
- ii. die Risikoübernahme ermutigen durch den verbesserten Zugang zu Finanzmitteln, besonders für KMU (siehe auch Abschnitt 3.5).

3.7. Eine wissensbasierte Wirtschaft fördern

Der Übergang der Europäischen Union zur wissensbasierten Wirtschaft macht Fortschritte, müsste jedoch noch rascher vorangetrieben werden, wenn das strategische Ziel von Lissabon erreicht werden soll. Unternehmer und Bürger müssen ermuntert werden, die Chancen zu nutzen, die die wissensbasierte Wirtschaft bietet. Trotz der jüngsten Fortschritte bei der Verbreitung von IKT hinkt die EU in Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Investitionen in neue Technologien und Internet-Zugang immer noch hinter den USA her. Es ist von großer Bedeutung, dass die Vorgabe des Europäischen

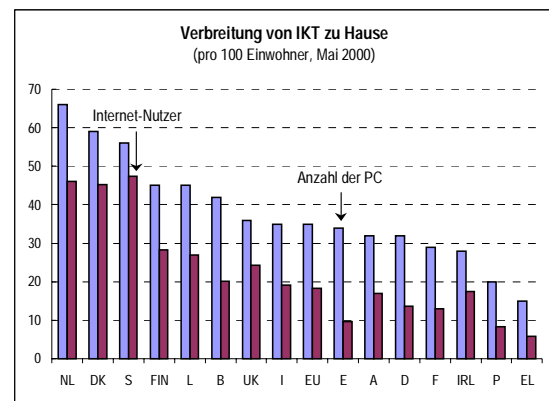


Gipfels von Stockholm, die wirtschaftlichen Reformen zu beschleunigen, innerhalb der vereinbarten Zeit in die Realität umgesetzt wird. Um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, bedarf es verstärkter Investitionen in Humankapital, FuE und IKT. Das Schaffen wettbewerbsfähiger Produktmärkte (vgl. Abschnitt 3.4) und gut funktionierende Kapitalmärkte (vgl. Abschnitt 3.5) trägt zu einem für Innovation und Risikoübernahme förderlichen - und damit Investitionen ermutigenden - Unternehmensklima bei. Im Bereich von FuE besteht die Hauptaufgabe darin, die Beteiligung des privaten Sektors zu erhöhen, was zu einer besseren Vermarktung der FuE-Ergebnisse und zur Schaffung des europäischen Forschungsraums beiträgt. Um den Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft zu erleichtern, ist es geboten:

- i. FuE und Innovationen stimulieren:
 - angemessene Anreize bieten, damit sich die Unternehmen in FuE engagieren, u. a. durch Stärkung der geistigen Eigentumsrechte und Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Gemeinschaftspatent bis Ende 2001;

- bessere Verbindungen zwischen Universitäten und Wirtschaft im Interesse des Transfers von Know-how und einer besseren Vermarktung von FuE-Ergebnissen herstellen;
 - unter anderem europaweit verstärkt in der Forschung und Innovation zusammenarbeiten, indem Netzwerke von Spitzenforschungseinrichtungen angeregt, die Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammengeführt und die Mobilität von Wissenschaftlern gefördert werden, sowie durch verstärkte Koordinierung der nationalen Forschungs- und Innovationspolitiken und Programme; und
 - ausreichende öffentliche Mittel für FuE zur Verfügung stellen und klare, widerspruchsfreie Prioritäten für die öffentliche Forschung setzen.
- ii. den Zugang zum Internet und seine Nutzung fördern:
- die Entbündelung des Teilnehmeranschlusses vornehmen, um dazu beizutragen, dass die Internet-Nutzung wesentlich billiger wird;
 - für eine bessere und breitere Nutzung des Internets in Schulen sorgen und die erforderliche Fortbildung aller Lehrer bis Ende 2002 abschließen;
 - den Rechtsrahmen für den elektronischen Geschäftsverkehr verstärken (durch Umsetzung der Richtlinie über elektronische Signaturen und Annahme der Vorschläge für Urheberrechte, Fernabsatz, MwSt. und elektronische Rechnungsstellung); und
 - den Gebrauch des Internet in der öffentlichen Verwaltung anregen.
- iii. sowohl private als auch öffentliche Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen stärken, um das Angebot an ausgebildetem Forschungspersonal zu vergrößern, die Zahl

hochqualifizierter IKT-Fachkräfte zu erhöhen und die IKT-Grundkenntnisse der Bevölkerung zu verbessern.



Quelle: EITO, Kommissionsdienststellen.

3.8. Die ökologische Nachhaltigkeit sicherstellen

Der Europäische Rat in Stockholm forderte dazu auf, die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in die Grundzüge der Wirtschaftspolitik einzubeziehen. Nachhaltige Entwicklung ist ein Konzept, das über eine rein wirtschaftliche Bewertung hinausgeht. Es sucht die Lebensqualität zu verbessern, in dem es kohärente Maßnahmen der Politik auf der Grundlage einer übergreifenden Bewertung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Dimensionen fördert. Es wird also eine langfristige Sicht gewählt, bei der die Wohlfahrt sowohl der gegenwärtigen wie künftiger Generationen berücksichtigt wird. Dieser Abschnitt konzentriert sich auf die Einbeziehung umweltpolitischer Aspekte in die Wirtschaftspolitik, und insbesondere die Verwendung von marktwirtschaftlichen Instrumenten als Mittel zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Mitgliedstaaten sollten verstärkt marktwirtschaftliche Instrumente bei der Verfolgung umweltpolitischer Ziele einsetzen, da diese häufig die effizientesten Mittel zur Begrenzung der Umweltverschmutzung sind: sie führen zu einer Internalisierung externer Kosten in den Preisen. Deshalb stellen sie einen Weg dar zur Verwirklichung des Prinzips, dass der Verschmutzungsverursacher zahlt. Darüber hinaus eröffnen sie der Industrie Spielräume, die Umweltverschmutzung auf kostengünstige Weise zu

verringern und fördern technologische Innovationen. Allmähliche, aber stetige und glaubwürdige Veränderungen in der Höhe und Struktur von Steuersätzen, bis sich externe Kosten voll in den Preisen widerspiegeln, würden strukturelle Anpassungsprobleme minimieren und Anpassung sowie innovative Lösungen auf Unternehmensebene unterstützen. Eine solche Vorgehensweise würde auch den Bedarf für Ausnahmeregelungen für die am stärksten betroffenen Unternehmen oder Sektoren minimieren. Solche Ausnahmen verringern oft die umweltpolitische Wirksamkeit einer Maßnahme, verzerren die Steuerstruktur und sind später schwer aufzuheben. Eine Rahmenregelung auf Gemeinschaftsebene für die Verwendung von Marktinstrumenten könnte dazu beitragen, solche Verzerrungen zu vermeiden und den Binnenmarkt zu stärken.

Daher ist Folgendes geboten:

- i. marktwirtschaftliche Instrumente einführen und verstärken, wie Besteuerung, Nutzer- und Verschmutzergebühren, Versicherungs-/Haftungsregelungen und handelbare Emissionsrechte;
- ii. Zuschüsse, Steuererleichterungen und sonstige Maßnahmen für bestimmte Sektoren einschränken, die sich negativ auf die Umwelt auswirken;
- iii. intensiverer Einsatz von wirtschaftlichen Instrumenten zur Begrenzung der Emission von Treibhausgasen und Erfüllung der Bestimmungen des Kyoto-Protokolls; und
- iv. einen angemessenen Rahmen für die Energiebesteuerung auf europäischer Ebene vereinbaren.

II. LÄNDERSPEZIFISCHE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LEITLINIEN

1. BELGIEN

Die belgische Wirtschaft ist im Jahr 2000 um etwa 4 % gewachsen, und in den Jahren 2001 und 2002 wird das reale BIP voraussichtlich um etwa 3 % zunehmen. Der private Verbrauch, der sich im Jahr 2000 rasch ausgeweitet hatte, wird in beiden Jahren unter dem Einfluss des höheren verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und der zunehmenden Beschäftigung kräftig bleiben. Die recht dynamischen Investitionen dürften der Inlandsnachfrage auch weiterhin Auftrieb geben. Dagegen wird erwartet, dass von der Außenwirtschaft in den Jahren 2001 und 2002 weniger konjunkturstützende Impulse ausgehen werden. Die am harmonisierten Index gemessene Verbraucherpreisinflation wird den Projektionen zufolge von 2,7 % im Jahr 2000 auf knapp 2 % 2001 und im Jahr 2002 noch weiter zurückgehen. Die Beschäftigung dürfte in beiden Jahren unter dem Einfluss der nach wie vor robusten Konjunktur und der in den letzten Jahren durchgeführten aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weiter steigen.

Berücksichtigt man den immer noch sehr hohen öffentlichen Schuldenstand und die Tatsache, dass den zukünftigen Herausforderungen begegnet werden muss, die die alternde Bevölkerung mit sich bringt, so genießt die Haushaltskonsolidierung auch künftig Priorität. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor durch eine niedrige Erwerbstätigenquote, insbesondere der älteren Arbeitnehmer, gekennzeichnet, und die regionalen Unterschiede am Arbeitsmarkt sind immer noch zu stark ausgeprägt. Der Mangel an Wettbewerb in bestimmten Branchen, die übergroße Belastung der Unternehmen durch Reglementierungen und die notwendige Steigerung der Effizienz des öffentlichen Sektors sind ebenfalls wichtige politische Herausforderungen.

Haushaltspolitik

Das raschere Wachstum im Jahr 2000 hat zu positiveren Haushaltsergebnissen geführt als erwartet: Anstelle eines auf 1 % des BIP prognostizierten Staatsdefizits war der gesamtstaatliche Haushalt ausgeglichen. In der Aktualisierung 2000 des Stabilitätsprogramms wird für 2001 mit einem Haushaltsüberschuss von 0,2 % des BIP gerechnet, der sich 2002 auf 0,3 % des BIP leicht erhöhen würde. Die in der Aktualisierung 2000 geplante Haushaltsstrategie für den Zeitraum bis 2005 basiert darauf, dass hohe Primärüberschüsse von mehr als 6 % des BIP jährlich erzielt werden. Die Eindämmung der realen Primärausgaben wird aller Voraussicht nach der wichtigste Anpassungsfaktor sein, gefolgt von einer nicht ausdrücklichen Norm für die Steigerung der Realausgaben der Ebene I (Bundesregierung und Sozialversicherung) um 1,5 % jährlich. Für den öffentlichen Schuldenstand wird projiziert, dass er von 110,6 % des BIP im Jahr 2000 auf 101,4 % des BIP im Jahr 2002 zurückgeführt wird. In Anbetracht dessen und da Belgien Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. den in der Aktualisierung 2000 des Stabilitätsprogramms für das Jahr 2001 projizierten Haushaltsüberschuss von 0,2 % des BIP, selbst im Falle eines gegenüber den Prognosen langsameren realen BIP-Wachstums zu erreichen;
- ii. im Rahmen des Haushaltsplans 2002 die Grenze von 1,5 % für den jährlichen realen Anstieg der Primärausgaben der Ebene I strikt einzuhalten, so dass die angestrebten Haushaltssalden, insbesondere ein Primärüberschuss von mehr als 6 % des BIP, erreicht werden können;
- iii. im Jahr 2002 und danach die Haushaltsspielräume entsprechend den Angaben in der Aktualisierung 2000 des Stabilitätsprogramms in einer Weise zu verteilen, die mit der Begrenzung des realen

Ausgabenanstiegs auf 1,5 % vereinbar ist; alle etwaigen Mehreinnahmen, die sich aus einem gegenüber den Erwartungen höheren realen BIP-Wachstum ergeben könnten, sollten für den Schuldenabbau verwendet werden; und

- iv. Vorkehrungen für die budgetären Auswirkungen der Überalterung der Bevölkerung zu treffen durch eine rechtzeitige Rentenreform und Benennung derjenigen Haushaltsmittel in der nächsten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms, die jährlich dem sog. Altersfonds zugeführt werden sollen.

Arbeitsmärkte

Die Arbeitsmarktbedingungen haben sich in Belgien im Jahr 2000 weiter verbessert, so dass die Arbeitslosenquote auf 7 % gesunken ist. Die Regierung bewegt sich in Richtung eines "aktiven Wohlfahrtsstaats", der u. a. durch den allmählichen Übergang von einer passiven Politik zu einem präventiven und aktiveren Ansatz zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme gekennzeichnet ist. So wurden Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeitsfalle gestartet. Dennoch ist die Abhängigkeit von Sozialleistungen in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten immer noch relativ hoch. Die alternde Bevölkerung und erste Anzeichen von Engpässen bei der Einstellung neuer Arbeitskräfte deuten darauf hin, dass es weiterer Maßnahmen zur Mobilisierung des nicht beschäftigten Arbeitskräftepotenzials bedarf, wodurch die Erwerbstätigen- und die Erwerbsbeteiligungsquoten erhöht würden. Dies ist eine der Hauptaufgaben, die sich am belgischen Arbeitsmarkt stellen, der durch eine relativ niedrige Erwerbstätigenquote (60,9 %), zumal bei älteren Arbeitnehmern (in der Altersgruppe der 55-64-jährigen nur 24 %) gekennzeichnet ist. Die Fortdauer beträchtlicher geographischer Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten deutet darauf hin, dass die Mobilität der Arbeitskräfte und die Flexibilität der Löhne unzureichend sind. Belgien gehört in der EU zu den Ländern mit der höchsten Abgabenbelastung des Faktors Arbeit, doch wird erwartet, dass die im Zuge der neuen Steuerreformpläne in Aussicht genommenen Steuersenkungen diese Belastung in

den nächsten Jahren schrittweise verringern werden. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Belgien vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. auf Grundlage der vergangenen Überprüfungen weitere Reform der Steuer- und Sozialleistungssysteme, damit sich Arbeit lohnt, insbesondere Schaffung angemessener Anreize für ältere Menschen, weiterzuarbeiten oder auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren und Anpassung der höheren Sozialleistungen und Sonderregelungen, die ältere Arbeitslose (über 50 Jahre) von der aktiven Stellensuche befreien;
- ii. Bekämpfung der Haupthindernisse für die Mobilität der Arbeitskräfte; die Sozialpartner sollten darin bestärkt werden, die Lohnfindungsmechanismen der Produktivität und den lokalen Arbeitsmarktbedingungen besser Rechnung tragen zu lassen und gleichzeitig einen weiterhin moderaten Lohnanstieg zu gewährleisten; und
- iii. zusammen mit den Sozialpartnern weitere Verstärkung der Arbeitsmarktflexibilität, indem die Bedingungen für befristete Arbeitsverträge und Zeitarbeitsverhältnisse gelockert werden und die Arbeitszeit flexibler gehandhabt wird, während gleichzeitig dafür zu sorgen ist, dass etwaige Arbeitszeitverkürzungen sich nicht negativ auf die Lohnstückkosten und das Arbeitskräfteangebot auswirken.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Belgien ist eine kleine, offene Wirtschaft mit starkem Wettbewerb auf den Gütermärkten, was zu einer relativ hohen Arbeitsproduktivität im verarbeitenden Gewerbe und unter Berücksichtigung seines Lebensstandards zu vergleichsweise niedrigen Preisen geführt hat. Die Liberalisierung des Telekommunikationssektors kommt gut voran, und es wurden verschiedene Maßnahmen zur Förderung der wissensbasierten

Wirtschaft getroffen. In manchen Dienstleistungsbranchen bestehen jedoch immer noch Wettbewerbsprobleme. Die Liberalisierung der Energiewirtschaft ist weniger weit gediehen. Maßnahmen zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands für Unternehmen und zur Reform der öffentlichen Verwaltung wurden zwar angekündigt, bislang aber nur in wenigen Fällen tatsächlich durchgeführt. In Anbetracht dessen sollte sich Belgien vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. Verstärkung des Wettbewerbs im Verkehrswesen sowie in der Gas- und Stromversorgung und Einsetzung unabhängiger Manager für die Verkehrsnetze, um einen nicht diskriminierenden Zugang zu diesen Sektoren zu gewährleisten; Sorge tragen, dass die geplante Eisenbahnreform die Effizienz und Qualität dieses Dienstes steigert und dass weniger Betriebszuschüsse gezahlt zu werden brauchen;
- ii. transparentere Beziehungen zwischen öffentlichem und privatem Sektor auf Kommunal- und Provinzebene, insbesondere transparentere Rolle der Kommunen und ihrer Verbände ("intercommunale/intercommunaal") in verschiedenen Sektoren wie Energiewirtschaft oder Bankwesen, um Wettbewerbsverzerrungen und Interessenkonflikte zu vermeiden; und
- iii. Maßnahmen zur Reduzierung und Vereinfachung des bürokratischen Aufwands für Unternehmen.

Kapitalmärkte

Die Entwicklung der Kapitalmärkte in Belgien geht weiter. Mit dem Zusammenschluss der Börsen von Brüssel, Paris und Amsterdam im Jahr 2000 ist der Aktienmarkt international nun stärker integriert. Desgleichen hat sich das Bankwesen durch eine Reihe sowohl grenzüberschreitender als auch innerstaatlicher Fusionen und Übernahmen in den letzten Jahren verändert. Der Risikokapitalmarkt hat sich stark ausgeweitet und ist durch einen hohen Anteil von Wagniskapitalinvestitionen in Relation zum BIP gekennzeichnet, aber auch durch einen substanziellen Grad an Interventionen des öffentlichen Sektors. Dennoch wäre ein weiterer Ausbau des Risikokapitalmarktes zu wünschen, zumal des Marktes für privates im Gegensatz zu öffentlichem Wagniskapital. Eine Reihe legislativer Maßnahmen, die die Unternehmensführung und -kontrolle (corporate governance) verbessern sollen, dürfte die Effizienz des Finanzsystems steigern. In Anbetracht dessen sollte sich Belgien vor allem auf folgenden Prioritäten konzentrieren:

- i. Den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem quantitative Beschränkungen für die Aktieninvestitionen institutioneller Anleger gelockert werden und ein investitions- und unternehmerfreundlicherer steuerlicher Rahmen geschaffen wird, wobei die unternehmerische Initiative auch durch eine Änderung des Konkursrechts gefördert werden sollte; und
- ii. dafür Sorge zu tragen, dass die sektor- und grenzübergreifenden Aufsichtsregelungen mit der Entwicklung des Finanzsystems Schritt halten.

2. DÄNEMARK

Nach einem Wirtschaftswachstum von nahezu 3 % im Jahr 2000, das hauptsächlich durch die dynamischen Investitionen und die starke Auslandsnachfrage angekurbelt wurde, wird sich die wirtschaftliche Expansion 2001 voraussichtlich leicht verlangsamen und bei etwas über 2 % liegen. Zwar dürften sich sowohl der private als auch der öffentliche Verbrauch nach der schwachen Entwicklung des vergangenen Jahres wieder erholen, doch wird diese Entwicklung wahrscheinlich durch einen weit geringeren Anstieg der Investitionen mehr als ausgeglichen. Obgleich davon ausgegangen wird, dass die Auslandsmärkte 2001 nicht mehr so stark wachsen werden wie bisher, wird doch die ungewöhnlich starke Zunahme der Einfuhren im Jahr 2000 - teils im Zusammenhang mit einer hohen Einfuhrintensität der Ausrüstungsinvestitionen und Ausfuhren - voraussichtlich abklingen. Demnach wird für 2001 ein stärkerer Wachstumsbeitrag der Nettoausfuhr erwartet. Im Jahr 2002 wird sich das Wirtschaftswachstum den Prognosen zufolge auf nahezu 2½ % beschleunigen, was in erster Linie der nachhaltigen Belebung des Privatverbrauchs zu verdanken sein wird.

Das Wachstumspotenzial der dänischen Wirtschaft könnte gesteigert werden, wenn folgende zentrale Aufgaben in angemessener Weise angepackt würden: Die Beschränkungen des Arbeitskräfteangebots müssten gelockert werden, so dass ein durch Engpässe in bestimmten Branchen ausgelöster stärkerer Lohnanstieg vermieden wird. Der Wettbewerb ist in mehreren wichtigen Bereichen immer noch unzulänglich, und angesichts der Größe des öffentlichen Sektors ist es wichtig, dass dieser zu einem hohen Effizienzniveau gelangt. Auch der reale Anstieg des Staatsverbrauchs muss effektiv eingedämmt werden, zumal mit Blick auf die budgetären Auswirkungen der alternden Bevölkerung.

Haushaltspolitik

Der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss lag im Jahr 2000 bei 2,4 % des BIP und war damit höher, als bei Verabschiedung des Haushaltsplans erwartet worden war. Nach den Vorausschätzungen der dänischen Regierung dürfte der Haushaltsüberschuss 2001 auf 2,9 % des BIP ansteigen und 2002 wieder leicht auf 2,6 % des BIP zurückgehen. In der Aktualisierung 2000 des dänischen Konvergenzprogramms wird im Großen und Ganzen an der Strategie moderat sinkender Primärausgaben und Steuern in Relation zum BIP festgehalten. Allerdings werden beide Quoten 2001 voraussichtlich leicht steigen, da der Anstieg des Staatsverbrauchs erheblich über dem angestrebten realen Zuwachs von 1 % jährlich liegen wird und die Steuern auf der Ebene der Gebietskörperschaften erheblich stärker angehoben werden dürften, als die unverbindliche Vereinbarung mit der Zentralregierung vorsieht. Für die längere Frist signalisieren die Projektionen, dass die gesamtstaatlichen Finanzen in Dänemark die durch die alternde Bevölkerung bewirkte finanzielle Belastung verkraften können. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. den realen Anstieg des Staatsverbrauchs 2001 strikt auf den im Haushalt veranschlagten Zuwachs von 1,9 % zu begrenzen;
- ii. im Rahmen des Haushaltsplans 2002 sicherzustellen, dass die Primärausgaben auf höchstens 49,5 % des BIP zurückgehen, wie in der Aktualisierung 2000 des Konvergenzprogramms vorgesehen, so dass die Steuerlast gesenkt werden kann und gleichzeitig ein Haushaltsüberschuss von etwa 2,5 % des BIP gewahrt werden kann; und
- iii. den realen Anstieg des Staatsverbrauchs auch auf mittlere Sicht so einzudämmen, dass die Steuerquote bis 2005 entsprechend den Projektionen der Regierung in dem aktualisierten Konvergenzprogramm sinken kann, ohne die Fähigkeit der öffentlichen

Finanzen Dänemarks, eine angemessene Vorsorge für die alternde Bevölkerung zu treffen, zu gefährden. Zu diesem Zweck sollten insbesondere verbindlichere Zusagen der nachgeordneten staatlichen Ebenen - bei Beachtung der Autonomie örtlicher Regierungen - angestrebt werden.

Arbeitsmärkte

Der dänische Arbeitsmarkt hat mit mehr als 76 % die höchste Erwerbstätigenquote der EU, eine relativ niedrige Arbeitslosenquote von 4,7 % und beachtliche Erfolge bei aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vorzuweisen. Dies sind mit die besten Arbeitsmarktergebnisse in der EU. Überdies wurden die Anspruchsvoraussetzungen bei Sozialleistungen gestrafft, um das effektive Arbeitskräfteangebot zu vergrößern, u. a. kürzlich durch eine Reform der Frühverrentungsregelungen in den Jahren 1996 und 1999 und die Reform der Erwerbsunfähigkeitsversicherung, die im Jahr 2003 durchgeführt werden soll. Allerdings stagnierte das Arbeitskräfteangebot in den letzten Jahren und wird durch einige Maßnahmen, die in letzter Zeit beschlossen wurden, verringert, dazu gehört insbesondere die im Jahr 2000 vereinbarte Verlängerung des Jahresurlaubs in der privaten Wirtschaft um eine Woche. An dieser Begrenzung des Arbeitskräfteangebots wird sich voraussichtlich weder auf kurze noch auf längere Sicht etwas ändern, ungeachtet der Bemühungen, das Arbeitsangebot in der Gruppe der Zuwanderer zu erhöhen. Eine weitere Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots könnte über Steuer- und Sozialleistungsreformen gefördert werden, damit die grundlegende Struktur von Abgaben und Sozialleistungen beschäftigungsfreundlicher wird. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Dänemark vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. die gesamte Abgabenbelastung des Faktors Arbeit in den nächsten Jahren weiter zu verringern, insbesondere durch Senkung der hohen effektiven Grenzsteuersätze für die Bezieher niedriger und mittlerer Löhne und eine Reform der Sozialleistungssysteme, damit sich Arbeit lohnt.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Die dänische Wirtschaft ist dem internationalen Wettbewerb weniger stark ausgesetzt als andere kleine Mitgliedstaaten. Dies mag einer der Gründe für den unzulänglichen Wettbewerb auf verschiedenen Produktmärkten und für das relativ hohe Verbraucherpreisniveau sein. In letzter Zeit wurden in Dänemark bei der Öffnung des öffentlichen Auftragswesens und Steigerung der Effizienz öffentlicher Dienstleistungen beachtliche Verbesserungen erzielt. Auch die Wettbewerbspolitik wurde gestärkt, indem u. a. eine Fusionskontrolle eingeführt und die Artikel 81 und 82 EG-Vertrag durchgesetzt wurden. Wenngleich die FuE-Ausgaben über dem EU-Durchschnitt liegen, kann Dänemark in diesem Punkt nicht mit den anderen nordischen Mitgliedstaaten mithalten, was zum Teil auf die geringeren FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor und die geringeren Vermarktungserfolge zurückzuführen ist. Um bessere FuE-Ergebnisse zu erzielen, wurde in Dänemark eine neue Strategie für die Unternehmenspolitik entwickelt. In Anbetracht dessen sollte sich Dänemark vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. eine verstärkte Durchsetzung der Wettbewerbsregeln in den Branchen, in denen der Wettbewerb für unzulänglich befunden wurde; und
- ii. bessere Voraussetzungen für Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu schaffen und den Konkurrenzdruck bei öffentlichen Dienstleistungen auf lokaler Ebene durch Benchmarking und steigende Nutzung öffentlicher Ausschreibungen zu verstärken.

Kapitalmärkte

Die Kapitalmärkte haben sich in Dänemark unter dem Einfluss einer Politik, die auf verstärkte Finanzaufsicht, Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für Finanzinstitutionen und größere Markttransparenz abzielt, weiterentwickelt. Um die Entwicklung des Aktienmarktes zu fördern, hat Dänemark die quantitativen Beschränkungen für den Aktienbesitz von Pensionsfonds gelockert, die nun Investitionen von bis zu 70 % in Aktien nach dem Vorsichtsprinzip ("prudent man principle") erlauben. Dänemark hat die steuerliche Behandlung von Belegschaftsaktien verbessert und durch Einführung von "Small Cap" Investmentfonds (spezielle innovative Fonds, die auf kleine und innovative Unternehmen spezialisiert sind) die Regulierung von Investmentfonds reformiert. Die Risikokapitalinvestitionen haben sich seit 1998 verdoppelt, sind im Vergleich zu anderen Märkten aber immer noch gering. Daher würden sich

fortgesetzte Anstrengungen zur Entwicklung des Risikokapitalmarktes empfehlen. Die für den Finanzsektor geltenden Rechtsvorschriften sollten in einem einzigen Gesetzeswerk zusammengefasst und die Aufsichtsregelungen modernisiert werden. Anlässlich der zunehmenden Fusionsaktivität von großen Finanzinstituten im nordischen Raum haben die dänischen Aufsichtsbehörden eine Kooperationsvereinbarung mit den entsprechenden finnischen und schwedischen (und norwegischen) Behörden unterzeichnet, um für eine effiziente Finanzaufsicht solcher grenzübergreifenden Institutionen zu sorgen. In Anbetracht dessen sollte sich Dänemark vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem ein investitions- und unternehmerfreundlicher steuerlicher Rahmen geschaffen wird, wobei die unternehmerische Initiative auch durch eine Änderung des Konkursrechts gefördert werden sollte.

3. DEUTSCHLAND

Nach einem außergewöhnlichen Exportboom im Jahr 2000 wird sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland dem Anschein nach auf kurze Sicht etwas verlangsamen, vor allem weil die Ausfuhren infolge des schwächeren Wachstums der Weltwirtschaft weniger stark zunehmen werden. Die kräftigere Inlandsnachfrage wird den Prognosen zufolge den rückläufigen Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft teilweise kompensieren und zur Hauptantriebskraft der Wirtschaft werden. Nachdem der Privatverbrauch im vergangenen Jahr durch die steigenden Einfuhrpreise und die starke Ölverteuerung gebremst wurde, wird er nunmehr von einer Umkehr dieser Entwicklungen profitieren. Ein zusätzlicher Wachstumsschub dürfte von der Zunahme der Beschäftigung und der Umsetzung der dritten Stufe der Einkommensteuerreform am 1. Januar 2001 ausgehen. Gleichzeitig werden die Ausrüstungsinvestitionen wegen des hohen Kapazitätsauslastungsgrades voraussichtlich robust bleiben. Gemäß den Projektionen der Kommissionsdienststellen dürfte daher das BIP-Wachstum im Jahr 2001 auf etwa $2\frac{1}{4}$ % zurückgehen und sich 2002 wieder leicht auf etwas über $2\frac{1}{2}$ % beleben. Diese Wachstumsraten dürften weiterhin zu einer Zunahme der Beschäftigung führen.

Wenngleich sich die Wirtschaftslage in Deutschland im Vergleich zu den 90er Jahren wesentlich verbessert hat, ist doch bislang noch kein starker endogener Wachstumsprozess in Gang gekommen, so dass die Wirtschaft auch weiterhin anfällig für außenwirtschaftliche Schocks bleibt. Trotz der positiven Auswirkungen der jüngsten Einkommen- und Körperschaftsteuerreformen wird die Wirtschaftsdynamik offenbar durch Verkrustungen, insbesondere des Arbeitsmarktes, gebremst. Während Deutschland in den letzten Jahren dank der insgesamt moderaten Lohnentwicklung wettbewerbsfähiger geworden ist, sind die Lohnstückkosten in den neuen Ländern doch immer noch relativ hoch, während die Arbeitslosenquote dort doppelt so hoch ist wie der Bundesdurchschnitt, so dass sie auf hohe

Transferzahlungen aus dem Westen angewiesen bleiben. Die Steuer- und Sozialleistungssysteme tragen insofern zu dem allgemeinen Arbeitslosigkeitsproblem bei, als relativ hohe Grenzsteuersätze bei gleichzeitigem Verlust von Sozialhilfezahlungen dazu führen können, dass Geringverdienende in eine Arbeitslosigkeitsfalle geraten. Es besteht die Gefahr, dass die Wachstumsraten in Deutschland schwach bleiben, wenn Reformen des Arbeitsmarktes und der Transfermechanismen ausbleiben.

Haushaltspolitik

Im vergangenen Jahr hat Deutschland sein Konsolidierungsziel erreicht, da das Defizit ohne die UMTS-Erlöse auf 1,0 % des BIP (Überschuss von 1,5 %, wenn man die UMTS-Einnahmen mitrechnet) sank. Überdies wurde aufgrund der UMTS-Einnahmen beträchtlicher Fortschritt bei der Beschleunigung des Schuldenabbaus gemacht. Nach der Aktualisierung 2000 des deutschen Stabilitätsprogramms dürfte das gesamtstaatliche Defizit bis zum Jahr 2004 schrittweise auf Null zurückgehen. Die Anpassung basiert etwa zur Hälfte auf Verbesserungen der Haushalte von Bundesländern und Kommunen. Der Defizitabbau wird hauptsächlich durch Ausgabenkürzungen erreicht, während die steuerliche Belastung abnehmen wird. In dem aktualisierten Stabilitätsprogramm wird allerdings davon ausgegangen, dass das Defizit im Jahr 2001 infolge der Steuerreform vorübergehend auf $1\frac{1}{2}$ % des BIP ansteigen wird. Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wird durch die auf den Weg gebrachte Rentenreform verbessert werden. Allerdings bestehen nach wie vor langfristige Haushaltsrisiken, da die Gesundheits- und Pflegeversicherungssysteme den Folgen der alternden Bevölkerung noch nicht angemessen Rechnung tragen. In Anbetracht dessen und da Deutschland Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. im Jahr 2001 ein gesamtstaatliches Defizit von $1\frac{1}{2}$ % des BIP zu erreichen; zu diesem Zweck sollte der Anstieg der

Staatsausgaben im Jahr 2001 die im Rahmen des Finanzplanungsrates vom November 2000 erstellten Projektionen respektieren;

- ii. bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2002 an der geplanten Verringerung des gesamtsstaatlichen Defizit auf 1 % des BIP festzuhalten, selbst wenn das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2001 und 2002 schwächer ausfallen sollte als in der Aktualisierung des Stabilitätsprogramms vom Oktober 2000 prognostiziert, damit das auf mittlere Sicht angestrebte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2004 erreicht werden kann; im Fall von höher als projizierten Steuereinnahmen sollten diese genutzt werden, um das Haushaltsdefizit unter das Zielniveau zu senken;
- iii. ab 2001 die Koordinierung der Haushaltspolitik zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen durch Aufwertung der Rolle des Finanzplanungsrates und eventuell im Rahmen eines nationalen Stabilitätspakts zu verstärken; und
- iv. um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern, die Umsetzung der Rentenreform fortzusetzen und im Jahr 2001 mit der Ausarbeitung der Reform des Gesundheitswesens und der Pflegeversicherung zu beginnen, insbesondere der Langzeitpflege älterer Menschen.

Arbeitsmärkte

Die Arbeitsmarktlage hat sich in Deutschland im Jahr 2000 weiter verbessert, wobei das Tempo der Schaffung von Arbeitsplätzen ein im letzten Jahrzehnt nicht gekanntes Maß erreichte. Der Beschäftigungsanstieg hat sich beschleunigt, und die Arbeitslosenquote ist auf 8,1 % gefallen. Die Verbesserung der Gesamtsituation hat aber noch immer nicht den östlichen Teil des Landes erreicht, wo die Beschäftigung sogar noch weiter

abgenommen hat und die Arbeitslosigkeit weitgehend unverändert bei 16,7 % verharret. Im Zuge der jüngsten Steuerreform wurden bedeutsame Maßnahmen zur Verringerung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit getroffen. Während das Rentenreformpaket noch nicht den Bundesrat passiert hat, wurden die Rentenbeiträge im Jahr 2000 geringfügig gesenkt. Immer noch können sich aber die Steuer- und Sozialleistungssysteme zusammengenommen dahingehend auswirken, dass kein Anreiz zur Arbeit besteht. Der deutsche Arbeitsmarkt ist durch einen relativ hohen Regulierungsgrad gekennzeichnet. Aktive Arbeitsmarktprogramme, zumal in den östlichen Bundesländern, sind offenbar, was die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt betrifft, ineffizient und werden häufiger als Instrument der Sozialpolitik missverstanden. Die starke regionale Komponente der Arbeitslosigkeit zeigt, dass es weiterer Maßnahmen bedarf, um die Mobilität der Arbeitskräfte zu steigern und die Löhne anpassungsfähiger zu machen. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Deutschland vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. stärker zielgerichteter Einsatz der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen zugunsten derjenigen Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, und bessere Abstimmung der Ausbildung auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes; effizientere Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktprogramme, zumal in den neuen Bundesländern. Auch sollte weiterhin darauf hingewirkt werden, dass der Lohnfindungsprozess der Produktivität und den lokalen Arbeitsmarktbedingungen besser Rechnung trägt;
- ii. Ergänzung der Einkommensteuerreform durch weitere Reformen der Abgaben- und Sozialleistungssysteme, damit sich Arbeit lohnt. Zur Senkung der immer noch hohen Lohnnebenkosten, zumal für Niedriglohneempfänger, sollten weitere Schritte unternommen werden; und

- iii. Maßnahmen, gegebenenfalls im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, um Arbeitsverträge und Arbeitsorganisation flexibler zu gestalten und die Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen zu verbessern.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Die deutschen Produktmärkte sind offen für internationalen Wettbewerb. Die Produktivität entspricht in etwa dem EU-Durchschnitt, aber das relative Preisniveau liegt etwas über dem, was bei einem Land mit seinem Lebensstandard zu erwarten wäre. Deutschland hat mehrere Maßnahmen getroffen, um die Produktmärkte funktionstüchtiger zu machen, was das Umfeld für Unternehmen verbessert hat. Insbesondere wurde einiger Fortschritt bei der Verbesserung des Wettbewerbsrahmens bei freien Berufen und Handwerk gemacht. Zudem beginnen die Steuerreform, die Rationalisierung der Wirtschaftsförderungsmechanismen und die Liberalisierung des Telekommunikationssektors sich positiv auszuwirken. Auch der Strommarkt ist liberalisiert worden, und es wurde ein System des verhandelten Zugangs Dritter zum Stromnetz eingeführt. Dennoch gibt es noch hohe regionalen Unterschiede zwischen den Entgelten für den Netzzugang. Die Gasrichtlinie wurde noch nicht vollständig in die deutsche Gesetzgebung umgesetzt, wodurch die Einführung des Wettbewerbs behindert wird. Die staatlichen Beihilfen nehmen schrittweise ab, liegen dem Umfang nach aber immer noch über dem EU-Durchschnitt. Die Regeln für das öffentliche Auftragswesen werden von einigen öffentlichen Stellen noch nicht ausreichend angewandt. Das Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern ist neben anderen Faktoren durch einen unterentwickelten Sektor für Unternehmensdienstleistungen und einen Mangel an Innovationskraft gebremst worden. IKT breiten sich rasch aus, und es werden Maßnahmen getroffen, damit keine digitale Kluft entsteht. Es entstand ein ernster Mangel an IT-Fachkräften. In

Anbetracht dessen sollte sich Deutschland vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. Reform des Hochschulwesens und Bekämpfung des Mangels an IT-Personal durch Aus- und Weiterbildung;
- ii. Stärkung des Wettbewerbs auf den Produktmärkten durch größere Öffnung des öffentlichen Auftragswesens, Fortsetzung der Politik zur schrittweisen Rückführung staatlicher Beihilfen und fortgesetzter Abbau der Reglementierungen für die freien Berufe und das Handwerk; und
- iii. Verringerung der großen regionalen Unterschiede zwischen den Entgelten für die Nutzung lokaler Stromverteilungsnetze; Einrichtung einer sektorspezifischen Regulierungsbehörde für Energie.

Kapitalmärkte

In Deutschland sind mehrere Maßnahmen getroffen worden, um den Rechtsrahmen für die Kapitalmärkte zu verbessern. Insbesondere wird im Juni 2001 der Entwurf des Finanzmarktförderungsgesetzes eingebracht und 2002 umgesetzt. Es schlägt Maßnahmen zur Deregulierung der Aktienmärkte, zur Verbesserung der Regeln bei Börsenmanipulationen und zur Gewährleistung einer größeren Rechtssicherheit für Finanzterminkontrakte vor. Zudem hat Deutschland eine Reform seiner Finanzdienstleistungsregulierung angekündigt, bei der eine einheitliche Bundesanstalt für die Beaufsichtigung des Kredit- und Versicherungswesens und des Wertpapierhandels geschaffen wird, um die Herausforderung des fortschreitenden Integration auf den Finanzmärkten zu bewältigen. Außerdem wurden Maßnahmen zur Rationalisierung und Vereinfachung der Programme für die Bereitstellung von Risikokapital für KMU und Existenzgründer beschlossen. Ganz allgemein dürften die Körperschaftsteuerreform und die vorgeschlagene Rentenreform die Kapitalmärkte

positiv beeinflussen. Außerdem wurde ein Gesetz über Unternehmensübernahmen eingebracht. Es wurde eine Expertenkommission eingesetzt, die einen "Code of Best Practice" für den Bereich der Unternehmensführung und -kontrolle (corporate governance) aufstellen soll, und es wurde ein Gesetz eingebracht, das die Einführung von Namensaktien erleichtern soll. In Anbetracht

dessen sollte sich Deutschland vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem die Bemühungen zur Schaffung eines investitions- und unternehmerfreundlicheren steuerlichen und regulatorischen Rahmens anhalten.

4. GRIECHENLAND

Die griechische Konjunktur entwickelte sich im Jahr 2000 lebhaft, sie dürfte sich 2001 und 2002 beschleunigen und im Jahr 2002 dürfte das reale BIP-Wachstum rund 4,8 % betragen. Die kräftige Inlandsnachfrage wird vor allem durch die Investitionen gestützt; insbesondere die Bauinvestitionen dürften angesichts der Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele 2004 an Fahrt gewinnen. Ein weiterer Konjunkturimpuls dürfte von den niedrigeren Zinssätzen infolge der Teilnahme am Euro-Gebiet ausgehen. Die Leistungsbilanz dürfte sich weiter verschlechtern, da die Importe aufgrund der kräftigen Inlandsnachfrage rasch zunehmen und sich die Warenexportmärkte langsamer entwickeln. Der Verbraucherpreisanstieg hat sich im Laufe des Jahres 2000 beschleunigt und lag im Dezember bei 4,2 %. Parallel zur sich abschwächenden Importpreisentwicklung dürfte der Preisauftrieb 2001 und 2002 nachlassen; allerdings bestehen ernsthafte Überhitzungsgefahren, da sich die Konjunktur lebhaft entwickelt und die monetären Bedingungen gelockert haben. Die Konjunkturbeschleunigung wird dazu beitragen, dass sich die Arbeitsmarktlage allmählich bessert; die Arbeitslosenquote dürfte allerdings hoch bleiben.

Das Inflationsrisiko könnte 2001 anhalten und geeignete Stabilisierungsmaßnahmen erfordern. Vor diesem Hintergrund wird die Haushaltspolitik ein wichtiges verfügbares wirtschaftspolitisches Instrument sein, um inflationäre Spannungen einzudämmen. Auch die Lohnentwicklung wird hier eine zentrale Rolle spielen. Außerdem müssen die öffentlichen Finanzen weiter konsolidiert werden, um die hohe öffentliche Schuldenquote zu senken und sich auf die langfristigen Herausforderungen der Bevölkerungsalterung vorzubereiten. Strukturreformen an den Arbeits-, Produkt- und Kapitalmärkten sind auch in Zukunft von vorrangiger Bedeutung, um die Produktivität zu erhöhen, die Arbeitsplatzschaffung zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland zu verbessern.

Haushaltspolitik

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit wurde von 1,8 % des BIP im Jahr 1999 auf 0,9 % des BIP im Jahr 2000 zurückgeführt. Nach dem Stabilitätsprogramm 2000 soll der gesamtstaatliche Haushalt im Jahr 2001 einen Überschuss in Höhe von 0,5 % des BIP und 2002 einen Überschuss von 1,5 % des BIP aufweisen; die in dem Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen gehen von einem hohen realen BIP-Wachstum von rund 5 % in beiden Jahren aus. Im Mittelpunkt der Haushaltsstrategie steht die Erzielung hoher öffentlicher Primärüberschüsse von rund 7 % des BIP in den Jahren 2001 und 2002, wobei der Rückgang der Zinszahlungen aufgrund der niedrigeren Zinsen und des geringeren Schuldenstands in vollem Umfang zum Tragen kommt. Die laufenden Primärausgaben des Gesamtstaats sollten dem Programm zufolge allerdings erst im Jahr 2002 erheblich gesenkt werden. In Anbetracht dessen und da Griechenland Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. das für 2001 gesteckte Haushaltsziel eines Überschusses von 0,5 % des BIP zu erreichen und beim Haushaltsvollzug im Jahr 2001 gegebenenfalls restriktiver vorzugehen, wenn der Inflationsdruck anhält;
- ii. im Haushaltsplan 2002 weiterhin einen eindeutig auf Preisstabilität ausgerichteten haushaltspolitischen Kurs zu fahren; zu diesem Zweck sollte der angestrebte gesamtstaatliche Primärüberschuss von 7 % des BIP vor allem durch eine rasche Rückführung der laufenden Primärausgaben des Gesamtstaats erzielt werden, die durch Anwendung klarer und bindender Vorgaben erfolgen sollte;
- iii. den öffentlichen Sektor weiter zu reformieren, um seinen Umfang in der mittleren Frist zurückzustutzen und somit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern und die Belastung der

- öffentlichen Finanzen zu vermindern; und
- iv. die Reform des Sozialversicherungsektors rascher umzusetzen, um die Tragfähigkeit des Systems sicherzustellen; insbesondere sollte die Reform des Rentensystems, die zur Bewältigung der durch die Bevölkerungsalterung entstehenden Herausforderungen erforderlich ist, im Jahr 2001 eingeleitet werden.

Arbeitsmärkte

Nachdem die Beschäftigung 1999 trotz des raschen Wirtschaftswachstums zurückgegangen war, ist sie im Jahr 2000 um 1,2 % gestiegen, so dass die Arbeitslosenquote zurückging. Trotz dieser positiven Entwicklung ist der griechische Arbeitsmarkt aber immer noch durch eine niedrige Erwerbstätigenquote (55,4 % im Jahr 2000), eine hohe Arbeitslosenquote und eine starke Segmentierung gekennzeichnet, die in der hohen Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt. Mit verschiedenen Maßnahmen ist in letzter Zeit versucht worden, die Arbeitsmarktlage zu verbessern, unter anderem durch Änderungen bei bestimmten Steuer- und Sozialleistungsregelungen sowie durch Einführung eines zweiten Pakets weitreichender Arbeitsmarktmaßnahmen. Außerdem werden aktive Arbeitsmarktprogramme und die Modernisierung der staatlichen Arbeitsvermittlung fortgesetzt. Trotz der jüngsten Maßnahmen weist der Arbeitsmarkt aber nach wie vor Verkrustungen auf, unter anderem: komplizierte und beschwerliche Regulierung, unzureichende Dezentralisierung der Tarifverhandlungen und erhebliche Verzerrung der Arbeitsmarktanreize durch das Abgaben- und Sozialleistungssystem. Außerdem scheint das Bildungssystem die Menschen nicht adäquat für das Erwerbsleben auszubilden. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Griechenland vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. die volle Umsetzung der jüngsten Arbeitsmarktreformpakete sicherzustellen und darauf aufzubauen, insbesondere indem das restriktive Kündigungsschutzrecht gelockert wird;
- ii. die aus den Abgaben auf den Faktor Arbeit und Rentenansprüchen resultierenden schweren Verzerrungen zu beseitigen und somit die Arbeitsanreize, insbesondere im formellen Sektor, zu erhöhen;
- iii. dafür Sorge zu tragen, dass die Löhne der Produktivität und den lokalen Arbeitsmarktbedingungen besser Rechnung tragen, insbesondere indem die in den regionalen Beschäftigungspakten vorgesehene Option, abweichende Regelungen zu vereinbaren, auch praktisch nutzbar wird; und
- iv. mehr in die allgemeine und berufliche Bildung zu investieren und diese zu verbessern, um die Fertigkeiten der Erwerbsbevölkerung auszubauen.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Nicht zuletzt aufgrund seiner geographischen Lage ist Griechenland vergleichsweise wenig in die EU-Produktmärkte integriert. Die Arbeitsproduktivität verbessert sich, liegt jedoch nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt. Auch das Preisniveau liegt unter dem EU-Durchschnitt, ist jedoch etwas höher, als bei einem Land mit seinem Lebensstandard zu erwarten wäre. Die Reformen an den Produktmärkten gehen weiter, jedoch nach wie vor relativ langsam. Bei der Vervollständigung des regulatorischen und institutionellen Rahmens für die Öffnung der netzbezogenen Wirtschaftszweige sind Fortschritte erzielt worden; allerdings kommt die Liberalisierung weiterhin nur langsam voran, insbesondere bei Gas und Seetransport. Im Laufe des Jahres 2000 setzte sich die Privatisierung von Unternehmen im Staatsbesitz fort, allerdings mit etwas weniger Kraft als in den vorherigen Jahren, und zur Förderung von Existenzgründungen wurden einige Maßnahmen getroffen. Die Umsetzungsquote der Binnenmarktvorschriften

blieb die niedrigste in der EU, und bei der Verbesserung des unternehmerischen Umfelds wurden erst bescheidene Fortschritte erzielt. Obgleich sich IKT-Ausgaben und -Verbreitung in den letzten Jahren rasch erhöht haben, ist Griechenland bei der Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft relativ betrachtet noch immer ein Nachzügler. In Anbetracht dessen sollte sich Griechenland vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. den regulatorischen und bürokratischen Aufwand für Unternehmen weiter zu reduzieren, die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu steigern und das Körperschaftsteuersystem kohärenter zu gestalten;
- ii. zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der FuE-Ausgaben zu ergreifen;
- iii. die IKT-Verbreitung und die Nutzung des E-Commerce weiter zu fördern;
- iv. die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften zu verbessern, insbesondere im Bereich des öffentlichen Auftragswesens; und
- v. die angekündigte Liberalisierung der Gaswirtschaft und des Seeverkehrs rascher durchzuführen und den Wettbewerb in bereits liberalisierten Zweigen der Versorgungswirtschaft zu verstärken.

Kapitalmärkte

Unterstützt durch Verbesserungen des regulatorischen Rahmens und der Marktinfrastruktur, entwickeln sich die griechischen Kapitalmärkte weiterhin rasch. So wurde insbesondere die Entwicklung des Risikokapitalmarkts durch die Einführung eines neuen Aktienmarkts für KMU, durch die Einrichtung eines Fonds zur Förderung von Frühphaseninvestitionen in KMU und durch weitere Steuerentlastungen für Kapitalerträge erleichtert. Gleichwohl wäre eine Weiterentwicklung des Risikokapitalmarkts wünschenswert. Durch Privatisierungen nimmt der Wettbewerb im inländischen Bankensektor zu. Angesichts des Strukturwandels im Bankensystem und der fortschreitenden Finanzintegration mit der übrigen EU wird die sektor- und grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden immer wichtiger. In Anbetracht dessen sollte sich Griechenland vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem quantitative Beschränkungen für die Aktieninvestitionen institutioneller Anleger gelockert werden und ein investitions- und unternehmerfreundlicher steuerlicher Rahmen geschaffen wird, wobei die unternehmerische Initiative auch durch eine Änderung des Konkursrechts gefördert werden sollte; und
- ii. dafür Sorge zu tragen, dass die sektor- und grenzübergreifenden Aufsichtsregelungen mit der Entwicklung des Finanzsystems Schritt halten.

5. SPANIEN

Das BIP-Wachstum wies auch im Jahr 2000 eine robuste Rate auf, verlor jedoch in der zweiten Jahreshälfte aufgrund der langsameren Inlandsnachfrage, die zum Teil durch einen positiven Außenbeitrag ausgeglichen wurde, eindeutig an Fahrt. Für 2001 und 2002 steht ein schwächeres, jedoch ausgewogeneres Wachstum in Aussicht. Im Jahr 2001 dürfte sich die Inlandsnachfrage weiter abschwächen, wobei sich das Leistungsbilanzdefizit leicht verringert und die Inflation nachlässt. Für das Jahr 2002 wird erwartet, dass sich das BIP-Wachstum wieder etwas erholt, vor allem da der private Verbrauch von einem Anstieg des verfügbaren Realeinkommens aufgrund der günstigen Preisentwicklung und der stetigen Arbeitsplatzschaffung profitiert.

Wenngleich die Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 weiter zurückgegangen ist, bestehen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin Probleme. Fast ein Drittel der Gesamtbeschäftigung entfällt auf befristete Verträge. Die ausgeprägten regionalen Disparitäten der Arbeitslosigkeit dauern an. Außerdem haben sich die Preise im Jahr 2000 schlechter entwickelt als erwartet, was sowohl auf die Entwicklung volatilerer Posten (Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) als auch eine Beschleunigung des zugrundeliegenden Inflationstrends zurückzuführen war. Es wird erwartet, dass die öffentlichen Finanzen gemäß dem im Jahr 2001 aktualisierten Stabilitätsprogramm mittelfristig weiter konsolidiert werden, jedoch sind entscheidendere Schritte notwendig, um die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf den Haushalt zu bewältigen. Schließlich muß die Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit, die wissensbasierte Gesellschaft zu fördern, Rechnung tragen, um die mittelfristigen Wachstumsperspektiven der spanischen Wirtschaft zu verbessern.

Haushaltspolitik

Der gesamtstaatliche Haushalt wies im Jahr 2000 ein Defizit von 0,3 % des BIP auf, das damit 0,9 Prozentpunkt niedriger war als 1999. Nach

dem 2001 aktualisierten Stabilitätsprogramm soll der gesamtstaatliche Haushalt im Jahr 2001 ausgeglichen sein und im Jahr 2004 einen Überschuss von 0,3 % des BIP aufweisen. Die im aktualisierten Stabilitätsprogramm vorgezeichnete finanzpolitische Strategie ist ähnlich wie in den beiden Vorgängerprogrammen. Sie beruht auf einer Eindämmung des Anstiegs der laufenden Primärausgaben, die höhere öffentliche Investitionen und ab 2002 eine Senkung der Abgabenbelastung ermöglicht. Angesichts des besonders exponierten demographischen Profils Spaniens und der entsprechend nachteiligen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die öffentlichen Finanzen gibt die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Anlass zur Besorgnis. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. die im aktualisierten Stabilitätsprogramm vorgesehene ausgeglichene Haushaltsposition für 2001 zu erreichen, vor allem durch Eindämmung der laufenden Primärausgaben. Außerdem sollte man bereit sein, die finanzpolitischen Zügel weiter anzuziehen, um zusätzlichem Inflationsdruck entgegenzuwirken;
- ii. das Ziel des 2001 aktualisierten Stabilitätsprogramms bei der Vorbereitung des Haushalts für 2002 als Mindestgröße zu betrachten, besser als erwartete Ergebnisse des Jahres 2001 vorzutragen und der Notwendigkeit, Inflationsdruck entgegenzuwirken, Rechnung zu tragen. Zudem dafür Sorge tragen, dass die für 2002 avisierte Finanzreform angebotsorientiert ist und nicht die Budgetziele des Stabilitätsprogramms gefährdet; und
- iii. die mit dem Haushaltsgesetz 2000 eingerichtete öffentliche Pensionsfondsreserve entsprechend dem jüngsten aktualisierten Stabilitätsprogramm bis zum Jahr 2004 auf mindestens 1 % des BIP zu erhöhen. Außerdem sollte die Gesetzgebung für eine umfassende Überholung des öffentlichen Rentensystems bereits 2001 auf den Weg gebracht werden, um dessen künftige Tragfähigkeit sicherzustellen.

Arbeitsmärkte

Die Arbeitsmarktentwicklung in Spanien hat sich in den letzten Jahren merklich verbessert: Die Beschäftigung wuchs kräftig, und die Arbeitslosigkeit ging von 24 % im Jahr 1994 auf 14 % im Jahr 2000 drastisch zurück. Gleichwohl leidet das Land noch immer unter einer sehr hohen strukturellen Arbeitslosigkeit mit gravierenden Unterschieden zwischen den Regionen und einer niedrigen Erwerbstätigenquote, vor allem bei Frauen (40,3 % im Jahr 2000). Zentrale Strukturprobleme sind unter anderem die mangelnde Anpassung der Arbeitskosten an die Produktivität und die lokalen Arbeitsmarktbedingungen sowie die geringe Mobilität der Arbeitskräfte, die zum Teil auf Verkrustungen des Wohnungsmarkts und gewisse regionale Sozialleistungsregelungen zurückzuführen ist. Die jüngsten Reformvorschläge für die Arbeitsvertragsgestaltung dürften diesbezügliche Verkrustungen teilweise aufbrechen, wenngleich die Erfahrung mit früheren Reformen gezeigt hat, dass vieles von der konkreten Umsetzung abhängt. Wenngleich die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen in den letzten Jahren erheblich erhöht wurden, wird doch offenbar weniger auf die Effizienz solcher Maßnahmen geachtet, die für die weitere Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit eine große Rolle spielen können. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Spanien vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. die Reform der Lohnfindung zu fördern, damit der Produktivität und den lokalen Arbeitsmarktbedingungen besser Rechnung getragen wird, und Mobilitätshindernisse für Arbeitskräfte abzubauen, unter anderem indem die Funktionsweise des Wohnungsmarkts und der regionalen Sozialleistungsprogramme verbessert werden;
- ii. mehr in die allgemeine und berufliche Bildung zu investieren, diese zu verbessern und dafür Sorge zu tragen, dass aktive Arbeitsmarktmaßnahmen effizient und auf die Bedürfnisse der von Langzeitarbeitslosigkeit besonders

bedrohten Erwerbspersonen sowie auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts zugeschnitten sind; und

- iii. gemeinsam mit den Sozialpartnern Schritte zu unternehmen, um mittels der effektiven Umsetzung der kürzlich gebilligten Arbeitsvertragsreformen für eine angemessene Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit zu sorgen, um baldige Fortschritte im Hinblick auf einen geringeren Anteil befristeter Verträge, einen stärkeren Einsatz von Teilzeitverträgen und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erzielen.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Wenngleich die Integration Spaniens in die europäischen Warenmärkte in den 90er Jahren beständig zugenommen hat, ist die spanische Wirtschaft doch immer noch nicht so offen wie die Wirtschaft anderer großer Mitgliedstaaten. Auch die Arbeitsproduktivität ist vergleichsweise niedrig. Im Jahr 2000 hat Spanien verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Funktionsweise seiner Produktmärkte zu verbessern. Die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und die Liberalisierung der Telekommunikations- und Energiemärkte wurden beschleunigt, die Gemeinschaftsvorschriften zum öffentlichen Auftragswesen effizienter umgesetzt und die Höhe der staatlichen Beihilfen zurückgeführt. Weitere Maßnahmen wurden ergriffen, um den vergleichsweise hohen bürokratischen Aufwand für Unternehmen, insbesondere KMU, zu verringern. Um das Problem der niedrigen FuE-Ausgaben in den Griff zu bekommen, wurde ein nationaler Dreijahresplan für FuE und Innovation aufgestellt. Allerdings sind auch die öffentlichen Bildungsausgaben im Vergleich zu anderen EU-Ländern relativ niedrig und die Internet-Verbreitung ist die zweitgeringste in der EU. In Anbetracht dessen sollte sich Spanien vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. Maßnahmen zu ergreifen, um die IKT-Grundkenntnisse der Bevölkerung zu verbessern und das Angebot an hochqualifiziertem FuE- sowie IKT-Personal zu erhöhen; und
- ii. den regulatorischen Rahmen für KMU wie geplant weiter zu vereinfachen.

Kapitalmärkte

Die spanischen Kapitalmärkte wurden durch ein bedeutendes Privatisierungsprogramm und regulatorische Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz geprägt. Die Markteffizienz wird durch die Zusammenfassung mehrerer nationaler Wertpapierclearing- und -abrechnungssysteme verbessert. Auch im Bankensektor findet eine Konsolidierung statt, die zu höherer Rentabilität

geführt und den Einsatz modernerer Technologie begünstigt hat. Der Risikokapitalmarkt expandiert dank günstiger steuerlicher Maßnahmen und der Gründung des Nuevo Mercado, ist jedoch insbesondere im Hinblick auf Frühphaseninvestitionen nach wie vor unterentwickelt. Maßnahmen zur Weiterentwicklung dieses Markts wären daher wünschenswert. In Anbetracht dessen sollte sich Spanien vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem quantitative Beschränkungen für die Aktieninvestitionen institutioneller Anleger gelockert werden und ein investitions- und unternehmerfreundlicherer steuerlicher Rahmen geschaffen wird, wobei die unternehmerische Initiative auch durch eine Änderung des Konkursrechts gefördert werden sollte.

6. FRANKREICH

Trotz einer gewissen Abschwächung aufgrund der nachlassenden Auslandsnachfrage wird für Frankreich weiterhin ein beständiges Wirtschaftswachstum erwartet: Nach derzeitigen Projektionen wird das BIP-Wachstum sowohl 2001 als auch 2002 knapp 3 % erreichen. Die vor drei Jahren einsetzende robuste Konjunkturentwicklung dürfte in beiden Jahren weiterhin vor allem von der kräftigen Inlandsnachfrage gestützt werden; die negativen Auswirkungen des Ölpreisanstiegs auf die Kaufkraft der privaten Haushalte werden allmählich verebben; gleichzeitig werden die für 2001 und 2002 geplanten Steuersenkungen zu einer Beschleunigung des privaten Verbrauchs beitragen. Vor dem Hintergrund der günstigen Nachfrageaussichten dürfte sich die Sachkapitalbildung weiterhin dynamisch entwickeln. Das Wirtschaftswachstum wird auch in Zukunft beschäftigungsintensiv sein und damit gestatten, dass die Arbeitslosenquote weiterhin rasch sinkt.

Wenngleich die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf 2000 drastisch zurückgegangen ist, blieb sie hoch und Löhne und Preise haben sich bislang maßvoll entwickelt. Auf dem Arbeitsmarkt treten allerdings allmählich erste Engpässe auf. Außerdem hat die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe einen im historischen Vergleich hohen Stand erreicht. Auch wenn diese Entwicklungen die Produktion offenbar noch nicht einschränken, stellen sie doch ein potenzielles Risiko dar, das angemessene politische Maßnahmen erfordert; die Nachhaltigkeit des derzeitigen Wirtschaftswachstums hängt von verbesserten Angebotsbedingungen, einschließlich einer höheren Erwerbsbeteiligung, einem investitionsfreundlicheren Umfeld und intensiverem Wettbewerb ab. Außerdem bietet die aktuelle makroökonomische Lage eine Gelegenheit, das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit rascher zu beseitigen: Dies wäre besonders angezeigt, um sich auf künftige haushaltspolitische Aufgaben, namentlich

aufgrund der Bevölkerungsalterung, vorzubereiten.

Haushaltspolitik

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit wurde im Jahr 2000 um 0,3 Prozentpunkt auf 1,3 % des BIP und damit unter den vorgesehenen Jahreszielwert abgesenkt. Nach dem aktualisierten Stabilitätsprogramm 2000 soll die Defizitquote im Jahr 2001 und danach weiter gesenkt werden. Es wird erwartet, dass die öffentlichen Finanzen spätestens 2004 einen ausgeglichen Saldo oder einen Überschuss erreichen. Die französische Haushaltsstrategie beruht auf einer strikten Kontrolle der staatlichen Realausgaben; ungefähr die Hälfte des durch diese Einsparungen geschaffenen Spielraums soll zur Rückführung des öffentlichen Defizits verwendet werden und der andere Teil für Steuerentlastungen. Längerfristig wird aufgrund der Bevölkerungsalterung eine zunehmende Belastung auf die öffentlichen Haushalte zukommen. Im Jahr 1999 wurde ein öffentlicher Pensionsreservefonds eingerichtet, um die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die öffentlichen Finanzen teilweise abzufedern. In Anbetracht dessen und da Frankreich Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. im Jahr 2001 entsprechend dem im aktualisierten Stabilitätsprogramm 2000 angesetzten Ziel ein gesamtstaatliches Finanzierungsdefizit von 1 % des BIP (ohne UMTS-Einnahmen) zu erreichen; zu diesem Zweck sollte dafür gesorgt werden, dass der Anstieg der staatlichen Realausgaben im Jahr 2001 die projizierten 1,8 % nicht übersteigt;
- ii. die staatlichen Realausgaben im Rahmen des Haushaltsplans 2002 innerhalb der vorgesehenen Anstiegsrate von 1,6 % zu halten, um sicherzustellen, dass das im aktualisierten Stabilitätsprogramm 2000 gesetzte Ziel eines öffentlichen Defizits von 0,6 % erreicht wird; und

- iii. jeglichen zusätzlichen Spielraum im Jahr 2002 und danach vorrangig zur Stärkung der Haushaltsposition zu verwenden, um sich auf langfristige Aufgaben, insbesondere die Belastung der öffentlichen Finanzen durch die Bevölkerungsalterung, vorzubereiten; auch im Hinblick auf die Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sollte ohne Verzögerung mit der Durchführung einer umfassenden Reform des Rentensystems begonnen werden.

Arbeitsmärkte

Die französischen Arbeitsmärkte haben sich in letzter Zeit weiterhin eindrucksvoll entwickelt: Im Jahr 2000 wuchs die Beschäftigung um kräftige 2 % und trug so zu einem merklichen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 9,5 % bei. Auch die Löhne haben sich maßvoll entwickelt, trotz der Bedenken hinsichtlich erster Arbeitskräfteengpässe in einigen Sektoren und Berufssparten, die sich durch die Arbeitszeitverkürzung noch verschärfen dürften. Trotz der guten Entwicklung in letzter Zeit ist die Arbeitslosenquote immer noch hoch und die Erwerbstätigenquote vergleichsweise niedrig, insbesondere bei älteren Arbeitnehmern (29 % im Jahr 2000). Außerdem muss das Arbeitskräfteangebot erhöht werden, vor allem bei ungelernten und älteren Arbeitnehmern. Die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit ist zum Teil auf die, trotz der vor kurzem ergriffener Maßnahmen zum Abbau von beschäftigungspolitischen Fehlanreizen ("Nicht-Erwerbstätigkeits-Fälle"), noch bestehenden erwerbshemmenden Effekte des Abgaben- und Sozialleistungssystems und auf die relativ strikte Arbeitsmarktregulierung zurückzuführen. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Frankreich vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. die jüngsten Reformen der Abgaben- und Sozialleistungssysteme zu konsolidieren, indem die Anreize für ältere Arbeitnehmer erwerbstätig zu bleiben, verbessert werden, und indem die noch verbleibenden

Hemmnisse für die Annahme einer Teil- und Vollzeitarbeit ausgeräumt werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Regelungen für den vorzeitigen Ruhestand sowie Einkommensgarantieregelungen gerichtet werden, insbesondere für ungelernete und geringverdienende Arbeitnehmer;

- ii. die positiven und negativen Auswirkungen der Vorschriften zur Einführung der 35-Stunden-Woche eingehend zu überwachen, um weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass sie sich mittelfristig nicht negativ auf Lohnkosten, Arbeitskräfteangebot und Arbeitsorganisation auswirkt; und
- iii. das Kündigungsschutzrecht zu reformieren, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Die französische Wirtschaft ist offen für den internationalen Wettbewerb. Die Arbeitsproduktivität ist vergleichsweise hoch. Die relativen Preise liegen nach wie vor etwas über dem Niveau, das bei einem Land mit seinem Lebensstandard zu erwarten wäre. Bei der Förderung der unternehmerischen Initiative sind Fortschritte erzielt worden, und die staatlichen Beihilfen wurden reduziert. Allerdings schneidet Frankreich bei der Umsetzung der Binnenmarktrichtlinien in der EU am zweitschlechtesten ab und die netzbezogenen Wirtschaftszweige werden nur langsam liberalisiert. Außerdem ist der bürokratische Aufwand für Unternehmen trotz der jüngsten Fortschritte nach wie vor relativ hoch. Vor kurzer Zeit hat Frankreich eine Verordnung erlassen, das die öffentliche Auftragsvergabe weiter öffnen und seine Transparenz erhöhen soll. Schließlich steigt die IKT-Verbreitung schnell und es wurden Maßnahmen ergriffen, um das Entstehen einer "digitalen Kluft" zu verhindern. In Anbetracht dessen sollten die wichtigsten Prioritäten für Frankreich darin bestehen:

- i. die Liberalisierung der netzbezogenen Wirtschaftszweige, insbesondere des Gas- und Stromsektors, zu beschleunigen;
- ii. die Binnenmarktrichtlinien zügiger umzusetzen und einzuführen;
- iii. staatliche Ad-hoc-Beihilfen weiter zu reduzieren; und
- iv. die Anstrengungen zur Verringerung des bürokratischen Aufwands für Unternehmen fortzusetzen, indem Verfahren vereinfacht und neue Formen der elektronischen Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung entwickelt werden.

Kapitalmärkte

Die französischen Kapitalmärkte entwickeln sich weiter, wobei vor allem der Aktienmarkt sowohl im Hinblick auf die Zahl der notierten Unternehmen als auch die Marktkapitalisierung expandiert. Zugute kommt dem Aktienmarkt auch die Einführung langfristiger Sparpläne, während die Markteffizienz durch mehr Transparenz und besseren Anlegerschutz zunimmt. Außerdem ist der Aktienmarkt durch die Fusion der Börsen von Paris, Amsterdam und Brüssel international nun stärker integriert. Die Risikokapitalinvestitionen wurden in den letzten Jahren durch eine Reihe

von Maßnahmen gefördert, doch lagen die Risikokapitalinvestitionen im Jahr 1999 immer noch etwas unter dem EU-Durchschnitt. Gleichwohl wäre eine Weiterentwicklung des Risikokapitalmarkts wünschenswert. Die Privatisierung des Bankensektors setzt sich fort, wobei der Staat seinen Anteil an der letzten öffentlich-rechtlichen Bank, der Banque Paribas, veräußert. Auch der aufsichtsrechtliche Rahmen wandelt sich, wie in der bevorstehenden Zusammenlegung der Wertpapieraufsichtsbehörden und in der zunehmenden Zusammenarbeit zwischen Bank- und Versicherungsaufsicht zum Ausdruck kommt. In Anbetracht dessen sollte sich Frankreich vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem quantitative Beschränkungen für die Aktieninvestitionen institutioneller Anleger gelockert werden und ein investitions- und unternehmerfreundlicherer steuerlicher Rahmen geschaffen wird, wobei die unternehmerische Initiative auch durch eine Änderung des Konkursrechts gefördert werden sollte; und
- ii. die sektor- und grenzübergreifenden Aufsichtsregelungen weiter zu straffen, damit sie mit der Entwicklung des Finanzsystems Schritt halten.

7. IRLAND

Nach einem sehr hohen Wirtschaftswachstum im Jahr 2000, das beträchtlich über der Potenzialrate lag, dürfte sich die Konjunktur 2001-2002 verlangsamen, während Arbeitskräfte- und andere Kapazitätsengpässe sichtbarer werden. Die Verlangsamung der Wirtschaft in der USA und die Effekte der Maul- und Klauenseuche sind zusätzliche Faktoren, die zu einer Verlangsamung des Wachstums beitragen. Aufgrund des geringeren Exportmarktwachstums und des höheren realen Wechselkurses bei einem gleichzeitig expansiven Haushalt für 2001 dürfte sich der relative Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage erhöhen. Nachdem die Inflation im Laufe des Jahres 2000 scharf angestiegen war, dürfte sie 2001-2002 leicht nachlassen: Während einige Faktoren, die sich im Jahr 2000 erheblich auf die Inflation ausgewirkt haben, allmählich entfallen, wird die von Inlandskräften induzierte Inflation voraussichtlich relativ hoch bleiben.

Das hohe Wirtschaftswachstum seit Mitte der 90er Jahre hat praktisch zu Vollbeschäftigung geführt. Die Aufgabe besteht nun darin, ein gutes nachhaltiges Wachstum zu erhalten, indem inflationäre Spannungen eingedämmt und Restriktionen, die im Arbeitskräfteangebot und in der Infrastruktur begründet liegen, beseitigt werden. Eine besondere Herausforderung für die Finanzpolitik besteht darin, zur Erreichung dieser Ziele beizutragen, ohne die wirtschaftliche Stabilität zu gefährden. Da der Anstieg der Grundlöhne für 2001-2002 nach der vor kurzem neu verhandelten nationalen Tarifvereinbarung aufgrund der unerwartet hohen Inflation nach oben revidiert worden ist und auf einem angespannten Arbeitsmarkt eine Bewegung über diese Vorkehrungen hinaus wahrscheinlich ist, besteht eine weitere Herausforderung darin, eine Lohn-Preis-Spirale abzuwenden. Weitere zentrale Themen für die Politik sind weitere Maßnahmen für mehr Wettbewerb in bestimmten Sektoren und die Steigerung der FuE-Ausgaben der Unternehmen zur Stärkung der Angebotsseite.

Haushaltspolitik

Aufgrund der kräftig wachsenden Wirtschaft wurde im Jahr 2000 ein Überschuss von schätzungsweise 4,5 % des BIP erzielt, damit 1,2 Prozentpunkte höher als ursprünglich erwartet. Nach dem aktualisierten Stabilitätsprogramm 2000 sollen im Zeitraum 2001-2003 hohe Überschüsse von durchschnittlich 4,2 % des BIP und ein weiterer Rückgang der Schuldenquote auf knapp ein Viertel des BIP bis zum Jahr 2003 erreicht werden. Die öffentlichen Finanzen sind solide, und ihre langfristige Tragfähigkeit wird durch den jüngsten Beschluss, bis 2055 jährlich 1 % des BSP in den Nationalen Pensionsreservfonds einzustellen, weiter gestärkt. Auf seiner Tagung vom 12. Februar 2001 gelangte der Rat "Wirtschaft und Finanzen" allerdings zu der Beurteilung, dass der irische Haushaltsplan für 2001 in unangemessener Weise expansiv und daher nicht mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2000 vereinbar ist; der Rat richtete eine Empfehlung an Irland, diese mangelnde Übereinstimmung zu beseitigen. In Anbetracht dessen und da Irland Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. die durch den Haushaltsplan 2001 entstandene mangelnde Übereinstimmung mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2000 zu beseitigen, indem im laufenden Haushaltsjahr durch entsprechende haushaltspolitische Maßnahmen gegengesteuert wird;
- ii. einen Haushalt für 2002 vorzubereiten, der zu einer Abschwächung des Nachfragewachstums in geordneten Bahnen beiträgt;
- iii. die Ausgabenkontrolle zu verbessern, indem ab 2002 klare Vorgaben für die Ausgabenaggregate wiedereingeführt werden; und
- iv. weiterhin dem Nationalen Entwicklungsplan für Infrastruktur- und Humankapital-Investitionen hohe Priorität einzuräumen, soweit dies mit der Erreichung und Wahrung der Stabilitätsziele der Finanzpolitik vereinbar ist.

Arbeitsmärkte

Der irische Arbeitsmarkt hat seine kräftige Entwicklung fortgesetzt: Die Beschäftigung wuchs weiterhin stärker als die Zahl der Erwerbspersonen, so dass die Arbeitslosenquote stetig auf nunmehr 4,2 % zurückging. Die Erwerbstätigenquote lag mit 64 % im Jahr 2000 über dem EU-Durchschnitt. Während die Frauenerwerbsquote mit 53 % im Jahr 2000 in etwa auf den EU-Durchschnitt angestiegen ist, ist sie doch weiterhin die sechstniedrigste in der Union. Vor dem Hintergrund eines zunehmend angespannten Arbeitsmarkts werden nun in immer mehr Branchen Arbeitskräfte knapp, und die Lohninflation beschleunigt sich. Dies stellt ein erhebliches Lohndrift-Risiko dar. Das bislang verzeichnete Wachstum der Zahl der Erwerbspersonen, das sich nun allmählich verlangsamt, war erheblich auf das nach wie vor robuste Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurückzuführen. Der zuvor beobachtete kräftige Anstieg der Erwerbsbeteiligung schwächt sich ab und es besteht noch Spielraum für beachtliche weitere Zugewinne. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Irland vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. eine Lohnentwicklung zu fördern, die mit der Erhaltung der Preisstabilität vereinbar ist; und
- ii. seine Maßnahmen auch in Zukunft vor allem auf eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen auszurichten.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Irland ist dem internationalen Wettbewerb stark ausgesetzt. Die Arbeitsproduktivität liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt, die Verbraucherpreise entsprechen ihm in etwa. Die Belastung der Unternehmen durch regulatorische Auflagen ist relativ gering und die Liberalisierung kommt insbesondere im Strom- und Gassektor

voran. In einigen Produktmarktsegmenten ist der Wettbewerb allerdings noch unzulänglich. Auch bei der Privatisierung etablierter staatlicher Großunternehmen und bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften sind weitere Fortschritte erforderlich. Wenngleich Irland im Hinblick auf IKT-Produktion und Internet-Verbreitung weit fortgeschritten ist, sind die öffentlichen FuE-Ausgaben doch vergleichsweise niedrig, und die FuE-Ausgaben der Unternehmen entfallen vor allem auf ausländische Firmen. In Anbetracht dessen sollte sich Irland vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. Maßnahmen zu treffen, um den Wettbewerb in einzelnen Marktsegmenten zu erhöhen; die Anwendung der Wettbewerbspolitik in der gesamten Wirtschaft zu stärken;
- ii. Maßnahmen einzuführen, um die Liberalisierung des Verkehrs-, Strom- und Gassektors fortzuführen und um die Marktmacht etablierter staatlicher Großunternehmen in den netzbezogenen Wirtschaftszweigen zu beschneiden; und
- iii. die Pläne der Regierung umzusetzen, wonach die FuE-Ausgaben durch Programme zur Unterstützung von FuE in KMU, zur Förderung von Kooperationsnetzen innerhalb der Industrie und zur Entwicklung der nationalen und regionalen Forschungsinfrastruktur erheblich gesteigert werden sollen.

Kapitalmärkte

Der derzeitige Strukturwandel an den irischen Kapitalmärkten wird durch die Entscheidung der irischen Börse, Technologie für den elektronischen Handel von der deutschen Börse anzukaufen und einen Aktienmarkt für Hochtechnologiewerte (ITEQ) einzuführen, belegt. Die Privatisierung des Bankensektors kommt ebenfalls voran. Die Regierung hat

verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung des Risikokapitalmarkts ergriffen, namentlich die 'Seed and Venture Capital Measure' im Rahmen des von der EU geförderten operationellen Programms für die Industrie. Gleichwohl bestehen bei der Vorbereitungsphasen- und Frühphasenfinanzierung nach wie vor merkliche Versorgungslücken. Der Regulierungs- und Aufsichtsrahmen für die Finanzmärkte ist erheblich geändert worden. Eine Aufsichtsbehörde für Finanzdienstleistungen (Irish Financial Services Regulatory Authority - IFSRA) soll eingerichtet werden und sowohl für die Beaufsichtigung des Banken- und Versicherungssektors als auch für den Verbraucherschutz zuständig sein. Eine

strategische Überprüfung des Bankensystems hat ergeben, dass die Konzentration im Bankensektor zwar kein Problem darstellt, die Art und Weise, wie Fusionsvorhaben bewertet werden, jedoch geändert werden sollte, um sicherzustellen, dass die Zusammenschlüsse im Interesse der Kunden und der Wirtschaft insgesamt liegen. Schließlich wurde eine Vollstreckungsbehörde für Unternehmensrecht (Office of the Director of Corporate Enforcement) eingerichtet, die die Einhaltung des Unternehmensrechts durch aktive Vollstreckung verbessern soll. In Anbetracht dessen sollte sich Irland vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, insbesondere um den Zugang zur Start- und Frühphasenfinanzierung zu verbessern.

8. ITALIEN

Der merkbare Aufschwung im Jahr 2000, bei dem sich das reale BIP-Wachstum gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelte, dürfte sich 2001 abschwächen, obgleich das Wachstum voraussichtlich immer noch deutlich über den schleppenden Raten der 90er Jahre liegen wird. Die geringere Dynamik ist vor allem auf das schwächere außenwirtschaftliche Umfeld zurückzuführen, insbesondere auf den Märkten außerhalb der EU, gegenüber denen Italien relativ exponiert ist. Auch das Wachstum der Inlandsnachfrage, insbesondere des privaten Verbrauchs, dürfte abflauen, obgleich die Konjunktur durch Steuersenkungen einen erheblichen Impuls erhält, der aber durch die nicht mehr so lebhafteste Arbeitsmarktentwicklung und eine Verlangsamung der Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter wieder wettgemacht wird. Die Schaffung von Arbeitsplätzen dürfte sich in einem etwas langsameren Tempo fortsetzen. Die Arbeitslosenquote dürfte weiterhin sinken. Dank der niedrigeren Ölpreise und der unterstellten Aufwertung des Wechselkurses wird der Inflationsdruck im Laufe des Jahres 2001 allmählich nachlassen. Im Jahr 2002 dürfte die Konjunktur in Reaktion auf den voraussichtlichen Aufschwung der Weltwirtschaft wieder an Fahrt gewinnen.

Hinter dem lebhaften Beschäftigungswachstum der letzten Zeit verbergen sich nach wie vor große Unterschiede zwischen den Regionen, mit Anzeichen für auftretende Engpässe an Arbeitskräften im Norden. Im Süden sank die Arbeitslosenquote trotz eines anhaltenden Beschäftigungswachstums nur von 22 % im Jahr 1999 auf 21 % im Jahr 2000. Außerdem birgt die Arbeitsmarktregulierung nach wie vor gewisse Verzerrungen zugunsten des Kündigungsschutzes von Festangestellten in mittelgroßen und großen Unternehmen, während das Leistungssystem für Arbeitslose das am wenigsten großzügigste und eines der am meisten fragmentierten innerhalb der EU ist. Die späte Entwicklung der wissensbasierten Gesellschaft und, im Zusammenhang damit, das vergleichsweise geringe FuE-Engagement der Unternehmen mag das mittel- bis langfristige Wachstumspotenzial

der Wirtschaft schwächen bzw. hemmen. Die Liberalisierung der Versorgungsbetriebe setzte sich fort, doch könnte der mangelnde Wettbewerb bei den öffentlichen Versorgungsbetrieben ein Risiko für die Effizienz der Gesamtwirtschaft darstellen. Die immer noch hohe öffentliche Schuldenquote schließlich setzt dem Anteil wachstumsfördernder öffentlicher Investitionen, beispielsweise in Bildung, FuE oder Infrastruktur, Grenzen.

Haushaltspolitik

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit belief sich im Jahr 2000 auf 0,3 % des BIP, während der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP auf 110,2 % und damit deutlich unter die projizierten 112,1 % zurückging. Ohne die Einnahmen aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen belief sich die Defizitquote auf 1,5 % des BIP und war damit niedriger als im Vorjahr, jedoch etwas höher als das revidierte Ziel von 1,3 %. Nach dem aktualisierten Stabilitätsprogramm vom Dezember 2000 soll sich der Haushaltssaldo im Verhältnis zum BIP 2001 und 2002 weiter verbessern, bis der Haushalt 2003 schließlich ausgeglichen ist. Die Schuldenquote soll bis 2003 unter 100 % des BIP sinken. Vor diesem Hintergrund und da die Haushaltsstrategie auf eine allmähliche Senkung der Abgabenbelastung angelegt ist, wird die Eindämmung der laufenden Primärausgaben weiterhin von zentraler Bedeutung sein. Was die künftigen Auswirkungen einer Bevölkerungsalterung auf die öffentlichen Haushalte angeht, so hat Italien in den letzten Jahren verschiedene Schritte zur Reform des Rentensystems eingeleitet; im Jahr 2001 sollen die Systemparameter überprüft werden. In Anbetracht dessen und da Italien Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. im Jahr 2001 entsprechend dem im aktualisierten Stabilitätsprogramm 2000 angesetzten Ziel ein gesamtstaatliches Finanzierungsdefizit von 0,8 % des BIP zu erreichen; bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2002 dafür Sorge zu tragen, dass der vorgezeichnete Pfad für eine stetige

Defizitrückführung eingehalten wird, um das mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2003 zu erreichen, indem gemäß den Programmprojektionen für hohe Primärüberschüsse gesorgt wird;

- ii. jede Verringerung der Einnahmen aus weiteren Senkungen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen mit entsprechenden Ausgabenkürzungen zu verknüpfen; bei der Formulierung des Haushaltsplans 2002 für eine umfassendere Rationalisierung der öffentlichen Ausgaben zu sorgen, um die Angebotsseite der Wirtschaft zu verbessern;
- iii. den inländischen Stabilitätspakt zu stärken, indem die darin enthaltenen Vorschriften für die dezentralen Verwaltungen rigoros umgesetzt werden, damit bereits im Jahr 2001 für eine wirksamere Kontrolle der laufenden Primärausgaben, insbesondere im Gesundheitswesen, gesorgt ist; und
- iv. jede Möglichkeit zur Verbesserung der Haushaltsziele zu ergreifen und die hohe öffentliche Schuldenquote rascher zurückzuführen, auch um sich auf die langfristigen budgetären Herausforderungen der Bevölkerungsalterung vorzubereiten; auch zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen die Parameter des Rentensystems im Jahr 2001 planmäßig zu überprüfen einschließlich weiterer Maßnahmen, um die Verbreitung privat finanzierter zusätzlicher Rentenversicherungen zu fördern.

Arbeitsmärkte

Die Arbeitsmarktlage hat sich in Italien im Jahr 2000 erheblich verbessert. Die Beschäftigung nahm um knapp 2 % (italienische Arbeitskräfteerhebung), zu, und die Arbeitslosigkeit sank von 11,3 % auf noch immer hohe 10,5 %. Ausschlaggebend waren das kräftigere Wirtschaftswachstum und die größere Flexibilität bei Einstellungen, die der allmählichen Abschaffung zahlreicher Beschränkungen für "untypische Arbeitsverträge" (befristete Verträge, Zeitverträge und Teilzeitverträge) zu verdanken war. Allerdings ist der italienische Arbeitsmarkt immer noch durch eine niedrige Erwerbstätigenquote, insbesondere bei Frauen und älteren Arbeitnehmern, und große regionale Unterschiede, was Arbeitslosigkeit und Produktivität betrifft, gekennzeichnet. Im Norden liegt die Arbeitslosenquote bei nur 4,6 %, gegenüber 8,2 % in der Mitte und 21 % im Süden des Landes. Eine größere Lohndifferenzierung kann Produktivitätsunterschiede zwischen den Regionen ausgleichen. Ein höheres Maß an Lohndifferenzierung sollte unterstützt werden. Trotz einiger Maßnahmen der letzten Zeit ist das System für Leistungen bei Arbeitslosigkeit mit seinen verschiedenen Programmen und unterschiedlichen Leistungsbedingungen (Höhe und Dauer) nach wie vor zersplittert und der Leistungsumfang begrenzt. Dem relativ geringen Schutz von Erwerbslosen und "untypischen Arbeitnehmern" stehen strengere Kündigungsschutzregelungen für Festangestellte in mittleren und großen Firmen gegenüber, was dazu beiträgt, die Dualität des Arbeitsmarkts aufrechtzuerhalten. Die auf den Löhnen lastenden Abgaben wurden insbesondere für Niedriglohnempfänger verringert, doch ist die Abgabenbelastung insgesamt immer noch hoch. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Italien vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. Anstrengungen zu verstärken, damit die Lohnentwicklung der Produktivität und den lokalen Arbeitsmarktbedingungen besser Rechnung tragen kann;

- ii. die Arbeitsmarktflexibilität weiter zu erhöhen, indem Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Sicherung von Arbeitslosen mit einer Lockerung der Kündigungsschutzvorschriften für Arbeitnehmer mit Festverträgen verknüpft werden; und
- iii. die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit weiter zu senken, indem Steuern und Sozialversicherungsbeiträge allmählich reduziert werden. Insbesondere sollte sich die Verringerung der Abgabenschere bei den Löhnen vor allem auf das unterste Ende der Lohnskala konzentrieren, um die Erwerbsmöglichkeiten für Geringqualifizierte zu verbessern, während gleichzeitig die Wirkung der Steuersenkungen auf den Haushalt vermindert und der Notwendigkeit weiterer Fortschritte beim öffentlichen Schuldenabbau Rechnung getragen wird.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Italien ist weniger in die europäischen und internationalen Produktmärkte integriert als andere große Mitgliedstaaten. Das Preisniveau liegt unter dem EU-Durchschnitt, außer bei Energierzeugnissen. Italien hat gut Fortschritte dabei erzielt, die Binnenmarktvorschriften umzusetzen, das unternehmerische Umfeld zu verbessern, die Regulierung zu straffen und staatliche Beihilfen abzubauen. Die Versorgungswirtschaft wurde weiter liberalisiert, doch hält sich der Wettbewerb bei den lokalen Versorgungsanbietern nach wie vor in Grenzen. Auch in einigen Dienstleistungsbranchen ist der Wettbewerb noch unzulänglich. Obwohl die Arbeitsproduktivität in Italien höher ist als der EU-Durchschnitt und trotz der raschen Zunahme der IKT-Verbreitung könnten die geringen FuE-Ausgaben, insbesondere des Unternehmenssektors, eine Erklärung für die relativ schwache Innovationsfähigkeit liefern, die in dem hohen Anteil der Niedrigtechnologie-Sektoren an der Industrieproduktion und der Exportspezialisierung zum Ausdruck kommt. Die letztgenannten Probleme haben auch eine starke regionale Dimension. In Anbetracht dessen sollte

sich Italien vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. das FuE-Engagement des Unternehmenssektors zu fördern und auf eine stärkere IKT-Verbreitung und Nutzung des E-Commerce hinzuwirken;
- ii. dafür Sorge zu tragen, dass der Liberalisierungsprozess in der Energiewirtschaft zu Preissenkungen für private Haushalte und Kleinunternehmen führt, die ihren Anbieter noch immer nicht frei wählen können; im Rahmen der Reform der lokalen öffentlichen Dienste dafür Sorge zu tragen, dass die lokale Versorgungswirtschaft dem Wettbewerb geöffnet wird;
- iii. den bürokratischen Aufwand für Unternehmen weiter zurückzustutzen und weitere Anstrengungen für straffere Regulierung und Verwaltungsverfahren zu unternehmen; und
- iv. bei den Dienstleistungen der freien Berufe den Wettbewerb zu erhöhen und Zugangsbeschränkungen abzuschaffen.

Kapitalmärkte

Die italienischen Kapitalmärkte profitieren weiterhin von rechtlichen und regulatorischen Reformen, der Fortsetzung des Privatisierungsprozesses und der Umstrukturierung und Konsolidierung im Bankensektor. Neue Regelungen für offene Investmentfonds ermöglichen die Einführung neuer Produkte und eröffnen neue Investitionsmöglichkeiten. Der Risikokapitalmarkt ist gewachsen und dürfte von dem vorgeschlagenen neuen Konkurs- und Insolvenzgesetz profitieren, das die unternehmerische Initiative fördert. Pläne zur Änderung der derzeitigen Steuerregelungen für Aktienoptionen und eine konsequentere Anwendung der Steuerregelungen auf verschiedene Wertpapiere und Investmentfonds aus anderen Herkunftsländern dürften dem Risikokapitalmarkt ebenfalls zugute kommen. Außerdem können Regelungen, die die Beteiligungsfinanzierung von Unternehmen

begünstigen, nun von einem breiten Spektrum von Unternehmen in Anspruch genommen werden. Gleichwohl gehört der italienische Risikokapitalmarkt nach wie vor zu den am wenigsten entwickelten der EU. In Anbetracht dessen sollte sich Italien vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem quantitative Beschränkungen für die Aktieninvestitionen institutioneller Anleger gelockert werden und ein investitions- und unternehmerfreundlicherer steuerlicher Rahmen gefördert wird, wobei die unternehmerische Initiative auch durch eine Änderung des Konkursrechts gefördert werden sollte.

9. LUXEMBURG

Die luxemburgische Konjunktur entwickelte sich 1999 und 2000 besonders lebhaft. In den Jahren 2001 und 2002 ist eine gewisse Abschwächung des realen BIP-Wachstums auf rund 5 % jährlich zu erwarten. Die immer noch sehr dynamische Konjunktur wird durch die kräftige Inlandsnachfrage, insbesondere den privaten und den öffentlichen Verbrauch, gestützt. Da die Beschäftigung weiterhin mit Raten von jährlich rund 4 % steigen dürfte, wird die luxemburgische Wirtschaft auch in Zukunft eine große Zahl von Grenzgängern anziehen. Der Lohnanstieg beschleunigte sich im Jahr 2000 auf 5 %, da sich der Arbeitsmarkt anspannte, sich der Inflationsanstieg durch die automatische Indexierung direkt in den Löhnen niederschlug und der Tarifabschluss im öffentlichen Sektor vergleichsweise hoch ausfiel. Die Inflation dürfte sich gegenüber ihrem Höchststand von 3,8 % im Jahr 2000 abschwächen, da sich die Ölpreise moderater entwickeln; der zugrundeliegende Inflationstrend, die sich 2000 beschleunigt hatte, dürfte allerdings auch in Zukunft vergleichsweise hoch sein.

Die Wirtschaft hat sich in der letzten Zeit kräftig entwickelt und die öffentlichen Finanzen sind besonders solide. Die Beschleunigung der Lohn- und Preisentwicklung stellt jedoch eine große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik dar; auch die Spannungen, die in letzter Zeit auf dem Arbeitsmarkt aufgetreten sind, erfordern geeignete politische Maßnahmen, um die vergleichsweise niedrige nationale Erwerbsbeteiligungs- und Erwerbstätigenquote zu erhöhen.

Haushaltspolitik

Aufgrund des raschen Wachstums von Wirtschaft und Beschäftigung erhöhte sich der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss im Jahr 2000 auf 5,3 % des BIP; in den Jahren 2001 und 2002 dürfte er auf etwa 3-4 % des BIP

zurückgehen, da die Einkommensteuer in diesen beiden Jahren erheblich gesenkt wird. Die öffentlichen Ausgaben dürften sich weiterhin rasch erhöhen, obgleich sie im Verhältnis zum BIP geringfügig zurückgehen; die Ausgaben werden vor allem in Infrastrukturinvestitionen und die Verwirklichung bestimmter politischer Ziele fließen, insbesondere in die Entwicklung der Informationsgesellschaft und die Forschung. In Anbetracht dessen und da Luxemburg Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. die haushaltspolitischen Zügel beim Vollzug des Haushalts 2001 und bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2002 anzuziehen, um möglicherweise anhaltendem Inflationsdruck entgegenzuwirken; und
- ii. den Anstieg der öffentlichen Ausgaben genau im Auge zu behalten, um die öffentlichen Finanzen auch bei nachlassendem realen BIP-Wachstum ausgeglichen zu halten und ihre langfristige Tragfähigkeit im Hinblick auf die Bevölkerungsalterung zu sichern.

Arbeitsmärkte

Der luxemburgische Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2000 insgesamt gut entwickelt, was größtenteils der Verfügbarkeit von Grenzgängern zu verdanken war. Die Arbeitslosenquote war mit 2,2 % sehr niedrig. Gemessen am beschleunigten Lohnanstieg und am Inflationsdruck hat sich der Arbeitsmarkt allerdings angespannt; dies unterstreicht, dass das eigene Arbeitskräftepotential des Landes besser ausgenutzt werden muss. Die niedrige nationale Erwerbstätigenquote, insbesondere bei Frauen (48 %) und älteren Arbeitnehmern (26 %), zeigt, dass eine erhebliche Reserve an eigenen Arbeitskräften vorhanden ist. Früh- und Vorruhestandsregelungen sowie

Erwerbsunfähigkeitsrenten haben ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gefördert. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Luxemburg vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die nationale Erwerbstätigenquote anzuheben, insbesondere bei älteren Arbeitnehmern durch eine Erhöhung der Anreize für einen Verbleib im Erwerbsleben in den Früh-, Vorruhestands- und Erwerbsunfähigkeitsrentensystemen, und bei Frauen durch eine Beseitigung der Hemmnisse, die ihrem Verbleib im Erwerbsleben oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt entgegenstehen.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Luxemburg ist eine kleine offene Volkswirtschaft, die dem internationalen Wettbewerb sehr stark ausgesetzt ist. Die Produktivität ist hoch, und die Preise sind trotz des Anstiegs in letzter Zeit nicht übermäßig hoch, mit Ausnahme der Strompreise. Luxemburg hat erhebliche Fortschritte dabei erzielt, die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften zu verbessern, regionale Beihilfen zurückzustutzen, die Liberalisierung der netzbezogenen Wirtschaftszweige zu beschleunigen und mit den jüngsten IKT-Entwicklungen Schritt zu halten. Der Wettbewerb auf den Produktmärkten wird allerdings nach wie vor durch verschiedene Faktoren eingeschränkt, beispielsweise durch Preisregulierung. In Anbetracht dessen sollte sich Luxemburg vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. die angekündigte Abschaffung von festen und kontrollierten Preisen umzusetzen.

10. NIEDERLANDE

Die Niederlande hatten in den letzten Jahren eine kräftige makroökonomische Entwicklung zu verzeichnen, die im Jahr 2000 in einem besonders lebhaften Wachstum gipfelte; 2001 und 2002 dürfte die Konjunktur vor allem aufgrund der außenwirtschaftlichen Entwicklung etwas abflauen, wobei, den Projektionen zufolge, das reale BIP allerdings in beiden Jahren immer noch mit einer Rate von über 3 % wachsen wird. Wichtigster Wachstumsfaktor wird auch in Zukunft die kräftige Inlandsnachfrage sein, insbesondere der private Verbrauch, der sich unter dem Einfluss eines erheblichen Lohn- und Beschäftigungsanstiegs sowie der Abgabensenkungen im Zuge der 2001 eingeführten Steuerreform beschleunigen dürfte. Die Beschäftigung wird voraussichtlich weiter zunehmen, was vor allem auf eine höhere Erwerbsbeteiligung zurückzuführen ist. Die Inflation hat sich im Jahr 2000 aufgrund des Importpreisschubs erheblich beschleunigt; unter dem mechanischen Einfluss der höheren indirekten Steuern ab Anfang des Jahres, aber auch aufgrund endogener Spannungen dürfte die Inflation im Jahr 2001 über 4 % erreichen und im Jahr 2002 bei etwa 3 % verharren.

Mit der erheblichen Beschleunigung des Lohnanstiegs seit 1997 wurde der 15 Jahre währenden Lohnzurückhaltung ein Ende gesetzt; dies hat insbesondere zu einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit geführt, die über ein Jahrzehnt lang sehr erheblich verbessert worden war. Angesichts der erheblichen Steuersenkungen, die das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte insbesondere 2001 aufpolstern, besteht eine wichtige Aufgabe darin, für eine moderate Lohnentwicklung zu sorgen. Zunehmende Spannungen auf dem Arbeitsmarkt werfen die Frage nach neuen politischen Maßnahmen auf, um das Arbeitskräfteangebot weiter zu erhöhen; dies würde mehr Reformen passiver Leistungsprogramme implizieren, um die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. Außerdem muss

die Arbeitsproduktivität verbessert werden, um die Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen und sich auf die Herausforderungen der Bevölkerungsalterung vorzubereiten.

Haushaltspolitik

Der gesamtstaatliche Haushalt wies 1999 einen Überschuss in Höhe von 1 % des BIP auf, der sich im Jahr 2000 auf 2 % des BIP erhöhte; eingerechnet sind Erlöse aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen in Höhe von 0,7 % des BIP. Die weitreichende Steuerreform, die am 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist, wird zu einem erheblichen Rückgang der Einnahmen aus Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträgen führen, der nur teilweise durch eine Anhebung verschiedener indirekter Steuern, unter anderem des MwSt-Regelsatzes von 17,5 % auf 19 %, ausgeglichen wird. Nach dem aktualisierten Stabilitätsprogramm 2000 wird der Haushaltsüberschuss im Jahr 2001 daher voraussichtlich auf 0,7 % des BIP abschmelzen. Durch die Verlagerung von der direkten Besteuerung des Arbeitseinkommens hin zur indirekten Besteuerung soll vor allem die Abgabenschere beim Arbeitseinkommen verringert und somit der Arbeitsanreiz erhöht werden. Unter dem Aspekt der Stabilisierung gibt der derzeitige niederländische Haushaltskurs allerdings Anlass zur Besorgnis, da der Inflationsdruck wächst. In Anbetracht dessen und da die Niederlande Mitglied des Euro-Gebiets sind, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. trotz eines zu erwartenden geringeren Wirtschaftswachstums strikte Kontrolle über die Staatsausgaben aufrechtzuerhalten, um die Verringerung des Haushaltsüberschusses im Jahr 2001 (im 2000 aktualisierten Stabilitätsprogramm auf 0,7 % des BIP projiziert) zu begrenzen und Inflationsdruck einzudämmen;

- ii. bei der Aufstellung des Haushalts 2002 dafür Sorge zu tragen, dass seine Wirkung eindeutig darauf angelegt ist, den Inflationsdruck einzudämmen, somit das Haushaltsergebnis gegenüber 2001 verbessern. Zu diesem Zweck sollten bei der Verteilung des im aktualisierten Stabilitätsprogramm 2000 eingeplanten haushaltspolitischen Spielraums Konjunkturerwägungen vorrangig sein und für eine deutliche Verbesserung der Haushaltsposition sorgen; und
- iii. etwaigen haushaltspolitischen Spielraum ab 2002 vorrangig für einen beschleunigten Schuldenabbau zu nutzen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Hinblick auf die Bevölkerungsalterung sicherzustellen.

Arbeitsmärkte

Die niederländische Arbeitsmarktentwicklung gehörte nach wie vor zu den kräftigsten in der EU. Das Beschäftigungswachstum erreichte im Jahr 2000 2,5 %. Während die Arbeitslosigkeit weiter auf 2,8 % sank, hat der robuste Anstieg der Erwerbsbeteiligung dazu beigetragen, die Anspannung des Arbeitsmarkts in Grenzen zu halten. Verschiedene Maßnahmen wurden ergriffen, um den Arbeitsanreiz zu erhöhen, z.B. die Steuerreform 2001 und Maßnahmen zur Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern. Auch wenn die offizielle Arbeitslosigkeit sehr niedrig ist, ist der Anteil der nicht erwerbstätigen Empfänger passiver Leistungen - im Rahmen der Erwerbsunfähigkeits-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung - allerdings immer noch hoch. Auch ist das Beschäftigungsniveau gemessen in Vollzeitäquivalenten vergleichsweise niedrig. Dies deutet auf ungenutztes Potenzial für eine weitere Erhöhung des Arbeitskräfteangebots hin. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischen Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollten sich die Niederlande vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. die Abgaben- und Sozialleistungssysteme weiter zu reformieren, damit Arbeit sich lohnt. Die Reformen sollten sich auf die noch immer hohen effektiven Grenzsteuersätze, vor allem bei geringeren Einkommen, und vergleichsweise laxen Leistungsbezugsvoraussetzungen konzentrieren, um insbesondere die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer zu fördern und die Wiedereingliederung von Empfängern passiver Leistungen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, einschließlich derjenigen, die Erwerbsunfähigkeitsleistungen beziehen.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Die Offenheit der niederländischen Wirtschaft und der inzwischen fest etablierte struktur- und ordnungspolitische Reformprozess hat generell gut funktionierende Produktmärkte hervorgebracht, was in dem vergleichsweise niedrigen Preisniveau zum Ausdruck kommt. Maßnahmen wurden ergriffen, um die Wettbewerbspolitik zu stärken und die unternehmerische Initiative zu fördern. Der Telekommunikationssektor ist vollständig liberalisiert, was zu niedrigen Preisen und einer hohen IKT-Verbreitung beigetragen hat. Der Reformprozess setzt sich fort, doch ist eine gewisse "Reformmüdigkeit" zu erkennen, die die weitere Liberalisierung in Sektoren wie Energie, öffentlicher Verkehr und Gesundheitswesen verzögern könnte. Die Besorgnis besteht, dass die liberalisierten Märkte immer noch von den früheren Monopolinhabern beherrscht werden könnten. Außerdem ist der Wert der im Amtsblatt veröffentlichten Ausschreibungen im Verhältnis zum BIP weiterhin der zweitniedrigste in der EU. Die Entwicklung der IKT-Produktion und der wissensbasierten Wirtschaft im Allgemeinen wird durch den Mangel an Fachpersonal und ein im Zusammenhang damit sehr geringes Volumen an lokaler IKT-Forschung gebremst, die auch die recht enttäuschende Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität zum

Teil erklären könnte. In Anbetracht dessen sollten sich die Niederlande vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. Maßnahmen zu ergreifen, um das Innovationsklima zu verbessern und eine weitere IKT-Verbreitung zu stimulieren und insbesondere das Angebot an IKT-Fachkräften und ausgebildetem Forschungspersonal zu fördern; und
- ii. den Wettbewerbs zu stärken, indem das öffentliche Auftragswesen weiter geöffnet und der Marktzugang in den Bereichen Strom, Gas, Kabelnetze und öffentlicher Verkehr erleichtert wird.

Kapitalmärkte

Die niederländischen Kapitalmärkte entwickeln sich weiter. Der Aktienmarkt ist durch die Fusion der Börsen von Amsterdam, Paris und Brüssel international nun stärker integriert. Insbesondere der Risikokapitalmarkt hat sich rasch entwickelt,

wobei erhebliche Wagniskapitalinvestitionen für allen Phasen, einschließlich der frühesten, angeboten werden. Auch wenn die Konzentration im Bankensektor relativ hoch ist, scheint der Wettbewerb in diesem Sektor doch ausreichend. Die drei Aufsichtsbehörden stärken die bestehende Kooperation der sektorübergreifenden Finanzaufsicht durch die Schaffung eines "Finanzaufsichtsrats". In Anbetracht dessen sollten sich die Niederlande vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem ein investitions- und unternehmerfreundlicherer steuerlicher Rahmen geschaffen wird; und
- ii. dafür Sorge zu tragen, dass die sektor- und grenzübergreifenden Aufsichtsregelungen mit der Entwicklung des Finanzsystems Schritt halten.

11. ÖSTERREICH

In Österreich, wo sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2000 auf über 3 % belief, wird 2001 infolge der restriktiven Haushaltspolitik und einer rückläufigen Auslandsnachfrage mit einer Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gerechnet. Von der Haushaltskonsolidierung werden nicht nur die privaten Haushalte und Unternehmen durch vor allem steuerliche Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen, sie wird auch den öffentlichen Verbrauch dämpfen. Folglich wird sich die Inlandsnachfrage 2001 voraussichtlich verlangsamen. Darüber hinaus dürften sich - insbesondere im Jahr 2001 - parallel zur Wirtschaftsentwicklung der wichtigsten Handelspartner Österreichs, die Ausfuhren rückläufig entwickeln. Im Ergebnis wird sich das Wirtschaftswachstum 2002 voraussichtlich auf rund 2 1/2 % abschwächen. Im Jahr 2002 dürfte sich die Inlandsnachfrage wieder etwas erholen, da die negativen Auswirkungen der Steuererhöhungen auf die Kaufkraft der privaten Haushalte nachlassen dürften, während die geplante Einführung einer neuen Erziehungszulage einen gewissen steuerlichen Impuls darstellen dürfte. Darüber hinaus dürfte der private Verbrauch durch ein kontinuierliches Beschäftigungswachstum und eine weitere Verringerung der Arbeitslosigkeit abgestützt werden, wodurch die erwartete weitere geringfügige Verlangsamung des Exportwachstums ausgeglichen werden dürfte. Deshalb wird für 2002 ein weiterhin beständiges BIP-Wachstum projiziert.

Günstige mittel- und langfristige Wachstumsaussichten für die österreichische Wirtschaft hängen von verbesserten Bedingungen auf der Angebotsseite ab: mehr Wettbewerb sowie weniger Regulierung zur Förderung der unternehmerischen Initiative, Liberalisierung der Versorgungsbetriebe sowie des Einzelhandels- und des Verkehrssektor und eine höhere Erwerbsbeteiligung, insbesondere von älteren Arbeitskräften. Um einen raschen Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft sicherzustellen, müssen zudem mehrere Punkte angegangen werden, so insbesondere die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die Schwäche des Hochschulsystems und die Probleme bei der

Technologieverbreitung. Außerdem dürfte sich eine hohe Steuerbelastung negativ auf das Wachstumspotential der Wirtschaft auswirken.

Haushaltspolitik

Im Jahr 2000 sank das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit deutlich auf 1,1 % des BIP, nachdem es 1999 2,1 % betragen hatte. Bei Berücksichtigung des unerwartet starken Wirtschaftswachstums sowie der einmaligen Einnahmen (UMTS-Erlöse, Immobilienverkäufe) hat sich die fundamentale Haushaltsposition jedoch kaum verändert. Im Gegensatz hierzu implizieren der Haushaltsplan für 2001 und der Haushaltsvorschlag der Regierung für 2002 eine sehr restriktive Haushaltspolitik. Den Planungen zufolge soll bis 2002 eine ausgeglichene Haushaltsposition erreicht sein, auch wenn dies auf Kosten einer starken Zunahme der bereits hohen steuerlichen Belastung geht. Durch die Steuererhöhungen werden sich die Staatseinnahmen im Jahr 2001 um schätzungsweise 0,9 % des BIP erhöhen. Für 2002 sind gewisse Ausgabenerhöhungen eingeplant, so insbesondere eine großzügige Erhöhung der Erziehungszulage. Die gesamte Neuverteilung von Mitteln beläuft sich netto auf insgesamt 3,6 Mrd. EUR oder 1,6 % des BIP. Über die Hälfte der bis 2002 geplanten Gesamtkonsolidierung entfällt auf die Einnahmenseite. Trotz des laufenden Haushaltskonsolidierungsprogramms wurden die öffentlichen Finanzen längerfristig noch nicht auf eine tragfähige Grundlage gestellt. Der Ausgabendruck im öffentlichen Pensionssystem wird trotz der jüngsten Reform steigen. Auch muss das Gesundheitssystem reformiert werden, um die rasche Zunahme der gesundheitsbezogenen Ausgaben einzudämmen. In Anbetracht dessen und da Österreich Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. für einen strengen Haushaltsvollzug auf allen staatlichen Ebenen sowohl 2001 als auch 2002 Sorge zu tragen, um die Ziele des aktualisierten Stabilitätsprogramms vom Dezember 2000 von 0,75 bzw. 0 % des BIP zu erreichen, insbesondere im

- Bereich der Verwaltungsreform und im Sozialversicherungssektor die im Stabilitätsprogramm geplanten Ausgabeneinsparungen zu realisieren;
- ii. in den kommenden Jahren die hohe Abgabenbelastung insbesondere des Faktors Arbeit zu reduzieren, ohne die Haushaltskonsolidierungsziele zu gefährden, was zusätzliche und dauerhafte Ausgabeneinsparungen erforderlich machen wird; und
 - iii. angesichts der langfristigen - insbesondere aus der Bevölkerungsalterung resultierenden - Herausforderungen, die Reform des Pensionssystems fortzusetzen; insbesondere sollten bereits 2001 das derzeitige Leistungsniveau und die Voraussetzungen für den Bezug der Erwerbsunfähigkeitsrente überprüft werden, mit dem Ziel, das durchschnittliche Rentenalter anzuheben; zudem sollten im Gesundheitsvorsorgektor Maßnahmen getroffen werden, um dem zunehmenden Ausgabendruck zu begegnen.

Arbeitsmärkte

Auf dem österreichischen Arbeitsmarkt wurden auch im Jahr 2000 gute Ergebnisse erzielt. Die Beschäftigung nahm weiter zu, wenngleich nicht so stark wie 1999, und die Arbeitslosenquote fiel weiter auf 3,7 % zurück. Allerdings ist die Erwerbstätigenquote älterer Arbeitnehmer mit 29 % sehr gering. Dies ist angesichts der sich anspannenden Arbeitsmarktlage und insbesondere der Herausforderung der Bevölkerungsalterung besonders problematisch. Im Jahr 2000 wurde eine schrittweise Anhebung des Vorruhestandsalters eingeführt (um 18 Monate bis zum Jahr 2002), zusammen mit anderen Maßnahmen, um den Vorruhestand weniger attraktiv zu machen. Durch die Reform der Einkommensteuer wurde die allgemeine Abgabenbelastung des Faktors Arbeit verringert. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischen Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Österreich vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. die Reform der Abgaben- und Sozialleistungssysteme fortzusetzen, um älteren Arbeitnehmern mehr Anreize zu bieten, im Arbeitsmarkt aktiv zu bleiben. In diesem Zusammenhang sollten auch Maßnahmen zur Förderung der Wiedereingliederung von eine Erwerbsunfähigkeitsrente beziehenden Personen in den Arbeitsmarkt vorgesehen werden.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Österreich ist dem internationalen Wettbewerb nicht so stark ausgesetzt wie andere kleine Mitgliedstaaten. Die Arbeitsproduktivität liegt knapp unter dem EU-Durchschnitt. Bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften wurden Fortschritte erzielt, und Maßnahmen zur Entwicklung der unternehmerischen Initiative sind geplant. Jedoch unterliegt nur ein kleiner Teil des öffentlichen Auftragswesens dem freien Wettbewerb, und der Telekommunikations-, Gas- und Stromsektor sind trotz der ermutigenden Pläne zur Beschleunigung ihrer Liberalisierung nach wie vor durch hohe Preise und Verkrustungen gekennzeichnet. Jedoch sieht die jüngste Gesetzgebung eine vollständige Liberalisierung des Stromsektors zum Oktober 2001 und des Gassektors zum Oktober 2002 vor. Schließlich sind noch nicht alle Bedingungen für eine rasche Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft erfüllt, sind das FuE-Niveau sowie die IKT-Ausgaben in Österreich nach wie vor gering und herrscht ein erheblicher Mangel an qualifizierten IKT-Fachkräften. Doch hat Österreich in diesen Bereichen Reformen angekündigt. In Anbetracht dessen sollte sich Österreich vor allem auf die folgenden Prioritäten konzentrieren:

- i. die EG-Richtlinien über das öffentliche Auftragswesen umzusetzen und das öffentliche Auftragswesen stärker für den freien Wettbewerb zu öffnen, insbesondere auf Bundesländerebene; und
- ii. die angekündigten Reformen zur Förderung der Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft umfassend umzusetzen und Maßnahmen zu treffen,

um das Angebot an qualifizierten IKT-Fachkräften zu erhöhen.

Kapitalmärkte

Die Kapitalmarktentwicklung in Österreich wurde besonders an der Konsolidierung des Bankensektors mit einer zunehmenden Konzentration und einer signifikanten weiteren Verringerung der staatlichen Beteiligungen sichtbar. Die österreichische Börse ist kürzlich eine Allianz mit der deutschen Börse eingegangen, und die beiden Börsen haben zusammen mit den entsprechenden Börsen für den Handel mittel- und osteuropäischer Wertpapiere die NEWEX gegründet. Es wurden verschiedene Reformen zur Verbesserung des regulatorischen Rahmens durchgeführt, die u.a. die Umsetzung der EU-Richtlinien und Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche beinhalten. Als flankierende Maßnahmen sind u.a. die Zulassung von Verkaufsprospekten für Wertpapieremissionen in englischer Sprache und die Zulassung der Veröffentlichung von Prospekten im Internet

sowie eine Erweiterung der Ausnahme von der Prospektspflicht für Euro-Wertpapiere zu nennen. Eine Reihe steuerlicher Maßnahmen wurde umgesetzt oder ist geplant, einschließlich der Abschaffung der Börsenumsatzsteuer, einer Änderung der auf Aktien erhobenen Erbschaftsteuer, einer unter bestimmten Voraussetzungen gewährten steuerlichen Begünstigung der Aktienoptionen und einer Verdoppelung des Freibetrags für die steuerfreie Ausgabe von Mitarbeiterbeteiligungen. Der Risikokapitalmarkt ist, obgleich er von einigen dieser Reformen profitiert, nach wie vor vergleichsweise schwach entwickelt, insbesondere im Bereich der Frühphasenfinanzierung. Im April 2001 wurde ein Gesetzesentwurf über die Schaffung einer einheitlichen Finanzmarktaufsichtsbehörde vorgelegt, dieser zielt auf einen Ausbau der Aufsicht und das Schritt halten mit den Marktentwicklungen. In Anbetracht dessen sollte sich Österreich vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem quantitative Beschränkungen für die Anlageinvestitionen institutioneller Anleger gelockert werden und ein investitions- und unternehmerfreundlicherer steuerlicher Rahmen geschaffen wird.

12. PORTUGAL

Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2000 wird auf 3,3 % geschätzt und entsprach in etwa der im Vorjahr registrierten Rate. Allerdings hat sich die Zusammensetzung des Wachstums insofern deutlich verändert, als die geringere Inlandsnachfrage durch die Beschleunigung des Exportwachstums in etwa kompensiert wurde. 2001-2002 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf etwas über 2 1/2 % verringern. Diese Abschwächung ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, u.a. auf Bemühungen der Wirtschaftsakteure des privaten Sektors, nach der jüngsten starken Zunahme der Verschuldung wieder eine ausgeglichene Vermögensposition herzustellen, auf Angebotsengpässe in verschiedenen Dienstleistungssektoren und im Bausektor sowie auf die geringere Auslandsnachfrage. Die Beschäftigung wuchs im Jahr 2000 um 1,7 % und die Arbeitslosenquote fiel auf 4,2 %. Infolge des starken Anstiegs der Importpreise, der mit der angespannten Arbeitsmarktlage verbundenen starken Lohnerhöhungen und einiger vorübergehender länderspezifischer Faktoren wie dem starken Preisanstieg für unverarbeitete Nahrungsmittel zog die Verbraucherpreisinflation im Jahr 2000 und bis in das Jahr 2001 hinein stark an. Auch wenn sich der Preisdruck im Laufe dieses Jahres verringern dürfte, wird die durchschnittliche Inflationsrate 2001 voraussichtlich auf über 3 % ansteigen, sich dann aber im Jahr 2002 wieder auf ein niedrigeres Niveau zurückentwickeln.

Durch die lebhafte Inlandsnachfrage hat sich in Portugal in den letzten Jahren ein starkes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht ergeben. Seine Korrektur ist eine Voraussetzung, damit Portugal wieder zu einem starken und auf soliden Grundlagen ruhenden Wachstum zurückkehren kann. Der notwendige Anpassungsprozess in Richtung auf ein besser ausgewogenes Wachstum muss durch die Haushaltspolitik in Form einer strikten Ausgabenbegrenzung unterstützt werden. Außerdem hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit unter dem starken Lohnanstieg in Verbindung mit relativ geringen Produktivitätsgewinnen gelitten. Infolgedessen sind Lohnzurückhaltung sowie Politiken zur

Förderung des Produktivitätswachstums gefordert, um die wirtschaftliche Leistung mittelfristig zu verbessern.

Haushaltspolitik

Im Jahr 2000 verringerte sich das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit auf 1,4 % des BIP (1,7 % ohne UMTS-Erlöse). Gemäß der Aktualisierung 2001 des Stabilitätsprogramms soll die Defizitquote auf 1,1 % im Jahr 2001 und 0,7 % im Jahr 2002 zurückgeführt werden. Im Jahr 2004 soll eine ausgeglichene Haushaltsposition erreicht sein. Die Straffung des haushaltspolitischen Kurses im Jahr 2001 ist angesichts der derzeitigen übermäßigen Nachfrage in der portugiesischen Wirtschaft angemessen und auch notwendig, weil sich die Staatsfinanzen in Portugal nicht so entwickelt haben, dass mittelfristig mit einem nahezu ausgeglichenen Haushalt zu rechnen ist. Die Reduzierung des Haushaltsdefizits im Jahr 2001 soll aus der geplanten starken Verringerung der Wachstumsrate der laufenden Primärausgaben resultieren, die durch die geplante Ausweitung der staatlichen Investitionen nur teilweise ausgeglichen wird. Die Steuereinnahmen werden den Projektionen zufolge durch die kombinierte Wirkung zusätzlicher Effizienzgewinne bei der Steuererhebung, einer Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage und einer Reduzierung der Besteuerung der niedrigeren Einkommensgruppen steigen. Um die Ausgabenpläne einhalten zu können, sieht das aktualisierte Stabilitätsprogramm im Rahmen des geplanten Programms zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen die Verbesserung des Haushaltsverfahrens, wie *unter anderem* Ausgabenkontrollmechanismen vor. In Anbetracht dessen und da Portugal Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. das für 2001 angestrebte Defizitziel von 1,1 % des BIP zu erreichen, was die strikte Einhaltung der Planungen für die laufenden Primärausgaben erforderlich macht. Selbst bei entsprechendem Bedarf sollten die für laufende Ausgaben vorgesehenen und im Haushalt 2001 eingefrorenen Beträge nicht verwandt werden, damit eine

- Einschränkung der geplanten öffentlichen Investitionen vermieden wird;
- ii. einen Haushalt für 2002 aufzustellen, der eine raschere Rückführung der Defizitquote anstrebt als im 2001 aktualisierten Stabilitätsprogramm geplant, da sich in Portugal die Staatsfinanzen bisher noch nicht so entwickelt haben, dass mittelfristig mit einem nahezu ausgeglichenen Haushalt zu rechnen ist. Diese Beschleunigung der Haushaltskonsolidierung sollte sich eher auf Ausgabenkürzungen als auf Steuererhöhungen stützen; und
 - iii. den Haushaltskonsolidierungsprozess zu unterstützen, indem sie dafür Sorge trägt, dass einerseits schon 2001 zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Gesundheitswesens eingeführt werden, mit dem Ziel, die Ausgabenkontrolle und -effizienz zu verbessern, und dass andererseits die durch das kürzlich verabschiedete Sozialversicherungsgesetz erforderlich gewordenen Gesetze zügig verabschiedet werden, um die finanzielle Position des Sozialversicherungsektors angesichts der budgetären Herausforderungen der Bevölkerungsalterung zu stärken.

in Portugal, zum Teil wegen des niedrigen Aus- und Berufsbildungsniveaus, sehr gering. Zwei Drittel der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren haben nur eine Grundschulbildung. Portugal hat jedoch seine Bildungsausgaben in den letzten Jahren stark erhöht, und das mangelnde Bildungsniveau resultiert zum Teil aus der unzureichenden schulischen Versorgung der vergangenen Jahrzehnte. Die Kündigungsschutzvorschriften für unbefristete Arbeitsverhältnisse sind nach wie vor relativ streng. Dies dürfte einer der Hauptgründe für die rasche Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren sein. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischen Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Portugal vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. mehr in die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung zu investieren und sie zu verbessern, um die Vermittelbarkeit, Anpassungsfähigkeit und Produktivität der Erwerbsbevölkerung zu erhöhen; und
- ii. gemeinsam mit den Sozialpartnern die Arbeitsmarktflexibilität zu verbessern, um das Risiko einer Kluft zwischen regulären Arbeitsverträgen und untypischen Beschäftigungsverhältnissen auf ein Minimum zu reduzieren.

Arbeitsmärkte

Mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf rund 4 % der Erwerbspersonen blieb die Lage am portugiesischen Arbeitsmarkt im Jahr 2000 günstig. Die Gesamterwerbstätigenquote stieg leicht auf 68 %, und die Erwerbstätigenquote sowohl der Frauen als auch der älteren Arbeitnehmer lag deutlich über dem EU-Durchschnitt. In einigen Regionen und Branchen gibt es nun deutliche Anzeichen eines Arbeitskräftemangels, und infolge der sich anspannenden Arbeitsmarktlage war ein starker Nominallohnanstieg zu verzeichnen, der im Jahr 2000 rund 5 1/2 % erreichte. Diese Lohnerhöhungen wurden nur zum Teil durch Produktivitätsgewinne kompensiert. Außerdem ist das Niveau der Arbeitsproduktivität

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Portugal ist dem internationalen Wettbewerb weniger ausgesetzt als andere kleine Mitgliedstaaten. Wegen einer relativ geringen Arbeitsproduktivität hält sich die Wettbewerbsfähigkeit der portugiesischen Wirtschaft insgesamt gesehen in Grenzen. Das Preisniveau liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Es wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um den Zugang zum öffentlichen Auftragswesen zu verbessern, den Verwaltungsaufwand der Unternehmen zu verringern und die öffentliche Verwaltung zu reformieren. Zudem wurden zahlreiche Initiativen zur Förderung der Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien lanciert.

Dennoch wird Portugals Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft noch immer durch seine geringe Forschungs- und Innovationsfähigkeit behindert, die zum Teil aus der mangelhaften beruflichen Qualifikation der Erwerbsbevölkerung resultiert. Bei den Energieversorgungsunternehmen geht die Liberalisierung relativ langsam vonstatten und die staatlichen Beihilfen sind nach wie vor hoch. Schließlich zählt Portugal nach wie vor zu den EU-Ländern mit dem größten Anteil nicht umgesetzter Binnenmarktvorschriften. In Anbetracht dessen sollte sich Portugal vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. die Bemühungen zur Ausweitung der FuE-Investitionen insbesondere der Unternehmen zu verstärken;
- ii. die weitere Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien insbesondere durch Maßnahmen zu fördern, die darauf abzielen, das Angebot an qualifizierten IKT-Fachkräften zu erhöhen;
- iii. weitere Fortschritte bei der Eindämmung der staatlichen Beihilfen (insbesondere der sektorspezifischen Beihilfen) zu erzielen;
- iv. die Liberalisierung des Energiesektors, welche insbesondere den energienutzenden kleinen Unternehmen und Haushalten zugute kommen soll, zu beschleunigen und weiter auszudehnen; und
- v. bei der Umsetzung der Binnenmarktrichtlinien raschere Fortschritte zu erzielen.

Kapitalmärkte

Mit der Konsolidierung von Finanzinstituten und der Bildung von Finanzkonglomeraten sowie der Entwicklung neuer Finanzprodukte sind die Kapitalmärkte in Portugal raschen Veränderungen unterworfen. Zwar ist der Risikokapitalmarkt gewachsen, doch zählt er nach wie vor zu den am wenigsten entwickelten der EU-Mitgliedstaaten. Um den Zugang der KMU zur Finanzierung zu erleichtern, gab es vor allem Initiativen auf der Grundlage öffentlicher Finanzierung, doch wären weitere Maßnahmen zur Entwicklung des Risikokapitalmarktes wünschenswert. Der regulatorische Rahmen wurde durch eine Verschärfung der Vorschriften für allgemeine Rückstellungen, das Eigenkapital und Großkredite verstärkt. Zudem trifft die Bank von Portugal Maßnahmen, um die Kontrolle der Risikomanagementprozesse und -verfahren der Banken zu verbessern und die Marktdisziplin durch eine stärkere Offenlegung zu fördern. Die Einsetzung des Nationalen Rates der Finanzaufsichtsbehörden dürfte diesen Aufsichtsprozess weiter verbessern. In Anbetracht dessen sollte sich Portugal vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem quantitative Beschränkungen für die Aktieninvestitionen institutioneller Anleger gelockert werden und ein investitions- und unternehmerfreundlicherer steuerlicher Rahmen geschaffen wird, wobei die unternehmerische Initiative auch durch eine Änderung des Konkursrechts gefördert werden sollte; und
- ii. dafür Sorge zu tragen, dass die sektor- und grenzübergreifenden Aufsichtsregelungen mit der Entwicklung des Finanzsystems Schritt halten.

13. FINNLAND

Infolge der lebhaften Ausfuhrstätigkeit betrug das Wirtschaftswachstum im Jahr 2000 5,7 %. Bei einer Normalisierung des außenwirtschaftlichen Beitrags zum Wachstum im Jahr 2001-02, dürfte sich die Wirtschaftstätigkeit auf eine tragfähigeres Wachstumsrate von rund 4 % verlangsamen. Die Inlandsnachfrage, deren starken Anstieg durch die Belebung des privaten Verbrauchs infolge beträchtlicher Einkommensteuersenkungen bedingt ist, dürfte unverändert bleiben. Auch die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich gut entwickeln, da die Kapazitätsauslastung nach wie vor sehr hoch ist, während die Bauinvestitionen durch die starke Wanderungsbewegung in die Wachstumszentren angekurbelt werden dürften. Auch wenn durch die anhaltende Schaffung neuer Arbeitsplätze sichergestellt ist, dass sich die Arbeitslosigkeit weiter rückläufig entwickelt, ist die Zahl der Arbeitslosen nach wie vor recht hoch, was auf anhaltende Strukturprobleme am Arbeitsmarkt hindeutet. Die Verbraucherpreise zogen im vergangenen Jahr stark an, als die bevorstehende Überhitzung der Wirtschaft durch den steilen Ölpreisanstieg verschärft wurde, doch wird sich ihr Anstieg voraussichtlich auf knapp unter 2 % im Jahr 2001 verringern und 2002 weiter verlangsamen.

Die kräftige Leistung der finnischen Wirtschaft in den letzten Jahren ist in erster Linie auf den florierenden Telekommunikationsgerätesektor zurückzuführen. Allerdings birgt die sehr starke Abhängigkeit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von diesem Wirtschaftszweig Gefahren. Es liegt auf der Hand, dass sich jegliche Wachstumsverlangsamung im Telekommunikationssektor unmittelbar auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum auswirken würde. Mittelfristig birgt die starke Lohndynamik in diesem Sektor, die durch das rasche Produktivitätswachstum gerechtfertigt sein mag, das Risiko unangemessen starker Lohnerhöhungen in anderen Teilen der Wirtschaft, in denen die Produktivitätsgewinne erheblich geringer sind. Dies könnte zu Wettbewerbsproblemen in diesen Sektoren und schließlich zu einer niedrigeren Beschäftigung

führen. In Anbetracht der bereits großen geografischen Unterschiede und der erheblichen Diskrepanz zwischen den erworbenen und nachgefragten Qualifikationen könnte sich dadurch die Rückführung der Arbeitslosigkeit weiter verlangsamen. Die jüngsten moderaten Lohnabschlüsse für 2001 und 2002 sind daher zu begrüßen, doch spiegeln die Löhne Unterschiede in den Produktivitätsentwicklungen nach wie vor nur unzureichend wider.

Haushaltspolitik

Da die Steuereinnahmen bedingt durch das starke Wirtschaftswachstum, aber auch einige spezifische Faktoren (z.B. außergewöhnlich hohe Kapitalgewinnsteuern) erheblich höher ausfiel als erwartet, wurde im Jahr 2000 in Verbindung mit einer rigorosen Ausgabenkontrolle ein gesamtstaatlicher Finanzierungsüberschuss von schätzungsweise 6,7 % des BIP erzielt. Nach dem aktualisierten Stabilitätsprogramm werden auch 2001-04 erhebliche, wenn auch geringfügig niedrigere Überschüsse erzielt. Die Haushaltsstrategie stützt sich in erster Linie auf eine Reduzierung der Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP unter gleichzeitiger geringfügiger Verringerung der Steuerbelastung. Die Senkung der Einkommensteuern, die bereits auf den Weg gebracht ist, dürfte die Arbeitsanreize verbessern, müsste allerdings in Verbindung mit den Leistungssystemen gesehen werden. Mittelfristige Haushaltsüberschüsse von über 4 % des BIP scheinen angesichts der günstigen wirtschaftlichen Bedingungen realisierbar und durch die Bedenken hinsichtlich der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Hinblick auf die deutliche Bevölkerungsalterung gerechtfertigt. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Ausgabendrucks müssen die Ausgaben rigoros unter Kontrolle gehalten werden, um die geplanten Überschüsse zu erreichen. In Anbetracht dessen und da Finnland Mitglied des Euro-Gebiets ist, sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. an den im Haushalt 2001 festgelegten Ausgabenziele festzuhalten;

- ii. dafür Sorge zu tragen, dass im Jahr 2001 und in den Folgejahren durch eine Reduzierung der Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP weiterhin hohe Staatsüberschüsse erzielt werden; und
- iii. angesichts der zukünftigen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf Renten und Gesundheitskosten, gegenüber denen Finnland besonders exponiert ist, für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Sorge zu tragen. Dies erfordert die Fortsetzung der Politik der Schuldenreduzierung, muss jedoch durch während des Programmzeitraums zu verabschiedende Maßnahmen zur Erhöhung des derzeit niedrigen tatsächlichen Ruhestandsalters ergänzt werden.

Arbeitsmärkte

Der finnische Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2000 uneinheitlich entwickelt. Im Gegensatz zu dem starken BIP- und Beschäftigungswachstum ging die Arbeitslosigkeit nur langsam zurück und bleibt mit 9,8 % enttäuschend hoch. Die strukturellen Arbeitsmarktprobleme äußern sich in einer unverhältnismäßig hohen Arbeitslosigkeit bei den geringqualifizierten älteren Arbeitnehmern und in einigen Regionen. Andererseits sind in anderen Regionen und bestimmten Sektoren trotz einer erheblichen Arbeitskräftemobilität Arbeitsmarktengpässe zu verzeichnen. Die Regierung will die Arbeitsmarktprobleme vor allem durch eine Reduzierung der Gesamtabgabenbelastung des Faktors Arbeit, einschließlich der angekündigten weiteren Steuersenkungen in den Jahren 2001 und 2002, sowie durch die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktprogramme in den Griff bekommen. Allerdings sind bisher bei dem Ziel, das tatsächliche Alter des Eintritts in den Ruhestand anzuheben und mehr Anreize für geringverdienende Arbeitnehmer zu schaffen, kaum Fortschritte erzielt worden. Ungeachtet umfangreicher Frühaktivierungsprogramme für Arbeitslose ist die Erfolgsquote hinsichtlich des Abdriftens in die Langzeitarbeitslosigkeit gering. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte

sich Finnland vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. die Bemühungen zur Senkung der hohen effektiven Grenzsteuersätze für geringverdienende Arbeitnehmer und zur Verbesserung der Anreize, welche das Sozialleistungs- und insbesondere das Rentensystem zur Annahme eines Arbeitsplatzangebots und zum Verbleib in der Erwerbsbevölkerung bietet, zu verstärken; und
- ii. die Effizienz der aktiven Arbeitsmarktprogramme zu erhöhen und sie auf die Bedürfnisse derjenigen Personen auszurichten, die am stärksten von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Trotz seiner peripheren Lage in der EU und seiner geringen Bevölkerungsdichte, die eine natürliche Barriere für Wettbewerb darstellen, ist die Öffnung der finnischen Wirtschaft in den letzten Jahren angestiegen. Das Verbraucherpreisniveau ist höher, als man bei einem Land mit seinem Lebensstandard erwarten würde. Dennoch sind die Telekommunikations- und Strompreise niedrig, was möglicherweise auf die großen Fortschritte zurückzuführen ist, die Finnland bei der Liberalisierung und Deregulierung dieser Industriezweige gemacht hat. Allerdings ist der Wettbewerb im Einzelhandel sowie in den Sektoren Bau und Medien noch unzulänglich. Außerdem ist der Anteil der im Amtsblatt veröffentlichten öffentlichen Aufträge am BIP trotz strengerer als der geforderten Vorschriften relativ gering. Beim Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft ist Finnland recht weit fortgeschritten, was an den relativ hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung und der hohen Marktdurchdringungsrate der Informations- und Kommunikationstechnologien deutlich wird. In Anbetracht dessen sollte sich Finnland vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. die Vorschriften im Bereich des öffentlichen Auftragswesens besser einzuhalten, insbesondere auf lokaler

Ebene, und die Transparenz bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern, um die Beteiligung privater Unternehmen zu erhöhen; und

- ii. den Wettbewerb in Sektoren wie Vertrieb, Bau und Medien zu verstärken.

Kapitalmärkte

Die Kapitalmärkte in Finnland entwickeln sich rasch, und die Anlagemöglichkeiten werden aufgrund der neuen Rechtsvorschriften, die die Errichtung von Hypothekenbanken und die Ausgabe von hypothekarisch gesicherten Schuldverschreibungen erlauben, weiter zunehmen. Die Marktentwicklung profitiert von einer konsistenteren steuerlichen Behandlung der Zinserträge und von einer verbesserten

Marktinfrastuktur. Mit der Entwicklung neuer Wachstums-, Technologie- und KMU-Fonds entwickelt sich auch der Risikokapitalmarkt, doch wären weitere Anstrengungen zur Entwicklung dieses Marktes wünschenswert. Der Umbau des Bankensektors setzt sich fort, insbesondere mit der Fusion der schwedisch-finnischen Nordea und der dänischen Unibank zur größten Finanzinstitution im nordischen Raum. Um eine effiziente Finanzaufsicht solcher grenzübergreifenden Institutionen sicherzustellen, haben die finnischen Aufsichtsbehörden eine Kooperationsvereinbarung mit den entsprechenden dänischen und schwedischen Behörden unterzeichnet. In Anbetracht dessen sollte sich Finnland vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem ein investitions- und unternehmerfreundlicher steuerlicher Rahmen geschaffen wird.

14. SCHWEDEN

Mit einem BIP-Wachstum von über 3,5 % pro Jahr verzeichnet Schweden seit 1998 eine Periode starken Wachstums. Allerdings hat sich die Auslandsnachfrage aufgrund der im Jahr 2001 eingetretenen weltweiten Konjunkturabschwächung rückläufig entwickelt, und dies fällt mit der erwarteten konjunkturbedingten Abnahme der Inlandsnachfrage, insbesondere des privaten Verbrauchs, zusammen. Die schleppende Entwicklung am Aktienmarkt trägt zu dieser Verlangsamung bei. Andererseits wird damit gerechnet, dass sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte infolge einer weiteren Zunahme der Beschäftigung und der im Jahr 2001 durchgeführten Steuersenkungen erhöhen wird. Außerdem dürfte der Aufbau des Telekommunikationsnetzes der dritten Generation die Investitionstätigkeit in diesem und im nächsten Jahr beleben. Alles in allem dürften diese Entwicklungen zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf 2,7 % im Jahr 2001 und 3,0 % im Jahr 2002 führen.

Durch das in den letzten Jahren starke Beschäftigungswachstum hat sich die Arbeitslosenquote erheblich verringert. Die Lohn- und Preisentwicklungen blieben gedämpft, und die neuen Lohnabschlüsse deuten darauf hin, dass auch weiterhin Lohnzurückhaltung geübt wird. Dies dürfte dazu beitragen, die im Inland generierten inflationären Spannungen 2001 und 2002 gering zu halten. Das von Schweden angestrebte Ziel einer Beschäftigungsquote von 80 % bis 2004 ist sehr zu begrüßen. Um dieses Ziel zu erreichen, scheint die Fortsetzung der derzeit verfolgten Strategie der Steuersenkung und Verringerung der mit den einkommensabhängigen Leistungen verbundenen Verzerrungen angemessen zu sein, da dies den Menschen mehr finanzielle Anreize zur Arbeitsaufnahme bietet. Um für die Verfügbarkeit eines adäquaten Arbeitskräfteangebots zu sorgen, könnten schließlich Umfang und Ausgestaltung aktiver Arbeitsmarktprogramme von einer Überprüfung profitieren.

Haushaltspolitik

Im Jahr 2000 nahm der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss deutlich zu, und zwar um 2,2 Prozentpunkte auf 4 % des BIP, und lag damit deutlich über der schwedischen Projektion von 3,4 %. In der Aktualisierung 2000 des Konvergenzprogramms werden bei Fortführung der derzeitigen Politik in den Jahren 2001 und 2002 weiterhin erhebliche Überschüsse von 3,5 % des BIP bzw. 3,3 % des BIP projiziert. Die mittelfristige Haushaltspolitik Schwedens beruht auf zwei Komponenten, und zwar auf (i) jährlich für drei Jahre festgelegten nominalen Obergrenzen für die zentralstaatlichen Ausgaben und auf (ii) einem gesamtstaatlichen Defizitziel von 2 % des BIP im Durchschnitt des Konjunkturzyklus. Die Marge, die dadurch entstanden ist, dass höhere als die angestrebten Überschüsse erzielt wurden, wurde zum Teil für Steuersenkungen und zum Teil für den Schuldenabbau verwendet. Letzterer ist ein wichtiger Bestandteil der schwedischen Strategie zur Bewältigung der Bevölkerungsalterung. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. im Jahr 2001 einen gesamtstaatlichen Finanzierungsüberschuss zu erreichen, welcher mit dem in der Aktualisierung 2000 des Konvergenzprogramms projizierten Ziel von 3,5 % des BIP im Einklang steht;
- ii. im Jahr 2002 mit der Strategie der Steuersenkungen für Bezieher niedriger und mittlerer Löhne unter Beibehaltung des mittelfristigen Überschussziels von 2 % des BIP und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Konjunkturphase fortzufahren, und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass die Obergrenze für die zentralstaatlichen Ausgaben eingehalten wird; und
- iii. mit der in der Aktualisierung 2000 des Konvergenzprogramms beschriebenen Strategie der mittelfristigen Rückführung der Staatsverschuldung unter Beibehaltung des gesamtstaatlichen Defizitziels von 2 % des BIP im Verlauf des Konjunkturzyklus fortzufahren und gleichzeitig die auf weitere Steuersenkungen und eine rigorose Ausgabenkontrolle ausgerichteten Strategie umzusetzen. Dadurch dürfte es Schweden

besser gelingen, die mit der Bevölkerungsalterung verbundene Belastung der öffentlichen Finanzen zu bewältigen.

Arbeitsmärkte

Im Jahr 2000 hat sich die schwedische Arbeitsmarktlage weiter erheblich verbessert, so dass die Arbeitslosigkeit auf 5,9 % der Erwerbspersonen zurückgeführt wurde. Bei der Gesamterwerbstätigenquote und insbesondere der Erwerbstätigenquote der Frauen und älteren Arbeitnehmer nimmt Schweden eine Spitzenposition in der EU ein. Bisher besteht kein genereller Arbeitskräftemangel, auch wenn es in einigen Sektoren oder Regionen zunehmend schwierig wird, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Eine bessere Arbeitsvermittlung, strengere Anspruchsvoraussetzungen bei der Arbeitslosenversicherung (im Sinne der beruflichen und geographischen Mobilität) und die besondere Bedeutung, die dem lebenslangen Lernen beigemessen wird, haben die Abstimmung von Angebot und Nachfrage während des jüngsten Aufschwungs erleichtert. Verschiedene Analysen deuten jedoch auf Unzulänglichkeiten wie erhebliche Mitnahmeeffekte bei einigen der aktiven Arbeitsmarktprogramme hin. Trotz kürzlich getroffener Maßnahmen ist die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit nach wie vor hoch, und die Sozialleistungssysteme tragen zu hohen Nettolohnersatzquoten bei. Schweden ist das Land der Europäischen Union, in dem geringverdienende Arbeitnehmer der höchsten Steuerbelastung unterliegen. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischer Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich Schweden vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. die Reform der Steuer- und Sozialleistungssysteme fortzusetzen, damit sich Arbeit lohnt, und insbesondere die hohe steuerliche Belastung geringverdienender Arbeitnehmer zu senken; und
- ii. die Effizienz der aktiven Arbeitsmarktprogramme sicherzustellen und sie auf diejenigen, die am stärksten von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, sowie

an den Anforderungen des Arbeitsmarktes auszurichten.

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Trotz der peripheren Lage in der EU und seiner niedrigen Bevölkerungsdichte, die natürliche Hindernisse für den freien Wettbewerb darstellen, hat sich die schwedische Wirtschaft in den letzten Jahren stärker geöffnet. Das Verbraucherpreisniveau ist nach wie vor relativ hoch. Doch wurden beträchtliche Fortschritte bei der Liberalisierung des Telekommunikations- und des Stromsektors erzielt, die Preissenkungen in diesen Sektoren zur Folge hatten. Außerdem hat Schweden hervorragende Ergebnisse bei der Umsetzung der Binnenmarkttrichtlinien vorzuweisen, und die staatlichen Beihilfen sind sehr gering. Es wurden Maßnahmen getroffen, um die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und das öffentliche Auftragswesen für den Wettbewerb zu öffnen, doch besteht noch Spielraum für eine weitere Verstärkung des Wettbewerbs. Unzulänglich ist der Wettbewerb auch im Einzelhandel, bei pharmazeutischen Produkten, im Bau- und im Verkehrssektor, auch wird der hohe Anteil der staatseigenen Unternehmen als Problem empfunden. Schweden hat die höchsten Gesamtausgaben für FuE in der EU, doch entfallen die FuE-Aktivitäten auf große Unternehmen in wenigen Sektoren. In Anbetracht dessen sollte sich Schweden insbesondere auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. die Einhaltung der Vorschriften über das öffentliche Auftragswesen und den Wettbewerb bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen auf lokaler Ebene zu verbessern; und
- ii. den Wettbewerb in Bereichen wie Luftverkehr und pharmazeutische Produkte zu verbessern.

Kapitalmärkte

Die Kapitalmarktentwicklung in Schweden war gekennzeichnet durch Konsolidierung, Gesetzes- und Regulierungsreformen sowie die Zunahme der Risikokapitalinvestitionen. Insbesondere hat sich durch die Einführung einer Kapitaldeckungskomponente in das Rentensystem, bei dem der Einzelne selbst einen Fondsmanager wählen kann, die Nachfrage nach Wertpapieranlagendienstleistungen erhöht und zu einem verstärkten Engagement ausländischer Investmentfonds am schwedischen Markt geführt. Der Risikokapitalmarkt ist in den letzten Jahren gewachsen und diversifizierte über den Hochtechnologie-Sektor hinaus. Es werden Maßnahmen getroffen, um das Klima für Risikokapitalgeber zu verbessern, doch scheinen weitere Anstrengungen zur Entwicklung des Marktes wünschenswert. Die Finanzaufsichtsbehörde hat ihre Aktivitäten umorganisiert, um der Ausweitung der Finanzkonglomerate Rechnung zu tragen und sich einen allgemeinen Überblick über die Risiken im Finanzsektor verschaffen zu können. Sie hat eine

Kooperationsvereinbarung mit den Finanzaufsichtsbehörden in Dänemark, Finnland und Norwegen unterzeichnet, um eine effiziente Finanzaufsicht grenzüberschreitender Institutionen sicherzustellen. In Anbetracht dessen sollte sich Schweden vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln, indem ein investitions- und unternehmerfreundlicherer steuerlicher Rahmen geschaffen wird, wobei die unternehmerische Initiative auch durch eine Änderung des Konkursrechts gefördert werden sollte.

15. VEREINIGTES KÖNIGREICH

Das BIP des Vereinigten Königreiches stieg im Jahr 2000 um 3 % an. Mit einem Wachstum von 2,7 % im Jahr 2001 und wieder 3 % im Jahr 2002 wird sich die Wirtschaft in den Jahren 2001 und 2002 voraussichtlich weiterhin positiv entwickeln. Die Inlandsnachfrage, welche durch die jüngsten steuerpolitischen Maßnahmen und die geplante starke Ausweitung des öffentlichen Verbrauchs und der Anlageinvestitionen stimuliert wurde, wird voraussichtlich kräftig bleiben. Dies dürfte die durch die Wachstumsverlangsamung in den USA bedingte rückläufige Entwicklung der Nettoexporte kompensieren. Bei einer HVPI-Inflation, die zu den niedrigsten in der EU zählt, ist die Inflationsentwicklung zur Zeit günstig und wird voraussichtlich auch weiterhin bleiben. Trotz der angespannten Arbeitsmarktlage, die daraus resultiert, dass die Arbeitslosigkeit mit 5,2 % den niedrigsten Stand der letzten 25 Jahre erreicht hat, ist der Lohndruck weiterhin gering. Die Arbeitslosigkeit könnte noch geringfügig weiter sinken, wenn die Maßnahmen zur Verbesserung der Anreize zur Arbeitsaufnahme greifen.

Die Arbeitslosigkeit ist gering, in bestimmten Personen- und Bevölkerungsgruppen jedoch überdurchschnittlich hoch. Der zentrale Punkt ist, ob die eingesetzten aktiven Arbeitsmarktpolitiken ausreichend sind, um das Problem der mit der noch bestehenden Arbeitslosigkeit und Inaktivität verbundenen sozialen Ausgrenzung anzugehen. Ein anderes strukturelles Problem ist die vergleichsweise geringe Produktivität des Vereinigten Königreiches. Zwar hat sich das Produktivitätswachstum in den letzten Quartalen verstärkt, doch ist es noch zu früh, um von einer dauerhaften Erhöhung des Produktivitätswachstums sprechen zu können. Die Regierung hat erneut Maßnahmen getroffen, um dieses Problem anzugehen. Die Herausforderung besteht darin, dass diese Maßnahmen sich tatsächlich in höherer Produktivität niederschlagen.

Haushaltspolitik

Im Jahr 2000 betrug der Haushaltsüberschuss 4,3 % des BIP (1,9 % ohne UMTS-Erlöse). In den

Haushaltsprojektionen wird im Finanzjahr 2000/01 mit einem Überschuss von 1,7 % des BIP (ohne UMTS-Erlöse) gerechnet, so dass der Überschuss von 1,1 %, welcher in dem aktualisierten Konvergenzprogramm projiziert wurde, überschritten würde. Für 2001/02 wird dann ein Überschuss von 0,5 % projiziert, bevor 2002/03 per Saldo ein sehr geringes Defizit von 0,1 % und 2003/04 sowie in den Folgejahren ein Defizit von rund 1 % des BIP zu verzeichnen sein wird. Diese Zahlen entsprechen in etwa denen des aktualisierten Konvergenzprogramms. Die Projektionen basieren auf der vorsichtigen Annahme, dass die Trendrate des BIP-Wachstums $2\frac{1}{4}$ % betragen wird. Bei einem unter dem Aspekt der Fortsetzung der gegenwärtigen Politik projizierten Defizit von rund 1 % des BIP im Zeitraum 2003/04 bis 2005/06 kann der Haushalt jedoch nicht als nahezu ausgeglichen eingestuft werden. Das zwischen 2000/01 und 2001/02 eintretende höhere als im aktualisierten Konvergenzprogramm projizierte Defizit dürfte die wirtschaftliche Stabilität nicht gefährden, da die Inflation niedrig ist und die den Wirtschaftsprognosen zugrunde liegenden Daten, einschließlich der Haushaltsmaßnahmen, keinen beunruhigenden Nachfragedruck erwarten lassen. In den Ausgabenplänen wurde eine Aufstockung der in den vergangenen Jahren geringen Mittel für Investitionen des öffentlichen Sektors eingeplant. Diese sollen - ohne Abschreibungen und Anlagenverkäufe - von 0,8 % des BIP 2000/01 auf 1,7 % bis 2003/04 steigen. Nach den im aktualisierten Konvergenzprogramm enthaltenen langfristigen Vorausschätzungen für die öffentlichen Finanzen sind diese Ausgabenpläne bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik tragfähig. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik darauf ausgerichtet werden:

- i. dafür Sorge zu tragen, dass 2001/02 ein gesamtstaatlicher Finanzierungsüberschuss von mindestens 0,5 % des BIP erreicht wird, wie dies im Haushaltsplan für 2001 projiziert wurde;
- ii. bei der Aufstellung des Haushaltsplans dafür Sorge zu tragen, dass 2002/03 wie geplant ein nahezu ausgeglichener gesamtstaatlicher Haushalt erreicht wird. Insbesondere sollte das erwartete

- Verhältnis der laufenden Ausgaben des öffentlichen Sektors zum BIP 2002/03 die im Haushaltsplan für 2001 projizierte Quote von 37,3 % nicht überschreiten; und
- iii. die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die öffentlichen Investitionen - ohne Abschreibungen - im Verhältnis zum BIP zwischen 2000/01 und 2003/04 verdoppeln, und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfüllt werden.
 - i. die auf diejenigen Bevölkerungsgruppen und Einzelpersonen, die potenziell am stärksten von der Arbeitslosigkeit, der Langzeitarbeitslosigkeit oder der Nichterwerbstätigkeit betroffen sind, ausgerichteten aktiven Maßnahmen zu verstärken und die passiven Sozialleistungssysteme zu reformieren, um Menschen, die in der Lage sind, zu arbeiten, die entsprechenden Möglichkeiten und Anreize zu geben.

Arbeitsmärkte

Mit einem kräftigen Beschäftigungswachstum in den letzten Jahren und einer Arbeitslosigkeit, die so niedrig ist wie seit rund zwanzig Jahren nicht mehr (5,5 % im Jahr 2000), weist das Vereinigte Königreich weiterhin mit die besten Arbeitsmarktergebnisse in der EU auf. Die Zahlen für die Langzeitarbeitslosigkeit im Verhältnis zur Gesamtarbeitslosigkeit gehören zu den niedrigsten in der EU. Das Vereinigte Königreich hat das Steuer- und Sozialleistungssystem weiter verbessert, damit sich Arbeit wieder lohnt. Die Palette der aktiven Arbeitsmarktprogramme, die sich um die Neuregelung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen ("New Deal") rankt, wurde erweitert, insbesondere mit einer Verstärkung der Maßnahmen zur Bewältigung des Problems der sozialen Ausgrenzung in Verbindung mit der Ballung der Arbeitslosigkeit in wirtschaftlich schwachen Gebieten und dem hohen Anteil der Haushalte, in denen niemand erwerbstätig ist. Während die Arbeitslosigkeit insgesamt gesunken ist, ist die Nichterwerbstätigkeit kaum zurückgegangen, und die Zahl derjenigen, die Krankengeld und Erwerbsunfähigkeitsleistungen beanspruchen, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. In Anbetracht dessen und bei gleichzeitiger energischen Umsetzung aller beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollte sich das Vereinigte Königreich vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft

Im Vereinigten Königreich sind die regulatorischen Reformen und die Liberalisierung der netzbezogenen Wirtschaftszweige weit gediehen. Mit einer geringen Reglementierungsdichte ist das wirtschaftliche Umfeld für Unternehmen und unternehmerische Initiative günstig. Doch ist die relativ geringe Arbeitsproduktivität des Landes nach wie vor ein Problem, auch wenn einiges darauf hindeutet, dass das Wachstum im Jahr 2000 kräftiger geworden ist. Dies mag den schwachen Wettbewerb in einigen Wirtschaftszweigen, die nachlassende Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der Unternehmen im Verhältnis zum BIP (bis 1999) und die unzulängliche Investitionstätigkeit der Vergangenheit, insbesondere bei den öffentlichen Investitionen widerspiegeln. Es wurden verschiedene Maßnahmen zur FuE- sowie Innovationsförderung getroffen. In Anbetracht dessen sollte sich das Vereinigte Königreich vor allem auf folgende Prioritäten konzentrieren:

- i. Maßnahmen zu treffen, um das Problem der relativ niedrigen Produktivität in den Griff zu bekommen, insbesondere durch Steigerung des Wettbewerbs im Privatkundengeschäft des Bankensektors, im Kraftfahrzeugeinzelhandel und bei den Postdienstleistungen sowie durch die Erweiterung des Angebots an qualifizierten IKT-Fachkräften; und

- ii. dafür Sorge zu tragen, dass die angekündigten Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Qualität des öffentlichen Verkehrs durchgeführt werden, und dafür Sorge zu tragen, dass eine adäquate Koordinierung zwischen verschiedenen öffentlichen Stellen, Regulierungsbehörden und privaten Unternehmen besteht.

Kapitalmärkte

Die Finanzmärkte im Vereinigten Königreich sind nach wie vor die bestentwickelten in der EU. Dennoch wird die Entwicklung des Risikokapitalmarktes durch Bemühungen zur Förderung des Beteiligungskapitalengagements in Form von Frühphaseninvestitionen und durch eine Anzahl von Regulierungsreformen im steuerlichen und finanziellen Bereich vorangetrieben. Indem anstelle der Mindestfinanzierungsvorschriften ein spezifischer langfristiger Finanzierungsstandard eingeführt wird, wird ein mögliches Hindernis für Risikokapitalinvestitionen beseitigt werden. Außerdem fördert die Regierung Partnerschaften

zwischen privatem und öffentlichem Sektor, um das Angebot an geringen Risikokapitalsummen und Mittel für Frühphaseninvestitionen landesweit zu verbessern. Die Einrichtung einer einzigen Regelungsbehörde - der Financial Services Authority - wird die Entstehung gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen den Finanzinstitutionen weiter fördern, und Maßnahmen zugunsten der Verbraucher sind eingeleitet. Außerdem sind auch im Bankensektor Maßnahmen geplant bzw. bereits eingeleitet, welche den Wettbewerb fördern und dem Verbraucher zugute kommen, einschließlich Gesetze, um den Zugang zu Zahlungssystemen zu öffnen und die Zugangsgebühren zu überprüfen, einer Überprüfung der Verhaltensregeln zur Selbstkontrolle und einer Reform der Ziele des Schatzamtes bezüglich der Förderung des Wettbewerbs im Bereich der Finanzdienstleistungen. In Anbetracht dessen sollte sich das Vereinigte Königreich vor allem auf die folgende Priorität konzentrieren:

- i. die Auflagen, denen die Pensionsfonds unterworfen sind und die ihre Risikokapitalinvestitionen möglicherweise begrenzen, weiter zu verringern.